

Bonus, Holger

Working Paper

Von Zaubern, falscher Solidarität und Zwang: Über die schleichende Aushöhlung der Marktwirtschaft

Diskussionsbeiträge - Serie B, No. 2

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Bonus, Holger (1978) : Von Zaubern, falscher Solidarität und Zwang: Über die schleichende Aushöhlung der Marktwirtschaft, Diskussionsbeiträge - Serie B, No. 2, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/92525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

VON ZAUBERN, FALSCHER SOLIDARITÄT
UND ZWANG:
ÜBER DIE SCHLEICHENDE AUSHÖHLUNG DER MARKTWIRTSCHAFT

Holger Bonus
13. Oktober 1978

Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere
Nr. 2

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und Statistik
Universität Konstanz
7750 Konstanz, Postfach 7733

Ag 4382 79
Weltwirtschaft
Kiel

Vorläufig und vertraulich
Nicht ohne schriftliche Zustimmung des Autors zitieren
Kommentare werden erbeten

Von Zaubern, falscher Solidarität und Zwang:
Über die schleichende Aushöhlung der Marktwirtschaft

Holger Bonus
13. Oktober 1978

	<u>Inhaltsübersicht</u>	<u>Seite</u>
I.	MÄRCHEN VON DEN DREI VERZAUBERTEN DÖRFERN	1
	<u>1. Das erste Dorf</u>	1
	<u>2. Das zweite Dorf</u>	4
	<u>3. Das dritte Dorf</u>	8
II.	DIE "DÖRFER" : VERHÄNGNISVOLLE ARRANGEMENTS	13
III.	VOM EIGENNUTZ ZUM GEMEINWOHL - DIE UNSICHT- BARE HAND	15
	<u>1. Jeder lebt auf Kosten des anderen</u>	15
	<u>2. Denkbare Lösungen: Zuteilung oder Selbst- beschränkung</u>	16
	a. Was sind "Bedürfnisse"?	16
	b. Die Kraft des Arguments	16a
	c. Auch Bürokraten sind Menschen	17
	<u>3. Freiheit durch Selbstverantwortung</u>	19
	a. Volkswirtschaftliche Kosten und Knapp- heitspreise	20
	b. Wie die unsichtbare Hand funktioniert	22
	c. Flexibilität und Spontaneität	24
IV.	DAS ERSTE DORF: MARKTMACHT UND SOLIDARITÄT	25
	<u>1. Einfaches Monopol</u>	25
	a. Der Monopolist ignoriert Marktsignale	25

b. Das Dilemma des "gutwilligen" Monopolisten	26
<u>2. Gruppenmacht und Gruppenzwänge</u>	27
a. Gemeinsame Anbieterinteressen	27
b. Ohne Sanktionen geht es nicht	28
c. Solidaritätsdruck und Pseudosolidarität	29
d. Das Übel breitet sich aus	31
e. Keiner kann sich alleine wehren	33
<u>3. Das Gefangenendilemma</u>	33
<u>4. Solidarität und Unterwerfung</u>	34
a. Kohäsionskraft durch Gruppennormen	34
b. Gruppeninteressen versus Gemeinwohl	35
c. Solidarisierung- ein Krisensymptom	36
d. Formen von Solidarität	37
e. Wölfe im Schafspelz: Proklamierte Gesamtsolidarität	38
f. Mächtige Gruppen erpressen die Gesamtheit	39
<u>5. Wo ist der Gegenzauber?</u>	40

V. DAS ZWEITE DORF: PROBLEME ÖFFENTLICHER GÜTER	41
<u>1. Gleichheit und Verschiedenheit</u>	41
a. Private Güter: Mengendifferenzierung	42
b. Öffentliche Güter: Preisdifferenzierung	42
c. Die eigene Wertschätzung wird heruntergespielt	44
d. Das Ergebnis: Unterversorgung	45
e. Ohne Zwang geht es nicht	45
f. Öffentliche Güter - ein egalitäres Konzept	47

	<u>Seite</u>
<u>2. Teilweise öffentliche Güter</u>	47
a. Rein öffentliche Güter haben Seltenheitswert	47
b. Verbundene Güter, externe Effekte - allgegenwärtig	48
c. Internalisierung externer Effekte	50
d. Öffentliche Medien werden beeinträchtigt	50
e. Terrorismus als Beispiel	51
f. Inflation und Gewerkschaften	51
<u>3. Rundfunk, Fernsehen und Konsumenten- souveränität</u>	53
a. Die Knappheitskosten liegen unter den Produktionskosten	53
b. Fernsehen: Funktionäre oder Markt?	54
c. Postmonopol versus Massensalat?	56
d. Ideale und pragmatische Preisdifferenzierung	57
e. Ist Vielfalt dem Menschen schädlich?	58
<u>4. Massennutzung und Überfüllung</u>	58
a. Von einem Punkt an werden öffentliche Güter privat	59
b. Telefon: Wer soll bezahlen?	60
c. Was geschieht mit den Gebühren?	62
d. Zeitliche statt individueller Preisdifferenzierung	63
e. Straßenverkehr in der Rush Hour	63
f. Ist die Marktlösung unsozial?	64
g. Gegenzauber sind unkonventionell und nicht populär	65
h. Eine neue Abgabenart entsteht	66
 VI. DER ZAUBER: ÖFFENTLICHKEITSGRAD UND KOLLEKTIVER ZWANG	 67
<u>1. Auswaschen ökonomischer Verantwortung</u>	67
<u>2. Auseinanderklaffen privater und volkswirtschaftlicher Rentabilität</u>	67

	<u>Seite</u>
	<u>3. Der Öffentlichkeitsgrad privater Entscheidungen</u> 70
VII.	DAS DRITTE DORF: ENTKOPPELUNG UND ER- ZWUNGENE GLEICHHEIT 71
	<u>1. Der egalitäre Charakter öffentlicher Güter ist verführerisch</u> 72
	a. Verhängnisvolle "Entkoppelung" 72
	b. Die Vertuschung von Knappheitskosten 72
	c. Die totale Zwangswirtschaft droht 74
	d. Flucht ins Anspruchsdenken 74
	<u>2. Sozialstaat und Kostenexplosion</u> 75
	a. Sozialpolitik - ein schwieriger Balanceakt 75
	b. Des Gesundheitswesens im Gefangenendilemma 76
	c. Zwang und Monotonie 77
VIII.	NEUE AUFGABEN FÜR DIE ORDNUNGSPOLITIK 78
IX.	SCHLUSS: VON DER UNSICHTBAREN ZUR ÖFFENTLICHEN HAND 80

Von Zauber, falscher Solidarität und Zwang:
Über die schleichende Aushöhlung der Marktwirtschaft

Holger Bonus

1., vorläufige Fassung

13. Okt. 1978

I. MÄRCHEN VON DEN DREI VERZAUBERTEN DÖRFERN *

Ein weiser König rief seine drei Söhne zu sich. "Wisset", sprach er, "ich bin alt und werde bald sterben. Ich will erproben, wer von Euch mein Reich am besten in Ordnung halten kann: der soll es haben. Geht nun hinaus in die Welt! Ihr werdet durch drei Dörfer kommen, in denen große Bedrückung herrscht. Seht, daß Ihr die Bewohner vom Zauber erlöst, der sie gefangen hält! Wer es am besten versteht, der soll mein Nachfolger sein."

Die beiden ältesten Söhne drängten zum alsbaldigen Aufbruch: zu verlockend schien ihnen die Aussicht, König zu werden; auch neideten sie sich gegenseitig das Erbe. Dem jüngsten aber war das Herz so schwer geworden, daß er zu Hause bei seinem Vater blieb. - Unterwegs sang die Amsel in den Sträuchern voll Schmelz, und eine Quelle am Wegrand murmelte so schön. Die Wanderer wurden nichts davon gewahr und achteten nur darauf, schnell in das erste Dorf zu gelangen, das auch bereits am Horizont sichtbar wurde.

1. Das erste Dorf

Bei ihrer Ankunft im Dorfe bemerkten die beiden Brüder ein seltsames Treiben auf dem Marktplatz! Die Menschen hatten sich in Gruppen versammelt und machten ein großes Geschrei. Die Brüder traten näher: die eine Gruppe feilschte um Garn, die andere um Hanf, die dritte um Wolle; und so gabe es noch viele andere Gruppen. Aber wie es da zuging! "Ich will mehr verkaufen dürfen", schrie der eine. "Nein, ich", der andere! Schließlich murmelten sie mancherlei Beschwörungen und befragten eine alte Zigeunerin. Die sah lange mit gerunzelter Stirn in ihre Glaskugel und gab jedem eine kleine Quote: Gerade so viel durfte er auf den Markt bringen, aber auch kein Gramm mehr!. Hinter den Spinnrädern wurde zwar geraunt, vor langen Zeiten hätten alle viel mehr ver-

*Der Abdruck des "Märchens von den drei verzauberten Dörfern" aus dem ORDO Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft 1978 erfolgt mit freundlicher Erlaubnis der ORDO-Herausgeber sowie des Gustav Fischer-Verlages in Stuttgart.

kauft als heute... Aber jedesmal, wenn ein paar Verkäufer sich einmal nicht peinlich genau an die kleinen Quoten der Zigeunerin hielten, waren die Preise gleich ganz entsetzlich verdorben! Nur die Zigeunerin konnte eben mit Hilfe ihrer Glaskugel so hohe Preise zaubern, und das wußte sie genau. Sie bedang sich deshalb auch einen schönen Teil der einkommenden Taler aus. Das war nur recht und billig! Denn ohne ihre Glaskugel war es nun einmal nicht möglich, vernünftige Preise zu erzielen: das hatte man ja selbst gesehen. Die alte Zigeunerin verwahrte die Taler sorgsam in ihrer Matratze und versprach, dafür in ihrer Glaskugel nachzusehen, wie noch höhere Preise erzielt werden könnten; und das hatte man ja nun gewissermaßen gratis! Bei Brot, Eiern und Milch war es übrigens ganz genauso - - und deshalb mußten am Ende alle Dorfbewohner hungern und frieren. Sie murrten natürlich! Aber der Zauber bewirkte, daß sie gleichwohl fortfahren mußten, sich selbst um die Früchte ihres Fleißes zu betrügen.

Der Dorfälteste bemerkte die beiden Fremden und erbat ihren Rat. Ihre Stimmen überschlugen sich vor Empörung: "Diese Menschen sind niederträchtig!", stießen sie aus. "Sie denken nur an sich selbst, es ist unerhört! Anstatt zu überlegen, wie viel Garn, Hanf und Wolle die Dorfbewohner brauchen, haben sie nichts im Kopf als ihren Geldsack. Man muß sie eben zwingen, an das Allgemeinwohl zu denken! Ein Dorfrat muß gebildet werden! Er muß die Bedürfnisse der Einwohner festlegen, und jeder muß sich daran halten!"

Die Dorfbewohner waren ganz betroffen und folgten dem Rat der Brüder. Aber nun wirkte der Zauber verstärkt! Denn im Dorfrat mußte ein jeder seine Bedürfnisse ansagen, und wie viele Bedürfnisse hat nicht ein Mensch! Um zu entscheiden, welche von den schier endlosen Wünschen denn nun eigentlich erfüllt werden sollten, wurde auf dem Marktplatz eine Vollversammlung der Dorfbewohner einberufen; aber was für ein Feilschen hub jetzt erst an! Ein jeder schrie und suchte die anderen zu übertönen, wie absolut vordringlich seine persönlichen Bedürfnisse doch seien! Der Dorfrat konnte nicht umhin, den einzelnen Bürgern Quoten zuzuteilen; aber diese waren jetzt noch niedriger als die früher von der alten Zigeunerin ausgegebenen! Als die Dorfbewohner dies gewahr wurden, erzürnten sie sich sehr. Die beiden Brüder wurden in den Kerker geworfen. Dort blieben sie! Die alte Zigeunerin aber wurde in Ehren zurückgeholt, und alles lebte wie zuvor.

Als nun die Brüder gar nicht zurückkommen wollten, wurde der König unruhig und schickte den jüngsten Sohn aus, nach den Brüdern zu sehen. Der war so

betrübt und sorgenvoll! Da war ihm das Singen der Amsel und das Murren der Quelle ein rechter Trost. Aber was murmelte die Quelle da in einem fort? "Alle drei Dörfer liegen seit unvordenklichen Zeiten unter dem gleichen Zauber! Eine Fee hat die Bewohner einst verblendet: sie müssen auf unerklärliche Weise immer ihren eigenen Wünschen zuwider handeln! Erlöst werden können sie nur durch einen Gegenzauber..." "Aber welcher könnte das sein?", fragte der Jüngste voll Teilnahme. "Das weiß ich nicht mehr", murmelte die Quelle; aber dann hatte sie einen Einfall: "Trink' von meinem Wasser, dann kannst Du die Sprache der Vögel verstehen! Vielleicht erfährst Du von ihnen mehr..." Der Jüngste bedankte sich und trank von der Quelle. Da hörte er gleich die Amsel ganz anders als vorher singen: "Es ist ein großes Geheimnis", flötete sie; "der Gegenzauber liegt in den Dörfern selbst verborgen... Aber niemand sieht ihn - - das bewirkt der Zauber!"

Mehr war nicht herauszubekommen, und sorgenvoll entfernte sich der Jüngste. Auf dem Marktplatz fand er alles ebenso wie vorher seine Brüder. Er verbarg sich aber und mühte seine Augen ab, um Zauber und Gegenzauber zu entdecken. Was sah er? Man konnte ganz deutlich erkennen, daß die Bewohner mehr kaufen wollten als auf dem Markt war, und das war der Zauber. Wo aber war der Gegenzauber? Eben jetzt hörte der Jüngste den Star plaudern: "Da gehen sie nun und suchen den Gegenzauber! Sehen sie denn nicht, daß er vor aller Augen ganz offen da liegt? Sie wandeln darauf, es ist der Markt selbst!" Ungläubig fragte der Jüngste den Star aus und erfuhr, daß der Markt über eine unsichtbare Hand verfüge; und die Sorge dafür, daß eigennütziges Trachten des einzelnen Dorfbewohners, frei auf dem Markt entfaltet, mehr zum Gemeinwohl des Dorfes beitrage als der weiseste Mann je erdenken könne. Das war nun wahrhaftig ein Gegenzauber! Um aber so wirken zu können, berichtete der Star, müsse der Markt erst vom Zauber gereinigt werden: niemand dürfe den Verkäufern eine Quote setzen; weder die alte Zigeunerin, noch ein Dorfrat, noch etwa die Verkäufer selbst durch heimliche Verabredungen! Sonst werde der ursprüngliche Zauber sofort wieder aufleben.

Nun ließ sich der Jüngste frei auf dem Marktplatz blicken. Vom Dorfältesten um Rat befragt, sagte er: "Ihr habt zu viele Vorschriften hier, wieviel verkauft werden darf. Laßt sie alle weg! Jeder soll verkaufen dürfen, was und wieviel er will. Nur auf eines müßt Ihr achten: Niemand darf künftig Quoten bestimmen, auch die Verkäufer nicht!"

Die Dorfbewohner trauten ihren Ohren kaum. Es war doch sonnenklar, daß so krasse Mißstände mehr Vorschriften forderten, nicht weniger! Aber sie probierten den Rat des Fremden schließlich doch aus. Wie rieben sie sich die Augen, als der uralte Zauber plötzlich nicht mehr wirkte... Alle brachten so viel auf den Markt wie sie konnten, weil sie ihren Geldsack füllen wollten. Es gab mehr Hanf, Garn und Wolle, mehr Brot, Eier und Milch. Alle strengten sich an, noch mehr zu erzeugen; und über Nacht war das Dorf wohlhabend. "Warum haben wir das nicht gleich gemacht?" riefen die Dorfbewohner. Es war aber der Zauber gewesen, der sie so verblendet hatt.

Der Jüngste erwirkte die Freilassung der älteren Brüder. Das war ein Fest! Bis tief in die Nacht sprachen sie miteinander: sehr genau wünschten die Älteren die Natur des Gegenzaubers zu erfahren, den der Jüngste aufgetan. Endlich begab man sich ins Bett, um am nächsten Morgen gemeinsam die Reise fortzusetzen.

2. Das zweite Dorf

Aber die beiden Ältesten taten kein Auge zu. Sie neideten dem Jüngsten den Erfolg und fürchteten, er könne das Königreich erhalten. Jeder trachtete danach, schnell zum zweiten Dorf zu gelangen, um dort als erster den Gegenzauber anzuwenden. Beide erhoben sich heimlich vom Lager, und da trafen sie auch schon aufeinander. So schlichen sie notgedrungen zusammen aus dem Haus und eilten dem zweiten Dorf entgegen, das sie bei Sonnenaufgang erreichten.

Da sah es nun freilich ganz anders aus als im ersten Dorf. Mann konnte kaum atmen vor Rauch! Beißend gelbe Schwaden lagen schwer auf allen Häusern; zu sehen war fast nichts. Dieses Dorf lag mitten in einem tiefen Walde; Wolle und Butter waren dort nicht zu gewinnen! Die Einwohner lebten von der Holzkohle, die in riesigen Meilern mitten auf dem Marktplatz gewonnen wurde, denn das war der günstigste Standort. Die Frachtkutschen gingen dort ab, mit denen die Holzkohle in andere Dörfer gebracht wurde. Auf ihrem Rückweg brachten sie von dort Butter, Wolle und die anderen nötigen Waren auf den Marktplatz, wo alles dann verkauft wurde.

Die beiden Brüder stürzten schnell auf den Marktplatz. Sie mußten husten, weil sie gelaufen waren und der entsetzliche Qualm ihnen den Atem nahm. Aber das fiel gar nicht auf, denn alle husteten dort. Man wünschte sich so sehr ein

wenig frische Luft, und wie gern hätte man davon gekauft! Aber es war fast nichts zu haben, und das trug sich so zu. Ein fliegender Händler befragte wohl die einzelnen Köhler, ob sie nicht einen Meiler stilllegen oder vielleicht in den Wald versetzen könnten, damit weniger Qualm auf den Häusern läge. Die so Befragten waren allesamt auch bereit, wenn ihnen nur die ausfallenden Taler ersetzt würden. Woher diese aber nehmen? Ein Stand ward aufgebaut: jeder sollte so viele Taler in den großen Topf werfen, wie etwas bessere Luft ihm wert sei! Aber nun wandelten die Einwohner plötzlich mit seltsam unbeteiligter Miene umher, als gäbe es nichts Überflüssigeres als frische Luft! Und in der Tat: ob die Luft nun besser würde oder nicht, das hing ja kaum von der eigenen Spende ab. Was alle zusammen beitrugen, darauf alleine kam es an! Ob man selbst viele Taler hergab oder wenige - - im großen Topf machte es überhaupt keinen Unterschied. Warum sollte man also viele Taler in den Topf werfen? Höchstens eine Almosen gab man hinein! Aber damit war wenig zu machen; und so bewirkte der Zauber, daß alle sich selbst um die sehnlichst gewünschte frische Luft betrogen.

Als der Dorfälteste die beiden Wanderer inmitten der Rauchschwaden entdeckte, kam er auf sie zu, entschuldigte sich wegen der schlechten Luft und bat sie um Rat. Die Brüder überstürzten ihre Worte, um als erster den Gegenzauber anbringen zu können: "Ihr habt zu viele Vorschriften hier, wieviel verkauft werden darf!", schrie der eine; "Laßt sie alle weg!", unterbrach ihn der andere. "Vor allem aber darf niemand Quoten bestimmen", lärmte der erste wieder; "und die alte Zigeunerin darf nicht mehr befragt werden", fiel der zweite ihm ins Wort. "Seht Ihr denn den Gegenzauber nicht?", höhnte der erste; und der zweite ergänzte: "Ihr steht darauf, er ist dieser Marktplatz selbst!" Den konnte man allerdings unter all dem Rauch nun wirklich nicht sehen.

Den Dorfbewohnern mißfiel die Rede der Brüder. "Wir haben keine Vorschriften, was sollen wir weglassen?", fragte einer. "Welche alte Zigeunerin meint Ihr eigentlich? Hier lebt keine", ätzte ein anderer. "Und was sind Quoten?", fragte ein altes Mütterchen verständnislos, "ist das etwa ein chinesisches Wort?" Denn dort glaubte man, jenseits des Königreiches lebten nur Chinesen. 'Spione!', hub ein Kreisichen an, "Werft sie ins Gefängnis!" Und so geschah es.

Der Jüngste erwachte nach erfrischendem Schlaf und fand die Betten der beiden Brüder leer. "Sie werden sich wohl nach der unsichtbaren Hand umsehen", dachte

er; aber die konnte man eben nicht sehen! Als die Brüder gar nicht kamen, machte er sich allein auf den Weg in das zweite Dorf; vielleicht waren sie ja schon vorausgegangen.

Bei seiner Ankunft lag das Dorf in allerfinsterster Nacht. Obwohl der Mond am Himmel stand, konnte man die Hand nicht vor Augen sehen; das machte der dichte Rauch. Ein Uhu strich um den Kopf des Jüngsten. "Schwer lastet der Zauber; schwerer noch als dort, woher Du kommst", flüsterte er. - "Aber ist nicht auf allen Dörfern derselbe Zauber?", fragte der Jüngste, der sich erinnerte, was die Quelle gemurmelt. "Der Zauber ist, daß alle sich betrügen müssen. So erreichen sie nie, was sie doch alle wünschen." "Weißt Du einen Gegenzauber?", fragte der Jüngste erwartungsvoll. "Es gibt mehrere, aber sie wirken unterschiedlich gut." Der Uhu setzte seine Brille auf und schien in weite Ferne zu blicken: "Es hängt damit zusammen, daß hier alle von der Holzkohle leben. Dabei gibt es viel Rauch! Bessere Luft gäbe es nur, wenn weniger Meiler da wären. Aber dann könnte nicht so viel Holzkohle verkauft werden! So käme weniger Butter und Wolle aus den anderen Dörfern herein! Dieses Dorf wäre ärmer als jetzt..." Der Uhu schwieg. So viel sprach er sonst nie, und er hatte noch nicht einmal die Hälfte von dem berichtet, was er in der Ferne sehen konnte.

"Wo ist da denn der Zauber?", fragte der Jüngste nach einer Weile. - "Sie wollen doch so dringend bessere Luft! Liebend gern würden sie sogar mehr Butter und Wolle hergeben, als dafür überhaupt nötig wäre. Der Zauber macht aber, daß sie es trotzdem nicht tun können." Wieder versank der Uhu in tiefes Schweigen.

"Und es gibt verschiedene Gegenzauber?", begann der Jüngste nach drei Stunden Warten das Gespräch vorsichtig aufs neue. "Natürlich könnten die Meiler auch im Wald stehen", sagte der Uhu etwas zusammenhanglos. "Aber nun muß ich nachdenken. Bitte entschuldige mich jetzt; es ist bald Morgen!" Er schwang sich in die Nacht und war verschwunden.

Dem Jüngsten fielen die verschwundenen Brüder ein. Ob sie sich im dichten Wald verlaufen hatten? Er stahl sich aus dem Dorfe und ging in den Wald zurück; dort aber übermannte ihn der Schlaf.

Am nächsten Tag konnte er auch im Walde die Brüder nicht finden. Herzklopfend begab er sich bei einfallender Dunkelheit wieder ins Dorf, um den Uhu zu treffen. Da war er auch schon: "Man muß ihnen ermöglichen, das auch zu tun, was ihren Wünschen entspricht. Man muß sie wirklich überlisten!" - "Aber wie?", fragte der Jüngste. "Durch Vorschriften zum Beispiel, die sie das zu tun zwingen, was ohnehin alle wollen... Man könnte einen Dorfrat bilden, der solche Vorschriften verkündet!" Atemlos wartete der Jüngste zwei Stunden, bis der Uhu fortfuhr: "Aber das ist ein sehr starker Gegenzauber. Man darf ihn nicht zu oft anwenden! Sonst wird er stärker als der Zauber selbst..." Ermattet schwieg der Uhu. Nach nur einer einzigen Stunde Pause raffte er sich auf, denn das Thema begann ihn zu langweilen, und er wollte zum Schluß kommen: "Das beste wäre, man zieht den anderen Gegenzauber hinzu, den Du schon kennst...- Die Köhler verschlechtern mit ihren Meilern die frische Luft! Vorher müssen sie die Luft auf dem Marktplatz kaufen!" Der Uhu entfaltete schon die breiten Schwingen, aber etwas fiel ihm noch ein: "Dieser Gegenzauber kann hier nur wirken, wenn man die Luft auf Papier zaubert und das Papier an die Köhler verkauft... Adieu, mein Lieber, es hat mich sehr gefreut!" Geräuschlos entschwand der Uhu. Es war höchste Zeit, denn die Sonne ging bereits auf.

"Wie zaubert man Luft auf Papier?", murmelte der Jüngste ratlos. "Mit Tinte, hi, hi!" krächte der Hahn, und jetzt wußte der Jüngste, was zu tun sei. Als der Dorfälteste ihn bemerkte, gab es gleich einen Auflauf. "Ein Chinese, schon wieder ein Chinese!", riefen die Leute. Der Dorfälteste berichtete von den gefangenen Spionen, und dann bat er den Neuankömmling um seinen Rat. "Ich könnte Euch wohl helfen, guter Mann", antwortete dieser; "aber wenn mein Rat gute Wirkung tut, müßt Ihr mir zum Dank Eure beiden Gefangenen ausliefern. Es sind nämlich Zauberlehrlinge, die mir gute Dienst tun können." Daß es in Wirklichkeit seine Brüder waren, piffen die Spatzen ja von den Dächern! "Eure Bitte sei Euch gewährt, Fremdling", sprach der Dorfälteste mit Würde. "Aber wisset, daß Ihr selbst ebenfalls in den Kerker müßt, wenn Euer Rat schlecht ist".

Nun hub der Jüngste an: "Ihr habt zu wenig Vorschriften hier. Deshalb gibt es zu wenig gute Luft. Ihr müßt einen Dorfrat bilden. Der soll vorschreiben, wieviel Rauch auf dem Marktplatz aufsteigen darf. Paßt aber auf, daß Ihr nicht zu viele Vorschriften beschließt. Denn sonst habt Ihr am Ende zu wenig Holzkohle zum Eintauschen und müßt hungern und frieren! Beschließt also im Rat, wie viele Meiler auf dem Marktplatz stehen dürfen. Genau so viele Erlaubnisse schreibt

Ihr mit Tinte auf Papierstücke, für jede Erlaubnis ein Stück. Die Stücke aber versteigert Ihr auf dem Marktplatz! Wer keins kauft, muß seinen Meiler im Wald errichten."

Das klang recht ungewöhnlich; aber offenbar war dies hier kein Spion, denn er sprach kein Chinesisch. Den praktischen Bewohnern leuchteten die Sätze des Fremden schließlich ein. Ein Dorfrat wurde gewählt und beschloß, daß nur noch zehn Meiler auf dem Marktplatz stehen dürften, nicht mehr dreißig wie bisher. Er richtete einen Stand auf dem Markt ein, wo die zehn Erlaubnisse feilgeboten wurden. Wie drängten sich die Köhler um den Stand! Sie überboten sich zunächst, um eins der begehrten Stücke für sich zu erstehen; aber dadurch wurden die Papiere doch recht teuer. Einer nach dem anderen wurde nachdenklich. Der Marktplatz war ja ein guter Standort, weil die Frachtkutschen von dort abgingen. Aber er wurde vor ihren Augen jetzt auch ein besonders teurer Standort! Wenn man seinen Meiler in den Wald verlegte, konnte man viel Geld sparen... Man mußte nur die Holzkohle irgendwie zum Marktplatz transportieren!

So rechneten sie, und als der Preis für Erlaubnispapiere immer höher stieg, blieben zum Schluß nur noch zehn Interessenten übrig. Sie erhielten den Zuschlag und durften bleiben. Den Erlös verwendete der Rat dazu, Straßen in den Wald zu bauen, auf denen die Holzkohle herangebracht wurde. Nun war Holzkohle freilich teurer als vorher, denn die Straßen mußten bezahlt werden. Die umliegenden Dörfer kauften deshalb nicht mehr so viel Holzkohle, und jetzt gab es weniger Butter und Wolle. Aber wie gern nahmen die Dorfbewohner das in Kauf; man konnte vom Marktplatz aus sogar die Sonne scheinen sehen! Davon hätten sie unter der Wirkung des Zaubers nicht einmal zu träumen gewagt. Mit großem Dank wurde der Fremdling und die beiden Zauberlehrlinge aus dem Dorfe geleitet, und wie viel gab es für die Brüder nicht zu berichten!

3. Das dritte Dorf

Noch einmal davonzulaufen wagten die älteren Brüder nun freilich nicht mehr; aber jeder der beiden sann unentwegt darüber nach, wie er die anderen überlisten könne. Unterdes gelangten sie zum dritten Dorf.

Aber wie merkwürdig! Schon lange, bevor sie das Dorf selbst sehen konnten, hörten sie das laute Blöken von unzähligen Schafen: überall grasten welche! "Wo bauen die Dorfbewohner nur ihr Brot?", fragten sich die Brüder, "und wo

stehen ihre Kühe für Milch und Butter?" - Und als das Dorf selbst in Sicht kam, sahen sie schon von weitem einen großen Berg auf dem Marktplatz liegen. Näher gekommen bemerkten sie, daß es sonst nur ein ganz paar Stände auf dem Markt gab, auf denen winzige Mengen Brot, Butter, Milch, Hanf und Garn zu hohen Preisen gehandelt wurden. Fast alles drängte sich aber um den großen Berg, der aus allerfeinster Wolle bestand; die Bewohner rissen sich große Ballen heraus und entfernten sich. "Was tun sie mit all der Wolle?", fragten sich die Brüder. "Und warum bezahlt niemand etwas? Hat man im Dorf denn keine Polizei?"

Es war aber in Wirklichkeit so, daß die Wolle gratis abgegeben wurde. Es herrschte nämlich die Überzeugung, das Allerwichtigste sei doch, daß niemand friere! Deshalb durfte die Größe des Geldsackes niemals von Bedeutung sein, wenn es um die Verteilung von Wolle ging. Jeder sollte so viel Wolle erhalten, wie er brauchte! Aber bezahlt werden mußte die Wolle natürlich doch. Deshalb wurde ein jeder vom "Dörflichen Einziehungsamt" mit einem Beitrage belegt, der von der Größe des Geldsackes abhing; und dieses Amt erstattete den Schäfern auch ihre Kosten. Ursprünglich war die "Wollabgabe" ja ganz gering gewesen, denn die Dorfbewohner brauchten nur einen Kittel im Jahr, und der war aus grübster Wolle. Aber unbegreiflicherweise hatte eine bedeutende Geschmacksveränderung eingesetzt, seit Wolle gratis war. Man legte Wert auf hochfeine Qualität, und natürlich gab es für jeden Wochentag ein anderes Kleid! Die Schäfer importierten neue Schafe aus Neuseeland; das war eine Wolle! Aber jedes Schaf kostete zwanzig Taler, während die heimischen Schafe nur einen Taler ausgemacht hatten. Die Kosten stiegen unaufhörlich, und als die Brüder in das Dorf kamen, mußte das Dörfliche Einziehungsamt bereits aus jedem Geldsack 85 von 100 Talern beschlagnahmen! Mit 15 Talern blieb aber nicht viel für Brot und Butter und andere Waren übrig; die Bauern gaben die Rinderhaltung und den Getreideanbau fast ganz auf und verpachteten ihr Land an die Schäfer. Munkelte man doch schon von einer Neuzüchtung mit noch feinerer Wolle, das Stück für 50 Taler...

Da bemerkte der Dorfälteste die Fremden und ging auf sie zu: "Seid begrüßt", sprach er sie an, " und verkündet Euren Rat. Wie können wir uns vor dieser Kostenexplosion befreien? Wir hungern und dursten! Woher nehmen wir mehr Butter, Milch und Brot?"

"Jetzt heißt es sofort handeln", dachten die beiden Ältesten. Sie bemerkten gar nicht, daß der Jüngste, in Gedanken versunken, längst in den Gassen des Dorfes verschwunden war. "Ihr dürft Euch nicht verabreden!" rief der eine schnell, aber der andere wollte nun auch zu Worte kommen: "Ihr habt zu wenig Vorschriften hier!" sprudelte er heraus. "Deshalb habt Ihr auch zu wenig Wolle!"

Aber der Dorfälteste war ein weiser Mann und schüttelte den Kopf. "Ihr habt Glück", sprach er, "daß niemand Euch gehört hat. Es gibt hier keine Verabredungen, und wir haben zu viel Wolle, nicht zu wenig. Verlaßt augenblicklich das Dorf! Sonst seid Ihr hier nicht mehr sicher!" Die beiden Brüder trollten sich, aber nur bis um die nächste Ecke. Sie einigten sich, ein Manifest auf dem Marktplatz zu verlesen, zumal der Jüngste nun schon einmal entfernt war. So geschah es! Sie traten vor den Wollberg auf dem Marktplatz, entrollten ein Pergament und verlasen den folgenden Text...

"Manifest:

Dorfbewohner, Ihr leidet große Not! Es gibt kaum mehr Brot, Butter und Milch! Wer kann sich heute noch Hanf und Zwirn leisten? Warum wird all dies nicht mehr hergestellt? Weil die Landbesitzer nur an ihre Geldsäcke denken und ihr Land lieber an die Schäfer verpachten, statt an Euere Bedürfnisse zu denken! Ihr müßt ihnen das Land wegnehmen, damit wieder Brot darauf gebaut werden kann und Butter und Milch reichlicher werden! Und warum ist die Wollabgabe so hoch? Weil auch die Schäfer nichts im Kopf haben als ihren Geldsack! Die von ihnen bezogenen Taler sind ins Ungemessene gewachsen! Ihr müßt dafür sorgen, daß sie nicht mehr so viele Taler einnehmen können! Gebt dem Dörflichen Einziehungsamt die strikteste Anweisung, die Auszahlung von Talern an die Schäfer drastisch einzuschränken! Aber auch Ihr selbst müßt den Gürtel enger schnallen, da die Not so groß ist. Ihr könnt nicht jeden Tag ein anderes Kleid haben! Sonntags das eine, und werktags das andere, Ostern ein drittes. Niemand darf mehr als drei Kleider haben; und nur das Sonntagskleid darf aus feiner Wolle sein. Und das Wichtigste: Ihr müßt alles genau kontrollieren! Ihr braucht größere Behörden und viel mehr Polizisten, damit niemand heimlich vier Kleider hat oder etwa eine Kuh im Garten verborgen hält, um die Wucherpreise für Milch und Butter zur Füllung seines Geldsackes auszunutzen!"

Den Dorfbewohnern schien das Manifest genau richtig. Hier wurde einmal gründlich aufgeräumt! Nur der Dorfälteste war ganz und gar nicht dieser Meinung: Man konnte ja einsehen, daß weniger Kleider ausreichten. Aber mußte jeder gerade drei Kleider haben? Für so manchen bedeuten Kleider die Welt; aber anderen genügt ein einziges Kleid, wenn sie nur genug Brot und Butter bekommen! Nein, dachte der Dorfälteste bei sich, das war keine gute Lösung.

Wir haben den jüngsten Bruder ganz aus den Augen verloren, und der war auch schwer genug zu finden! Er hockte nämlich auf einer Mauer und besprach sich mit dem Sperber. "Die ersticken in ihrer Wolle noch", krächzte der gerade. "Aber warte, da ist ein leckeres Mäuschen". Er schoß hinaus auf das Feld. - Bald war er wieder da: "Eine gute Kost gibt es heuer!" Der Sperber war ein Genießer und schweifte gern ab. "Wenn die so weitermachen, dann ist bei denen bald alles verboten. Oh!", und weg war er, denn er sah eine junge Schafstelze. "Die ist mir leider entwischt", kam er zurück; "meine Augen sind auch nicht mehr, was sie waren. Aber was wollte ich doch sagen...ja, die haben jetzt diese Wollsache im Kopf, nichts als Wolle gibt's da...Als ob Brot für die nicht ebenso wichtig wäre. Brrr!" Er schüttelte verächtlich das Gefieder, denn er selbst aß nur rohes Fleisch und schätzte weder Brot noch Wolle. Aber da war ihm jetzt der Bussard zu nahe ans Revier gekommen! Er mußte verjagt werden. Etwas außer Atem kehrte der Sperber nach einigen Minuten zurück: "Ich sage es doch, die betrügen sich in einem fort selbst! Die Wolle hängt ihnen längst zum Halse heraus. Sie träumen von Brotgelagen, Butterbergen und Strömen aus Milch...aber das Problem mit ihnen ist, daß sie immer bloß davon reden müssen, wie unverzichtbar und absolut vordringlich Wolle doch sei! Verzeihung!" Und er stürzte sich auf ein kleines Häschen, das unvorsichtig aus den Büschen hervorlugte. Jetzt dauerte es etwas länger, bevor der Sperber wieder da war. "Ein köstliches Mahl!" Er gähnte: "Ich bin müde und will schlafen. Machen wir's kurz. Früher war der Zauber hier anders. Da hatten sie eine alte Zigeunerin im Dorf und Quoten. Das war am Ende wohl noch besser als diese gräßliche Wollschwemme..." Denn tief im Herzen war der Sperber konservativ. "Dies hier ist ein neumodischer Zauber. Der sitzt tief! Den Gegenzauber habe ich noch nicht gesehen...-Gute Nacht!" Sprachs und schloß die Augen; dabei war es heller Tag... - Nachdenklich entfernte sich der Jüngste, um sich mit den Brüdern zu besprechen.

Aber er fand sie nicht. Sie hatten sich zerstritten. "Die Geldsäcke müssen weg!", hatte der eine geschrien. "Nein, jeder muß einen gleich großen Geldsack bekommen, und alle Kleider müssen ein und dieselbe Farbe haben!", hatte der zweite dagegen gelärmt. Die Dorfbewohner hatten sich in eine Antigeldsackfraktion und eine Farbausgleichsklasse gespalten und waren den beiden Brüdern in verschiedene Schulhäuser gefolgt, wo sie nun erhitzt debattierten. Einsam wanderte der Dorfälteste auf dem Marktplatz umher, als er den Jüngsten erblickte: "Kannst Du eine Lösung sehen?" Der schüttelte traurig den Kopf. Da

hörte er den alten Raben auf dem Turm: "Man muß Geduld mit ihnen haben. Sie denken noch, sie wären jetzt vom Zauber befreit, seit es genug Wolle gibt! Früher war es hier halt sehr kalt, und die Furcht vor dem Frost ist ihnen in die Knochen gefahren... Die viele Wolle beruhigt sie! Sie begreifen nur langsam, wie sehr die Öde auf dem Marktplatz sie lähmt. Wenn sie es spüren und den Zauber bemerken, dann komme zurück! Inzwischen will ich über einen Gegenzauber nachdenken."

Der Jüngste entschloß sich, zu seinem Vater zurückzukehren. Er bemerkte nun wohl, wo seine Brüder waren; denn großer Lärm drang aus den beiden Schulhäusern. Er ging hinein, um seine Brüder zu holen. Aber die hatten keine Augen für ihn. Jeder gründete gerade eine Fernsehgesellschaft für seine Schule, und beide hatten zwanzig Telefone und einen Schwarm Sekretärinnen um sich. So kam der Jüngste alleine zum Vater zurück, nachdem er sich teilnehmend vom Dorfältesten verabschiedet hatte, der sich nun daran machte, die wenigen Kühe zu versorgen. Denn außer ihm waren alle Bewohner in den Schulhäusern.

"Wer wird König nach Dir?", fragte der Jüngste den Vater; "die Brüder kommen nicht zurück, und ich konnte die Aufgabe nicht lösen." - "Du hast sie gelöst und sollst mir nachfolgen. Du wirst das Königreich gut in Ordnung halten; denn Du hast verstanden, daß man den Bewohnern nicht viel zumuten darf. Sie sind schwach und werden das Gemeinwohl nur fördern, wenn es am eigenen Wege liegt. Sonst wehren sie selbst dem eigenen Wohl! So wirkt der Zauber, den es leider oft im Königreich gibt: Du wirst immer neue Weisen finden, wie man ihm begegnet." Der Jüngste aber herrschte nach dem Tode des Vaters in Milde als ein guter und weiser König.

II. DIE "DÖRFER": VERHÄNGNISVOLLE ARRANGEMENTS

Wenn das Märchen unbestimmt endet, so liegt das daran, daß wir auch in der Realität nicht wissen, wohin die Reise geht. Denn natürlich handelt es sich nur zum Schein um ein Märchen, bei dem man sich zwar mit einem leichten Grinsen, aber doch auch erleichtert und behaglich im Sessel zurücklehnen könnte, da die Handlung so angenehm weit weg und unwirklich ist. Dieses Märchen ist gegenüber der Realität sogar eher noch verschönt! Es soll den Leser dazu verführen, sich eine Weile lang unbefangen mit einigen schweren Verstrickungen zu befassen, denen eine moderne Wirtschaft immer ausgesetzt ist und unter denen der Freiraum des einzelnen leicht begraben werden kann. Solche Verstrickungen sind unser Thema.

Die drei Dörfer im Märchen sind auf rätselhafte Weise verzaubert. Wie die Quelle weiß, handelt es sich dabei aber im Grunde um ein und denselben Zauber, mit dem eine Fee dereinst die Dorfbewohner verblendet hatte: sie müssen immer ihren eigenen Wünschen zuwider handeln. Nur ein Gegenzauber kann sie erlösen, und dieser liegt jeweils mitten im Dorfe selbst verborgen. Man muß ihn nur sehen können, was den beiden eifernden Brüdern immer aufs neue mißlingen will. Sie wenden eben blindlings frühere Lösungen an, die woanders wohl funktionierten, jetzt aber das Übel nur verschlimmern.

Was im Märchen als Zauber dargestellt ist, bedroht uns auch in der Wirklichkeit: die Möglichkeit des einzelnen ist gefährdet, sich in der modernen Industriegesellschaft frei und spontan zu entfalten. Ein Gegenzauber ist nötig, um die Gefährdung des einzelnen durch übermächtige gesellschaftliche Zwänge zu bannen, eine kluge und die menschliche Schwäche bedenkende Politik also. Denn auf der menschlichen Schwäche beruht der Zauber: in jedem der drei Dörfer wird der einzelne überfordert, und indem er sich der Anforderung entzieht, schadet er allen anderen und sich selbst. Jedes dieser Dörfer verkörpert ein anderes institutionelles Arrangement, in dem der einzelne selbstlos sein müßte, um dem Gemeinwohl zu dienen. Wer sich in einem solchen Arrangement eigennützig verhält, schadet der Gesamtheit; und da niemand anders als eigennützig handeln kann, betrügen alle sich selbst um ihr Wohl. Der Gegenzauber des Jüngsten bewirkt, daß jeder im eigenen Interesse dem Gemeinwohl dient. Sobald das aber der Fall ist, bemühen sich alle aus ganz eigennützigen Motiven, im Interesse der Gesamtheit zu handeln, das auch ihr eigenes ist.

Drei solcher Konstellationen sind in den drei Dörfern des Märchens versinnbildlicht; aber in Zukunft mögen weitere entstehen und aufgedeckt werden.

Von den drei im Märchen bezeichneten Konstellationen war bis vor kurzem überhaupt nur eine bekannt, und sie wurde deshalb als Hauptproblem der Ordnungspolitik eingestuft; die beiden übrigen, und insbesondere das dritte, sind zwar neu, aber deswegen nicht weniger heimtückisch.

Von der ersten Form des Zaubers ist das erste Dorf befallen: von dem Dilemma der Marktmacht. Es handelt sich dabei um die klassische Domäne der Ordnungspolitik; und das Problem ist auch heute noch alles andere als gelöst. Immerhin kennen wir dafür den Gegenzauber. Um den Einengungen und Zwängen zu entgehen, denen jeder einzelne angesichts von Marktmacht ausgesetzt ist, muß der freie Wettbewerb gefördert werden; eine der Folgerungen für die praktische Wirtschaftspolitik besteht etwa darin, ein wirksames Kartellgesetz zu fordern.

Von einem auf den ersten Blick ganz andersartigen Zauber ist das zweite Dorf befallen. Die beiden älteren Brüder, die ihn mit den Mitteln des Wettbewerbs auflösen wollen, erleiden dabei schmählich Schiffbruch: das Phänomen der öffentlichen Güter - denn darum handelt es sich beim zweiten Dorf - wird durch Wettbewerb eher noch verschlimmert. Eine besonders aktuelle Erscheinungsform, wenn auch beileibe nicht die einzige, ist das Umweltproblem. Ein Gegenzauber liegt hier paradoxerweise in Vorschriften von gerade der Art, wie sie sich im ersten Dorf als verhängnisvoll erwiesen hatten. Das Phänomen der öffentlichen Güter ruft gewissermaßen nach dem Staat. Allerdings kann dieser "Gegenzauber" - staatliche Vorschriften -, wenn im Übermaß angewandt, schlimmer werden als der Zauber selbst, wie der Uhu weise bemerkt; deshalb rät er zu sparsamer Dosierung, wobei zusätzlich auch die Unsichtbare Hand des Marktes hinzugezogen werden soll.

Jener nur in vorsichtiger Beimengung verträgliche Gegenzauber des zweiten Dorfes aber schießt im dritten Dorf völlig ins Kraut und macht das Leben dort monoton und unerträglich. Die Plage des dritten Dorfes, ein tiefsitzender, neomodischer Zauber (um den Sperber zu zitieren), hat uns in den letzten Jahren durch und durch gepackt. Ein "Gegenzauber" wäre mit einiger Unvoreingenommenheit zwar schon zu finden; aber er wäre wohl kaum praktikabel. Denn die Dorfbewohner, obwohl handfest leidend, wollen nicht einmal den Zauber

selbst wahrnehmen. Sie verschließen ihre Augen fest vor der Realität und folgen lieber den Brüdern. Diese aber gaukeln ihnen ideologische Scheinlösungen vor, die - wie alle Rezepte der Brüder - die Probleme nur auf die Spitze treiben würden.

Um den Zauber selbst und denkbare Gegenzauber, also den neuen Konstellationen angepaßte ordnungspolitische Konzeptionen, besser zu verstehen, wollen wir zunächst die Unsichtbare Hand des Marktes in ihrer Wirkungsweise beobachten. Wie funktioniert eine Marktwirtschaft eigentlich? Warum hat sie solche spektakulären Erfolge zu verzeichnen? Danach wollen wir uns die einzelnen Störungen genau ansehen, wie sie in den drei Dörfern des Märchens aufgezeichnet sind; wir wollen das allen gemeinsame Grundmuster zu erkennen suchen, um dann schließlich die Konturen einer Ordnungspolitik auszumachen, mit der den großen Gefährdungen der menschlichen Freiheit in einer modernen Industriewirtschaft zu begegnen ist.

III. VOM EIGENNUTZ ZUM GEMEINWOHL : DIE UNSICHTBARE HAND

1. Jeder lebt auf Kosten des anderen

Kernpunkt aller wirtschaftlichen Probleme ist die Knappheit: Die Bedürfnisse des Menschen sind stets größer als seine Mittel zu ihrer Befriedigung. Kaum jemand von uns hätte sich 1948 träumen lassen, in welchem Überfluß - gemessen am damaligen Standard - wir heute leben. Gleichwohl kommt niemand auf die Idee, seine Bedürfnisse seien nunmehr gesättigt und es sei eigentlich an der Zeit, sich mit dem zu bescheiden, was man erreicht habe.

Jeder einzelne spürt solche Knappheit und hätte gern mehr verbraucht, als er es sich tatsächlich leisten konnte. Die Folge ist aber, daß alles, was man selbst verbraucht, gewissermaßen einem unbekanntem anderen aus der Tasche gezogen wird. Denn jener andere hätte gern auch das noch für sich bekommen, was man nun selbst verbraucht; und falls nicht gerade er, so doch sicherlich eine ganze Reihe weiterer Mitbürger.

2. Denkbare Lösungen: Zuteilung oder Selbstbeschränkung

In dieser Situation gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten. Die eine ist, daß jeder einzelne sich freiwillig zurückhält; um seinen Mitmenschen den Weg zu freigebigerem Konsum zu eröffnen. Die andere Möglichkeit besteht darin, jedem einzelnen das zuzuteilen, was ihm gebührt.

a. Was sind "Bedürfnisse"?

Beginnen wir mit der letzten Möglichkeit. Sie klingt einfach genug; und deshalb sind die beiden Brüder im Märchen auch spontan auf sie verfallen: ein "Dorfrat" sollte zunächst die Bedürfnisse der einzelnen festlegen und die vorhandenen Güter dann entsprechen unter die einzelnen aufteilen.

Wir können davon ausgehen, daß der Dorfrat demokratisch gewählt und mit- hin auch legitimiert war, solche ja immerhin tief in das Leben der einzelnen eingreifenden Entscheidungen zu fällen. Ist der Vorschlag der Brüder dann aber nicht wahrhaft demokratisch? Soll man denn wirklich die mate- rielle Existenz der Staatsbürger den blinden Kräften eines anonymen Mark- tes überlassen, statt in gewählten Gremien aufgrund rationaler Argumente darüber entscheiden zu lassen? Für die Brüder im Märchen ist das überhaupt keine Frage.

Warum funktioniert diese Lösung aber nicht? Weil die menschlichen Bedürf- nisse subjektiv sind, und weil niemand sie kennt außer den Betroffenen selbst. Denn irgend jemand - und im Zweifel wird das eine riesige Büro- kratie sein müssen - hat sich ja nun daran zu machen, die Bedürfnisse der einzelnen gegeneinander abzuwägen, um schließlich eine gerechte Lösung zu finden. Er muß also die relative Dringlichkeit der Bedürfnisse ver- schiedener Bürger miteinander vergleichen und das knappe Gut demjenigen zuteilen, dessen Bedürfnisse am dringlichsten sind. Wie aber soll er her- ausfinden, welches der geäußerten Bedürfnisse das ist?

b. Die Kraft des Arguments

Soll man nicht einfach die Bürger selbst hören, um dann aufgrund der von ihnen vorgebrachten Argumente zu entscheiden, welches Bedürfnis befriedigt werden soll und welches nicht? Auch auf diese naheliegende Lösung verfielen die Brüder alsbald: sie beriefen eine Vollversammlung auf dem Dorfplatz ein, gewissermaßen um Transparenz zu schaffen. Am Rande sei erwähnt, daß so etwas natürlich nur in einem kleinen Dorfe überhaupt möglich sein könnte; die schiere Anzahl von Bürgern verhindert ein solches "bürgernahes" Verfahren normalerweise von vornherein. Aber selbst in jenem kleinen Dorf führte der "Bürgerdialog" über die Bedürfnisse und ihre Befriedigung zu nichts.

Das kann auch nicht anders sein. Wären die individuellen Bedürfnisse objektiv, so könnte man versuchen, auf die Argumente der einzelnen zu hören: man könnte die Dringlichkeit seiner Bedürfnisse beweisen, oder man könnte ein vorgebrachtes Argument als haltlos widerlegen.

Aber die meisten unserer Bedürfnisse sind eben nicht mehr objektiv; das unterscheidet unsere eigene wirtschaftliche Lage ja so angenehm von der vieler anderer Länder, in denen die Menschen hungern und man objektiv beispielsweise angeben kann, wieviel Proteine sie zusätzlich brauchten. Was wir gern für uns beanspruchen möchten, ist ziemlich subjektiv, das heißt unsere höchstpersönliche Vorliebe; und hier können rationale Argumente nichts mehr ausrichten.

Ist es vielleicht "vernünftig", so viele schädliche Zigaretten zu rauchen, wie mancher es für sein Leben gern tut? Ist es "rational", wenn der eine auf Butter schwört, während es für den anderen nur Margarine sein darf, da die reich an ungesättigten Fettsäuren ist? Wie soll ein Motorradfan einsichtig machen, daß für ihn aber wirklich nur eine superschwere Honda in Frage kommt? Der zuständige Bürokrat, pflichtgemäß solches Bedürfnis gegen das eines Teenages nach lila Samthosen von Cardin abwägen, wird sich überfordert fühlen und lieber eine weitere Garnitur von grauen Sakkos mittlerer Qualität in Auftrag geben, die nun allerdings nicht so recht nachgefragt werden wollen. Es gibt eben keine objektive und rational nachvollziehbare Möglichkeit, die sehr verschiedenen individuellen Wünsche in vernünftiger und gerechter Weise gegeneinander abzuwägen.

Deshalb bleibt in der Praxis nichts anderes übrig, als die Bürger wieder nach Hause zu schicken und einen soliden, zentralen Fünfjahresplan zu erstellen, in dem "exzentrische" Güter nicht, dafür aber "solide" Güter in vernünftigen Quantitäten und mittleren Qualitäten enthalten sind. Das Ergebnis ist uns allen aus den Ländern des Ostblocks bekannt; ein vernünftiges und tristes Grau erfüllt den sozialistischen Alltag.

c. Auch Bürokraten sind Menschen

Aber warum sind die "Quoten", die der einzelne schließlich zugeteilt bekommt, im Märchen so klein? Das liegt daran, daß solche Zuteilung und die dazu gehörende überaus komplizierte Abstimmung der volkswirtschaftlichen Produktion eben nur durch riesige Bürokratien geleistet werden kann; und diese haben ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Der einzelne Bürokrat, mit großer Machtfülle ausgestattet, muß natürlich kontrolliert werden. Es sind ja nicht seine eigenen Mittel, über die er disponiert! Daher wird der Bürokrat an recht detaillierte Vorschriften gebunden und dazu erzogen, stets den Dienstweg einzuhalten. Denn es muß sichergestellt werden, daß jede seiner Entscheidungen nicht etwa willkürlich ist, d.h. nur seinen eigenen und für Außenstehende nicht einsichtigen Erwägungen unterworfen; jede dieser Entscheidungen soll vielmehr am ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers orientiert sein, wie er ihn in vielfältigen Vorschriften und Hierarchien, d.h. in Stellenplänen niedergelegt hat.

Darunter leidet freilich die Flexibilität der Bürokratie insgesamt ganz ungemein. Jeder Entscheidungsprozeß braucht nun seine ganz gehörige Zeit, und dies bedauerlicherweise auch dann, wenn eine Entscheidung eigentlich sofort gefällt werden müßte. Zudem wird der einzelne Bürokrat risikoscheu sein. Erweist sich nämlich eine Entscheidung im nachhinein als falsch, so wird der Bürokrat aufs sorgfältigste darauf kontrolliert, ob er die nötige Umsicht in der Tat habe walten lassen. Wehe ihm, wenn sich dann herausstellt, daß er ein nachträglich zu hoch erscheinendes Risiko eingegangen war! Hat der Bürokrat andererseits eine riskante und dann richtige Entscheidung gefällt, so werden nun nicht etwa gleichfalls seine Motive nachträglich mit der gleichen peinlichen Sorgfalt überprüft; würde

das geschehen, so hätte sich das Risiko für ihn allerdings ausgezahlt, denn er könnte für seine weitere Karriere wichtige Pluspunkte für sich verbuchen. Mit anderen Worten: riskante Entscheidungen schlagen auf ihren Urheber voll zurück, wenn sie sich als falsch erweisen; waren sie aber richtig, so erhält der Bürokrat keinerlei Belohnung dafür. In dieser Situation wäre er kein Mensch, wenn er nicht die formale Korrektheit und das peinliche Einhalten aller Vorschriften höher stellen würde als die Qualität der gefällten Entscheidung selbst.

Bürokraten können außerdem nicht umhin, stets und immer wieder ineffizient zu sein. Denn Effizienz erfordert das ständige Suchen nach Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten. Würden aber tatsächlich Kosten eingespart, so minderte dies zwangsläufig den Umfang der dem Bürokraten zugewiesenen Haushaltsmittel und damit seine eigene Bedeutung innerhalb der Hierarchie; und von der hängen seine Beförderungsaussichten ab. Der Bürokrat wird also ganz im Gegenteil zunächst einmal kräftig überhöhte **Budgetanforderungen** geltend machen, die ihm dann im Zuge der Haushaltsverhandlungen reduziert werden. Dies aber erfordert einen ganz neuen Zweig der Bürokratie, der seinerseits beileibe nicht kleinlich bei der Anforderung weiterer Haushaltsmittel sein wird. Um den Bürokraten zur Sparsamkeit zu zwingen, werden Rechnungsprüfer und Rechnungshöfe eingerichtet, die aber, ihrerseits mit Bürokraten besetzt, auch nicht anders können, als wiederum auf die Einhaltung formaler Vorschriften zu achten. Eine segensvolle Initiative, mit deren Hilfe Millionen eingespart worden sind, kann gleichwohl gerügt werden, etwa weil zu teures Briefpapier verwendet wurde. Hingegen mögen andere, Millionen verschlingende und gleichwohl vollkommen nutzlose Projekte ungerügt bleiben, weil das Briefpapier genau die vorgeschriebene mittlere Qualität hatte und auch sonst kein Verstoß gegen irgendwelche Vorschriften festzustellen war. Also wird es den Bürokraten am Ende wenig scheren, ob ein von ihm durchgeführtes Projekt volkswirtschaftlich gesehen besonders nützlich ist oder nicht. Entscheidend bleibt letztlich, ob seine Abwicklung den Vorschriften genügt!

Zu allem Überfluß sind Bürokraten zudem noch innovationsfeindlich. Denn jeder Bürokrat muß bestrebt sein, seinen Rang innerhalb der Hierarchie zu wahren oder zu verbessern. Hierzu dienen Kompetenzbereiche, die er sich mühsam erkämpft hat. Jede Innovation gefährdet solche Kompetenzbereiche;

und deshalb wird der Bürokrat jeder im Hintergrund lauernnden Innovation sorgfältig auszuweichen bestrebt sein.

Damit vereinigt eine Bürokratie aber in sich gerade die Eigenschaften, welche den wirtschaftlichen Mißerfolg vorprogrammieren. In der Wirtschaft kommt es auf Flexibilität, rasches Entscheidungsvermögen und Risikofreude an; aber Bürokratien sind schwerfällig, starr und äußerst risikoscheu. In der Wirtschaft wird Effizienz gebraucht; aber Bürokratien sind von notorischer Ineffizienz. Und schließlich ist die Innovationsfreudigkeit einer Wirtschaft von größter Bedeutung für die materielle Zukunft ihrer Mitglieder: aber Bürokratien scheuen die Innovation wie der Teufel das Weihwasser. Kein Wunder also, daß bei dieser Art der Zuteilung - jedem, was ihm "gebührt" - der insgesamt auszuteilende Kuchen ziemlich klein bleibt. Auch dies läßt sich übrigens mühelos an allen sozialistischen Wirtschaften studieren; neben der Tristheit des Angebotes springt seine quantitative Kargheit ins Auge.

3. Freiheit durch Selbstverantwortung

Dies also bekamen die Dorfbewohner von den beiden ältern Brüdern vorgeführt; und sie taten in einer solchen Situation ganz recht daran, jene alte Zigeunerin zurückzuholen, auf deren Bedeutung wir später noch zu sprechen kommen.

Nun hatten wir schon eine völlig andere Möglichkeit erwähnt, wie man dem Problem der Knappheit zu Leibe gehen könnte, wie man also das notwendige Abwägen unterschiedlicher individueller Bedürfnisse auch ohne obrigkeitliches Zuteilen erreichen könnte. Wir hatten gesagt, daß jeder sich freiwillig zurückhalten solle, um seinen Mitmenschen die Möglichkeit zu freigebigerem Konsum zu eröffnen.

Aber ist das nicht schiere Utopie? Müssen wir nicht immer davon ausgehen, daß der einzelne eben so viel für sich zu bekommen versucht wie nur irgend möglich? Warum sollte er sich freiwillig zurückhalten? Und wer soll eigentlich die Abwägung zwischen den Bedürfnissen verschiedener Individuen vornehmen? Wo bleibt die Gerechtigkeit? Und wer soll entscheiden, was denn nun eigentlich produziert werden soll? Denn immerhin sind

in einer modernen und extrem arbeitsteiligen Industriegewirtschaft Billionen von Einzelentscheidungen zu fällen, die lückenlos ineinander greifen müssen, damit insgesamt ein Sozialprodukt erwirtschaftet werden kann.

Nun, alles dies leistet die unsichtbare Hand des Marktes. Der Ausdruck wurde von Adam Smith geprägt, dem Vater der Nationalökonomie, der sein Hauptwerk "Der Wohlstand der Nationen" schon 1776 verfaßte. Diese unsichtbare Hand, so schrieb Adam Smith, bewirkte, daß die Entscheidung des einzelnen, gerade weil sie allein vom Eigennutz diktiert seien, in einem höheren Maße zum Gemeinwohl beitragen, als dies möglich sei, wenn der einzelne sich nur dem Gemeinwohl verpflichtet wisse.

a. Volkswirtschaftliche Kosten und Knappheitspreise

Wie ist das möglich? Die unsichtbare Hand läßt den einzelnen frei entscheiden; aber sie konfrontiert ihn mit den volkswirtschaftlichen Kosten seiner Entscheidung. Wer ein knappes Gut für sich verbraucht, entzieht es dadurch einem anderen, ob er das will oder nicht. Denn ein und dasselbe Stück kann eben nicht von zwei oder mehreren Konsumenten beansprucht werden (es gibt wichtige Ausnahmen, auf die wir später noch zu sprechen kommen). Damit der Verbraucher ein solches Stück für sich selbst bekommen kann, muß also ein anderer darauf verzichten haben. Und mit diesem Verzicht wird der Verbraucher konfrontiert, indem er den Preis bezahlt. Wieso das?

Wer den Preis für ein Gut bezahlt, gibt das Geld fort und kann es nicht mehr für etwas anderes ausgeben: er muß auf andere Verbrauchsmöglichkeiten verzichten, die ihm sonst offengestanden hätten. Ein ähnlicher Verzicht wurde jenem anderen zugemutet, der das nun verbrauchte Stück nicht für sich selbst in Anspruch nahm; er sah aus freien Stücken vom Kauf ab, da er sein Geld lieber für etwas anderes ausgeben wollte. Indem der tatsächliche Konsument den Preis bezahlt, was jener andere eben nicht wollte, hat eine Abwägung der individuellen Bedürfnisse gegeneinander stattgefunden. Wer den Preis zahlt, also einen entsprechenden Verzicht auf andere Güter leistet, beweist dadurch, daß ihm das Gut buchstäblich seinen Preis

"wert" ist; jener andere dagegen, der den Preis nicht erlegen wollte, bewies andererseits, daß dieses Gut für ihn den geforderten Preis nicht mehr wert sei. Das intensivere Bedürfnis ist zum Zuge gekommen, und zwar durch freiwillige Zurückhaltung des Interessenten mit den weniger intensiven Präferenzen für das Gut. Dies alles geschah ohne jede Reglementierung durch die Obrigkeit; es geschah im Eigeninteresse.

Hier ist es an der Zeit, etwas über die "volkswirtschaftlichen Kosten" zu sagen. Sie haben zunächst einmal mit Geld überhaupt nichts zu tun. Vielmehr bestehen sie darin, daß infolge der Knappheit des Gutes jeder Verbrauch durch einen Konsumenten einen anderen zum Nichtverbrauch zwingt, zum Verzicht. In diesem Verzicht liegen die eigentlichen volkswirtschaftlichen Kosten des Verbrauchs. Da er eine direkte Folge der Knappheit ist, sprechen wir vom "Knappheitspreis" eines Gutes. Diesen Knappheitspreis gibt es auch in einer Naturaltauschwirtschaft, d.h. wenn Geld überhaupt nicht vorhanden ist. Und natürlich gibt es ihn auch in sozialistischen Volkswirtschaften, und zwar unabhängig davon, ob er den Planern bekannt ist oder nicht. Indem wir den Verbrauch mit seinen Knappheitspreisen bewerten, erhalten wir die volkswirtschaftlichen Kosten dieses Verbrauchs.

Es ist das Geheimnis der unsichtbaren Hand des Marktes, daß sie die Knappheitspreise in Marktpreise umsetzt. Indem der Verbraucher den Marktpreis eines Gutes bezahlt, wird er tatsächlich mit dem Knappheitspreis konfrontiert. Er kann also ermessen, welchen Verzicht er durch seinen eigenen Konsum der Gemeinschaft aufnötigt. Indem er den Marktpreis bezahlt, tritt er in diesen Verzicht ein: er gibt andere Güter, von denen er nur noch weniger kaufen kann, für die Allgemeinheit frei.

Es ist wichtig festzuhalten, daß es eigentlich auf die volkswirtschaftlichen Kosten und auf die Knappheitspreise ankommt. Allein die unsichtbare Hand des funktionierenden Marktes drückt die Knappheitspreise in Form von Marktpreisen und deshalb auch die volkswirtschaftlichen Kosten in Form von betriebswirtschaftlichen Kosten aus. Sobald dagegen die Marktpreise von den Knappheitspreisen abweichen, sind Störungen des Marktes die Folge.

b. Wie die unsichtbare Hand funktioniert

Jetzt wird auch deutlich, auf welche Weise die unsichtbare Hand das Wunder fertig bringt, daß der einzelne aus schierem Eigennutz mehr für das Gemeinwohl tut als er es aus altruistischen Motiven jemals könnte.

Betrachten wir zunächst den Konsumenten. Er erweist sich als unbestechlicher Richter über die relative Dringlichkeit seiner eigenen Bedürfnisse verglichen mit denen anderer. Keine Behörde, und sei sie noch so perfekt organisiert, könnte präziser, penibler entscheiden. Der Konsument wägt sehr sorgfältig ab, wieviel er von den verschiedenen Gütern für sich in Anspruch nehmen soll. Konfrontiert mit den volkswirtschaftlichen Kosten seines Konsums wird er nur solange kaufen, wie seine eigenen Bedürfnisse mindestens ebenso dringlich sind wie die der Allgemeinheit. Denn sonst müßte er mehr bezahlen, als ihm das Gut noch wert ist, und er wäre selbst der Bestrafte.

Gegenüber der Bürokratie besitzt er den unschätzbaren Vorteil, daß er seine eigenen Bedürfnisse in der Tat kennt; er hat auch keinen Anlaß, die Intensität seines Bedürfnisses nach irgendeinem Gute besonders aufzublähen, wie er dies einer Bürokratie gegenüber wohl tun würde, um auf diese Weise in den Genuß einer höheren Zuteilung zu gelangen. Präzision beim Abwägen seiner verschiedenen Bedürfnisse zahlt sich für ihn aus.

Wie sieht es auf der Seite des Produzenten aus? Er nimmt knappe Produktionsfaktoren für seine Tätigkeit in Anspruch, die deshalb für andere Produktionen nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch verursacht jede Produktion volkswirtschaftliche Kosten: wären die Produktionsfaktoren für eine andere Produktion eingesetzt worden, so hätten auch andere Güter hergestellt werden können; andere Bedürfnisse hätten befriedigt werden können.

Hier liegt die volkswirtschaftliche Verantwortung des Produzenten. Denn jene anderen, nunmehr nicht befriedigten Bedürfnisse waren möglicherweise dringlicher als jene, die mit seinen Erzeugnissen gestillt werden können.

Auch hier schafft die unsichtbare Hand des Marktes, was keiner Bürokratie gelingen könnte. Sofern sie nämlich privat auf eigene Rechnung wirtschaften, also nicht ihrerseits eine Bürokratie sind, werden private Produzenten gerade diejenigen Güter herstellen, mit denen die dringlichsten Bedürfnisse befriedigt werden können; und sie werden sich dabei solcher Produktionsverfahren bedienen, bei denen die geringsten volkswirtschaftlichen Kosten entstehen. Auf diese Weise werden sie - ganz im eigenen Interesse - die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung überhaupt erzielen.

Wie ist das möglich? Der private Produzent muß die volkswirtschaftlichen Kosten seiner Produktion aus eigener Tasche bezahlen. Natürlich hat er ein Interesse daran, diese Zahlungen möglichst gering zu halten. Er erreicht das, indem er effizient zu arbeiten sucht; etwas, wozu eine Bürokratie nicht zu bringen ist. Schon um die Kosten weiter zu senken, wird er ständig nach Innovationen Ausschau halten. Er wird also innovationsfreudig sein, wiederum ein jeder Bürokratie fremder Zug.

Damit ist aber noch nicht gewährleistet, daß die richtigen Güter hergestellt werden, sondern zunächst nur, daß sie billig produziert werden. Wie soll der Produzent wissen, welches die "richtigen" Güter sind?

Der Produzent wird nicht nur mit den volkswirtschaftlichen Kosten, sondern auch mit den volkswirtschaftlichen Erträgen seiner Produktion konfrontiert. Denn die Konsumenten opfern ja Teile ihres Einkommens für das Gut; und durch die Höhe ihres Opfers geben sie zugleich ihre Wertschätzung des Gutes bekannt. Der volkswirtschaftliche Ertrag einer Produktion fließt also in Form von betriebswirtschaftlichen Erträgen dem Produzenten zu. Natürlich wird er bestrebt sein, möglichst viele solcher Erträge in seine Kasse zu lenken. Genauer: er möchte einen guten Gewinn machen; ihn interessiert, was nach Abzug der Kosten von den Erträgen übrigbleibt. Mithin wird er solche Güter herstellen, bei denen die Differenz zwischen Erträgen und Kosten möglichst hoch ist. Damit wird er aber gerade das produzieren, bei dem sich ein hoher Netto-Wohlfahrtsgewinn ergibt. Seinem privaten entspricht ein ebenso hoher volkswirtschaftlicher Gewinn. Er ist zwar ausschließlich an seinem privaten Gewinn interessiert, erreicht aber zugleich, ganz ohne sein eigenes Zutun, den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen. Die unsichtbare Hand des Marktes kuppelt also den volkswirtschaftlichen mit dem

privaten Nutzen. Es zahlt sich für jeden einzelnen aus, volkswirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Eigennutz und Gemeinwohl sind miteinander im Einklang. Indem der einzelne seinen egoistischen Motiven folgt, erreicht er gerade das, was gesamtwirtschaftlich erstrebenswert ist; und da er die besseren Informationen über seine eigenen Bedürfnisse bzw. Produktions- und Absatzmöglichkeiten hat, erreicht er es wesentlich genauer und wirkungsvoller, als der Staat es jemals könnte.

c. Flexibilität und Spontaneität

Dies hat einen bemerkenswerten Nebeneffekt, der vielleicht noch wichtiger ist als die gute materielle Versorgung, wie sie sich mit Hilfe der unsichtbaren Hand des Marktes erzielen läßt. Da jeder ganz im eigenen Interesse das "Richtige" tut, braucht er nicht besonders beaufsichtigt und angeleitet zu werden. Er ist frei, spontanen Einfällen und Regungen Folge zu leisten; als Produzent wird er auch hohe Risiken in Kauf nehmen, wenn er latente neue Bedürfnisse des Konsumenten wittert oder aber einen technologischen Durchbruch möglich wähnt. Hat er sich in seiner Einschätzung getäuscht, so trifft ihn ein empfindlicher Verlust; er wird also versuchen, sich möglichst genau den entstehenden Bedürfnissen und technologischen Möglichkeiten anzupassen. Welcher Unterschied zu einer Bürokratie! Erweist sich seine Einschätzung als richtig, so hat er andererseits einen soliden Gewinn zu verzeichnen. Dies ist auch nötig, um ihn für das eingegangene Risiko zu entschädigen. Insgesamt wird er so flexibel und einfallsreich sein, wie es eben geht; die Wirtschaft wird sich durch Effizienz, Risikofreude, Flexibilität und Innovationsbereitschaft auszeichnen, alles die Eigenschaften, die einer Bürokratie und damit allen zentral gelenkten Wirtschaften in eklatanter Weise fehlen.

IV. DAS ERSTE DORF: MARKTMACHT UND SOLIDARITÄT

Wir haben bisher den Idealzustand einer Marktwirtschaft studiert, gewissermaßen also ein nicht verzaubertes Dorf betrachtet. Jetzt kommen wir zu den Störungen, den "Zaubern" im Märchen. Betrachten wir also die Vorgänge im ersten Dorf mit den Augen des Jüngsten. Er sieht eine hohe ungestillte Nachfrage, zu deren Befriedigung durchaus die Mittel vorhanden wären. Der Zauber besteht darin, daß die Produzenten - und alle Dorfbewohner sind zugleich Produzenten und Konsumenten - weniger auf den Markt bringen, als sie eigentlich könnten; aber was für sie als Produzenten nützlich ist, wirkt sich für sie selbst als Konsumenten ausgesprochen bedrückend aus. Frühere Versuche, dem Zauber zu entgehen, sind fehlgeschlagen: wenn immer sich ein Produzent entschlossen hatte, mehr auf den Markt zu bringen als durch die Zigeunerin gestattet, fand er seine Preise verdorben, seinen Gewinn geschmälert. Als Verbraucher hatte er nun nicht etwa mehr, sondern nur noch weniger als vorher zur Verfügung. Denn einmal nahm er weniger ein; zum anderen war ja von den anderen Produzenten nicht gleichfalls mehr auf den Markt gebracht worden, was nun zusätzlich hätte verteilt werden können. Es blieb ihm deshalb nichts übrig, als sich schleunigst wieder unter die Fuchtel der Zigeunerin zurückzugeben. Ganz anders hätte alles ausgesehen, wenn nicht einzelne Produzenten isoliert, sondern alle gemeinsam die geringen Quoten der Zigeunerin mißachtet hätten. Zwar hätten sie dann alle weniger eingenommen als zuvor; aber in ihrer Eigenschaft als Konsumenten hätten sie doch erheblich mehr verbrauchen können, da eben mehr auf den Markt gekommen und das Preisniveau niedriger gewesen wäre.

Das klingt nun wirklich paradox. Denn eines der wesentlichen Elemente des wirklichen Gegenzaubers lag ja gerade darin, Absprachen zu verbieten! Wir sehen sofort, daß Zauber und Gegenzauber höllisch kompliziert sind.

1. Einfaches Monopol

a. Der Monopolist ignoriert Marktsignale

Um die vielschichtige Struktur des Problems besser in den Griff zu bekommen, wollen wir zunächst das Problem vereinfachen und den klassischen Monopolisten betrachten. Dies ist ein einzelner Produzent, der keine Konkurrenten hat; die Nachfrager nach seinem Produkt können also nicht auf einen anderen Anbieter ausweichen. Dieser Monopolist gilt als der notorische Schwenenöter auf der Bühne des Marktes. Denn was tut er?

Er macht sich zunutze, daß es dem Konsumenten nicht leicht fällt, einen angemessenen Ersatz für sein Gut zu finden. Verknappt nun der Monopolist - und hierin liegt seine Schurkerei - sein Angebot, so werden die Kunden ihre Nachfrage zwar drosseln. Aber da sie keinen rechten Ersatz haben, ist ihr Spielraum begrenzt. Sie müssen deshalb den höheren Preis wohl oder über akzeptieren und für das Gut des Monopolisten insgesamt mehr ausgeben als vor der Preiserhöhung. Der Monopolist andererseits streicht einen zusätzlichen Gewinn ein; und dieser ist nicht zugleich auch ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Es kostet ja nicht mehr als vorher, das Gut herzustellen; deshalb ist der Knappheitspreis unverändert. Der Monopolist hat es geschafft, den Marktpreis für sein Gut über den Knappheitspreis hinaus anzuheben. Der entstehende Gewinn wirkt in der idealen Marktwirtschaft als ein Signal für alle Produzenten, die Produktion auszudehnen, weil sich dadurch eine größere Wohlfahrt für die Gesamtheit ergibt. Der Monopolist befolgt das Signal aber nicht. Er wäre dumm, wenn er es täte: denn das würde ihn um seinen schönen Gewinn bringen.

Die Fähigkeit des Monopolisten, Marktsignale zum eigenen Vorteil zu ignorieren, nennt man Marktmacht. Sie ergibt sich, weil keine Konkurrenten da sind. Gäbe es nämlich Konkurrenten, so würden diese ihre eigene Produktion ausdehnen, um von dem höheren Preis zu profitieren. Die größere nun produzierte Menge ließe sich aber nur zu einem geringeren Marktpreis absetzen. Auf diese Weise wäre der Versuch eines einzelnen Anbieters gescheitert, durch Anheben des Marktpreises über den Knappheitspreis einen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Gewinn zu erzielen.

Solche Marktmacht ist eine überaus gefährliche Störung der Marktwirtschaft. Sie hebt nämlich auf, was für das Wirken der unsichtbaren Hand unerlässlich ist: den Einklang von Eigennutz und Gemeinwohl.

b. Das Dilemma des "gutwilligen" Monopolisten

Denn der Inhaber von Marktmacht, jener Monopolist, ist nicht wirklich ein Schurke: er tut genau das, was in einer Marktwirtschaft von ihm erwartet

werden muß; er folgt seinem eigenen Vorteil. Nichts anderes tun alle Beteiligten in einer idealen Marktwirtschaft. Nur ist dort sichergestellt, daß sie mit dem Verfolgen ihres eigenen Vorteils zugleich dem Gemeinwohl dienen.

Um die Natur der Störung besser zu verstehen, versetzen wir uns einmal in die Lage des Monopolisten, der erwägt, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Er müßte zu diesem Zwecke die Produktion ausdehnen; der Preis würde fallen und sein Gewinn verschwinden. Die Versorgung der Volkswirtschaft wäre danach besser als zuvor. Aber seine eigene Lage wäre erheblich schlechter. In den Genuß der insgesamt besseren Versorgung kämen sehr viele, letztlich alle Beteiligten dieser Wirtschaft. Was sich aber auf so viele verteilt, ist für den einzelnen nicht spürbar. Der Monopolist müßte sich also sagen, daß die Kosten seines selbstlosen Handelns auf ihm allein hängen blieben und sehr spürbar wären, während sich aber der Nutzen über die Gesamtheit verteilte und eigentlich für niemand spürbar wäre. Er würde also für seine Wohltat, wirtschaftlich gesehen, bestraft. Eigennutz steht jetzt gegen Gemeinnutz. Damit ist der Monopolist genötigt, entweder dem eigenen Vorteil zu dienen und sich dabei an der Allgemeinheit zu vergehen, oder umgekehrt gemeinnützig zu handeln und den eigenen Vorteil dabei zu mißachten. Andererseits steht der Staat vor der unangenehmen Alternative, entweder die Allgemeinheit durch den Monopolisten ausbeuten zu lassen, oder aber diesen durch Regulationen zu volkswirtschaftlichem Wohlverhalten zu zwingen. Die Zwanglosigkeit, wie sie sich im Gefolge der unsichtbaren Hand in so überaus angenehmer Weise einstellt, ist um ein Stück geringer geworden; ein Element des Zwanges ist erschienen.

2. Gruppenmacht und Gruppenzwänge

a. Gemeinsame Anbieterinteressen

Dies ist, wie gesagt, eine Vereinfachung. Denn echte Monopolisten gibt es äußerst selten. Fast jeder hat irgendwo Konkurrenz. Gleichwohl gibt es natürlich Marktmacht. Sie ist jetzt nur schillernder. Sie kann nur von den beteiligten Anbietern gemeinsam ausgeübt werden. Der einzelne könnte, wie schon gezeigt, alleine nichts bewirken, solange die anderen,

durch die besseren Gewinnchancen dazu angeregt, ihre Produktion ausdehnen und damit die Verknappung durch den ersten Anbieter unterlaufen würden.

Zur Verdeutlichung sei übrigens klargemacht, daß es sich bei solchen "Anbietern" auch um Arbeitnehmer handeln kann: diese bieten Arbeitskraft für den Produktionsprozeß an. Wenn einer von ihnen isoliert versuchen sollte, durch Verknappen seines Angebots - z.B. in Form eines Streiks - seine Einkünfte anzuheben, so bliebe dies erfolglos: ein anderer würde für ihn einspringen. Alle gemeinsam aber können durch Streiks stolze Verbesserungen herausholen. Auf die negativen Begleiterscheinungen kommen wir noch zu sprechen. Beim kollektiven Ausüben von Marktmacht sind wir gewohnt, ausschließlich an die Nachfrager nach Arbeit zu denken; aber das ist längst überholt.

Hat sich eine Gruppe von Anbietern entschlossen, die wirtschaftliche Situation ihrer Mitglieder durch gemeinsames Verknappen des Angebotes aufzubessern, so fällt ihnen in der Tat gemeinsam eine Monopolrente zu. Wie beim einzelnen Monopolisten ist der entstehende volkswirtschaftliche Schaden größer als die Rente selbst; aber wieder verteilt sich der volkswirtschaftliche Schaden auf die Gesamtheit und ist für den einzelnen nicht spürbar, während aber die Rente bei den wenigen beteiligten Mitgliedern der Anbietergruppe kompakt anfällt und für diese wirtschaftlich sehr zu Buche schlägt. Alle Mitglieder haben also ein gemeinsames Interesse daran, die Voraussetzungen für kollektive Marktmacht herzustellen und einzuhalten.

b. Ohne Sanktionen geht es nicht

Es würde dem gemeinsamen Interesse der Anbietergruppe am besten dienen, wenn sie untereinander einen förmlichen Vertrag abschließen könnten, einen Kartellvertrag also. Sie würden sich darin verpflichten, die Absprachen genau einzuhalten, damit nicht der eine dem anderen mit seiner Preispolitik in den Rücken fällt. Ein solcher Vertrag müßte ausdrückliche Sanktionen gegen etwaige "Abweichler" enthalten.

Denn wenn infolge der gemeinsamen Zurückhaltung ein höherer Marktpreis erst einmal erzielt ist, so könnte ein vereinzelter Ausbrecher natürlich enorm profitieren: selbst durch ein nur geringfügiges Senken des eigenen Preises könnte er zusätzliche Nachfrage an sich ziehen. Jedes einzelne Mitglied der Anbietergruppe wäre also der ständigen Versuchung ausgesetzt, gegen die Gruppenvereinbarung zu verstoßen; und dies würde natürlich den wirtschaftlichen Vorteil der Gruppe insgesamt zum Verschwinden bringen. Also müssen Sanktionen im Hintergrund stehen: ein weiteres Element des Zwanges schleicht sich ein.

Nun wird der Gesetzgeber solche Kartellverträge in der Regel nicht dulden, da sie die Gemeinschaft schädigen. Er wird darüber hinaus abgestimmtes Anbieterverhalten überhaupt zu ahnden suchen, sofern er es feststellen kann und die Macht der betroffenen Gruppe nicht schon zu groß geworden ist. Infolgedessen wird die zur kollektiven Ausübung von Marktmacht unerläßliche Abstimmung des Verhaltens in der Regel nicht förmlich festgeschrieben werden können. An die Stelle von Kartellverträgen treten Gruppennormen. Ihre Einhaltung durch die Gruppenmitglieder verlangt Solidarität. Den vom einzelnen Gruppenmitglied wird ja verlangt, daß es auf ein lukratives "Ausbrechen" verzichtet.

Da Sanktionen kraft Vertrag nicht möglich sind, muß an ihre Stelle etwas anderes treten, das aber nicht rechtlich abgesichert werden kann. Gruppenzwänge stellen sich ein. Gerade weil kein rechtliches Vorgehen gegen Abweichler möglich ist, müssen solche Gruppenzwänge ziemlich stringent sein. Die Verfemung von Streikbrechern ist ein gutes Beispiel; das Gegenstück ist die unwiderrufliche Abhalfterung von Managern, die es gewagt hatten, gegen die ungeschriebenen Gesetze ihrer Sparte zu verstoßen.

c. Solidaritätsdruck und Pseudosolidarität

Der so errungene wirtschaftliche Vorteil hat also einen hohen Preis. Er nimmt den Gruppenmitgliedern einen großen Teil ihrer Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit und unterwirft sie ausgeprägten Gruppenzwängen.

Betrachten wir wiederum einen einzelnen Anbieter, der in dieser Situation etwa daran dächte, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Seine Situation ist schwieriger als die des reinen Monopolisten. Während jener nur den Fortfall der eigenen Monopolrente riskierte, läuft dieser in Gefahr, sich von der Gruppe völlig zu isolieren, was manchmal durchaus eine wirtschaftliche und moralische Katastrophe bedeuten kann. Das einzelne Gruppenmitglied wird es sich also dreimal überlegen, ob es tatsächlich aus der Gruppennorm ausbrechen soll.

Dabei kann es nun durchaus dazu kommen, daß die Mehrheit der Gruppenmitglieder oder vielleicht sogar alle bereits der Gruppennorm überdrüssig geworden sind, weil sich diese etwa als schädlich herausgestellt haben kann. Dann kann gleichwohl Solidaritätsdruck dazu führen, daß die Norm nach wie vor von allen Mitgliedern eingehalten wird.

Das klingt auf den ersten Blick sehr befremdlich, aber wir alle kennen Beispiele dafür. Eines der berühmtesten wird in Andersens Märchen von Des Kaisers neuen Kleidern gegeben. Ein paar Betrüger machten dem Kaiser und seinem Hofstaat weis, daß die von ihnen anzufertigenden kaiserlichen Prachtgewänder nur von dem überhaupt erblickt werden könnten, der für sein Amt taugte und nicht dumm sei. Für jeden anderen dagegen würden die Kleider gänzlich unsichtbar bleiben. In Wirklichkeit stellten die beiden Betrüger gar nichts her und deshalb konnte natürlich niemand irgendwelche Kleider sehen. Aber jeder - der König selbst eingeschlossen - fürchtete sich zu sehr, dies zu bekennen. Denn er hätte womöglich als dumm und untauglich für sein Amt dagestanden. Das Risiko wollte niemand eingehen. Also täuschte ein jeder größte Begeisterung über die Schönheit der nicht existierenden Gewänder vor, als sie vom Kaiser in einer eigens angesetzten Parade vorgeführt wurden. Nur ein kleines Kind rief plötzlich laut: "Aber er hat ja gar nichts an!" Erst jetzt war der Bann gebrochen.

Eine Solidarität, mit deren Hilfe Gruppennormen gegen die Interessen der Mehrheit der Gruppenmitglieder durchgesetzt werden, wollen wir als Pseudosolidarität bezeichnen. Ein besonders makaberes Beispiel für Pseudosolidarität konnte man gegen Ende des Dritten Reiches beobach-

ten. Natürlich glaubte praktisch niemand mehr an den "Endsieg". Aber es wäre überaus gefährlich gewesen, das auszusprechen. Es hätte "Wehrkraftzersetzung" bedeutet und wäre mit dem Tode bestraft worden. Hätten allerdings alle gesagt, was sie dachten, so wäre sofort einem jeden klar gewesen, daß niemand mehr hinter dem Regime stand; und dies hätte das Ende des Regimes bedeutet. Wie sich im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern der Ruf eines unschuldigen Kindes in Windeseile durch die Menge fortpflanzte und den Bann brach, so hätte auch hier eine kleine Gruppe von Fanatikern an der Macht alsbald isoliert dagestanden. Das wußte sie; und gerade deshalb stand auf dem geäußerten Zweifel am "Endsieg" die Todesstrafe. Sobald Macht auf Pseudosolidarität beruht, muß sie die Sanktionen gegen einzelne Abweichler aufs äußerste verschärfen. Wenn die sowjetischen Dissidenten in psychiatrische Kliniken eingesperrt werden, so hat dies neben der Abschreckung anderer Dissidenten noch zusätzlich den Zweck, die so Eingesperrten als "verrückt" im Urteil der Menge unglaubwürdig zu machen und dadurch zu verhindern, daß ihr Wort sich ausbreitet und zur plötzlichen Entblößung der inneren Schwäche des Regimes führt. Übrigens wird gerade Pseudosolidarität sich besonders markig äußern, um jeden möglichen Zweifel auszuräumen. In diesem Sinne sind die ständigen Beteuerungen der sozialistischen Solidarität im Ostblock zu verstehen.

d. Das Übel breitet sich aus

Aber zurück zur Anbietergruppe. Ungeachtet der beengten Lage ihrer Mitglieder hat die Gruppe insgesamt durch ihr gleichgeschaltetes Auftreten einen wirtschaftlichen Vorteil errungen - - allerdings nur, sofern alle übrigen Marktteilnehmer sich passiv verhalten, sich also nicht ihrerseits absprechen. Gerade hier liegt aber der Haken. Denn natürlich werden auch andere Anbieter die Vorteile erkennen, die durch eine Koordination ihres Verhaltens zu realisieren sind. Alle Teilnehmer der Volkswirtschaft werden letztlich versuchen, sich in Gruppen zusammenzuschließen. Damit allerdings hat sich das Gesamtbild entscheidend geändert. Was vorher lediglich Gewinnsucht war, wird jetzt zur bitteren Notwendigkeit. Nur, wem es gelingt, sich mit anderen in schlagkräftigen Gruppierungen zu "solidarisieren", nur der hat eine Chance, sich im Marktge-

schehen überhaupt noch zu behaupten. Waren die von einer einzelnen Anbietergruppe ausgehenden wirtschaftlichen Nachteile für die einzelnen Mitglieder einer Volkswirtschaft wegen ihrer Geringfügigkeit noch nicht spürbar gewesen, so addieren sich die von allen Anbietergruppen insgesamt angerichteten Schäden zu einem beklemmenden und äußerst spürbaren Druck.

Diese Schäden bestehen nicht einmal so sehr darin, daß die absolute Versorgung der Volkswirtschaft mit Gütern rückläufig wäre. Denn die Anbietergruppen werden die ihnen zufließenden Monopolrenten ja wiederum ausgeben, worin sie sich von jener Zigeunerin im Märchen unterscheiden, die ihre Monopolrente sorgsam in der Matratze verwahrte und dadurch eine schwere Depression verursachte. Es ist eben nur so, daß die Anpassung des Güterangebotes an die Wünsche der Konsumenten immer unvollkommener wird. Gerade diese Anpassung war aber eines der hervorstechendsten Merkmale der nicht durch Marktmacht behinderten unsichtbaren Hand. Das macht sich schon im Erscheinungsbild bemerkbar: Vielfalt und Spontaneität nehmen ab, und eine gewisse Verödung des Angebotes stellt sich ein.

Im Alltag des Verbrauchers sieht das so aus, daß er zwar immer noch mit einem riesigen Sortiment von Gütern konfrontiert wird. Aber es will nicht gelingen, bestimmte Artikel zu bekommen, die doch noch vor einem Vierteljahr den Markt überschwemmt hatten. Sie sind eben nicht mehr aktuell, wie einem die Verkäufer lakonisch erklären. Dabei mag es sich um Modifarben handeln, um bestimmte Schnitte oder Qualitäten. Der Grund: eine recht kleine Gruppe von Einkäufern einigt sich informell auf einen schmalen Ausschnitt der ursprünglich viel weiter angelegten Kollektionen, und nur dieser Ausschnitt geht in die Serienfertigung.

Zur Verödung des Angebotes tritt eine Art "Klimaverschlechterung". Denn jeder einzelne findet sich als Gruppenmitglied in verschiedenen Formationen und als solches vielfältigen internen Solidaritätspressionen ausgesetzt. Zugleich ist er aber auch als Außenseiter der Ausbeutung durch eine große Vielzahl von "fremden" Anbietergruppen ausgesetzt, bei denen er nicht Mitglied ist.

e. Keiner kann sich alleine wehren

Ein weiteres kommt hinzu. Jede Anbietergruppe ist gegenüber den anderen Gruppen in einer ganz ähnlich vertrackten Lage wie das einzelne Gruppenmitglied seiner eigenen Gruppe gegenüber. Würde sie nämlich isoliert von ihrem gleichgeschalteten Verhalten abgehen, so wären die positiven Wirkungen verschwindend gering, da ja alle übrigen Gruppen ihr eigenes Verhalten unverändert fortsetzen würden. Die Mitglieder der "vernünftigen" Gruppe würden also nach wie vor durch alle übrigen Gruppen ausgebeutet, ohne daß ihnen aber ein Ersatz durch die von der eigenen Gruppe erstrittene Monopolrente bliebe. Jede Gruppe weiß das natürlich; und deshalb wird es sich keine Gruppe leisten können, irgendwelchen Appellen zur freiwilligen Vernunft zu folgen.

Hier liegt übrigens auch der Sinn einer "Konzertierten Aktion". Die verschiedenen Gruppen sollen sich vergewissern, daß nicht von ihnen alleine ein Verzicht gefordert wird, was sie ihren Mitgliedern niemals zumuten dürften; wenn nur ein generelles Abgehen vom gesamtwirtschaftlich schädlichem Gruppenverhalten zum Erfolg führen kann, so ist eine Institution unerlässlich, die den hierfür erforderlichen Konsens ermöglicht.

3. Das Gefangenendilemma

Wir haben es bei der Marktmacht offensichtlich mit einem vielfältig verschachtelten Grunddilemma zu tun. Dieses ist unter dem Namen "Gefangenendilemma" bekannt geworden. Es kann durch folgendes, dem amerikanischen Recht entlehntes Bild verdeutlicht werden, welches ihm auch den Namen gegeben hat.

Zwei einer schweren Straftat verdächtige Personen sind auf der Straße aufgeriffen worden. In ihrem Besitz wurden Waffen gefunden, worauf eine geringfügige Strafe steht. Die ihnen angelastete schwere Straftat kann man ihnen nicht beweisen. Eigentlich kann den beiden Gefangenen also überhaupt nichts passieren: sie brauchten nur beharrlich zu leugnen. Aber der Weg dazu wird ihnen durch ein besonderes Arrangement verstellt.

Wenn sie nämlich beide "gestehen" - eröffnet man ihnen - , so wird ihnen diese kooperative Haltung honoriert; sie erhalten dann die Mindeststrafe von fünf Jahren. Wenn aber nur einer "gesteht", der andere dagegen nicht, so wird der "Geständige" als Kronzeuge freigelassen, und zugleich gilt der weiterhin "Leugnende" als überführt und erhält lebenslänglich.

Natürlich liegt es im gemeinsamen Interesse der beiden Gefangenen, solidarisch zu sein und weiterhin beharrlich zu leugnen. Damit sie sich aber nicht gegenseitig in dieser Haltung bestärken können und Absprachen unmöglich sind, werden sie voneinander isoliert. Der einzelne weiß also beim Verhör nicht, ob der andere wirklich noch immer leugnet; es mögen sogar Andeutungen gemacht werden, jener habe bereits "gestanden". Leugnet der Verhörte daraufhin weiter, so geht er das Risiko ein, lebenslänglich zu erhalten. Um das auszuschalten, wird er schleunigst nun seinerseits "gestehen", und zwar ganz unabhängig davon, ob er die Straftat nun tatsächlich begangen hat oder nicht. Seinem Begleiter wird es ebenso ergehen. Beide Gefangenen werden also "gestehen", obwohl sie bei konsequentem Leugnen mit einer geringfügigen Strafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes davongekommen wären.

Der Kunstgriff der Strafverfolgungsbehörde besteht hier darin, die Gruppe der Gefangenen in einzelne aufzuspalten und deren isoliertes Interesse in Konflikt mit dem gemeinsamen Gruppeninteresse zu bringen. Zwar ist das Interesse der Gruppe zugleich auch das der einzelnen Mitglieder; aber es kann nur durch alle Gruppenmitglieder zugleich wahrgenommen werden, was sich durch den einzelnen infolge seiner Trennung von der Gruppe aber nicht überblicken läßt. Das Risiko der Isolierung wiegt schwer, da die Strafe für diesen Fall außerordentlich hoch ist.

4. Solidarität und Unterwerfung

a. Kohäsionskraft durch Gruppennormen

An diesem Beispiel wird die Bedeutung von Solidarität besonders plastisch sichtbar. Nur wenn sich die Gefangenen unbedingt aufeinander verlassen können, sind sie in der Lage, ihren gemeinsamen Vorteil auch wahrzunehmen;

anderenfalls bleibt ihnen nichts, als ihr Eigeninteresse über das der Gemeinschaft zu stellen und damit aber letztlich auch die eigene Position zu unterminieren. Solidarität formt also aus den für sich recht hilflosen einzelnen eine "solide" Gruppe, deren Position mit Abstand besser ist als die aller Einzelmitglieder. Da im Gefangenendilemma der individuelle Vorteil keine zuverlässige Richtschnur mehr für das Erreichen des Gemeinwohls darstellt, muß dem einzelnen schon vorher gesagt werden, wie er sich zu verhalten habe. Diese Mitteilung ist Gegenstand der Gruppennorm. Natürlich muß die Gruppennorm vom Gruppenmitglied verlangen, daß es gelegentlich das Gemeininteresse über sein Eigeninteresse zu stellen habe; denn im Gefangenendilemma führt letzteres ja gerade in die Irre.

b. Gruppeninteressen versus Gemeinwohl

Nach dem Gesagten ist Solidarität offenbar sehr positiv zu bewerten; jedoch trügt der erste Anschein. Man muß nämlich sorgfältig zwischen dem Interesse des Gruppenmitgliedes, dem der Gruppe und schließlich dem der Gesamtheit unterscheiden. Beginnen wir mit der Gruppe. Für sie stellt die Solidarität die nötige Kohäsionskraft bereit, deren sie bedarf, um sich nach außen wirkungsvoll durchzusetzen. Auf solche Kohäsion kommt es besonders an, wenn Einzel- und Gruppeninteresse voneinander abweichen, so daß eine Sogwirkung auf die einzelnen Gruppenmitglieder entsteht, die für die Schlagkraft der Gruppe insgesamt gefährlich ist.

Aus der Sicht des einzelnen Gruppenmitgliedes ist Solidarität schon schwieriger zu bewerten. Es ist nämlich keineswegs gesagt, daß das Gruppeninteresse immer auch zugleich seine eigenes ist. Es mag sein, daß eine Mehrheit von Gruppenmitgliedern die Minderheit ausbeutet und deren Unterwerfung durch Solidaritätsappelle zu sichern sucht. Aber weil die Exposition des einzelnen innerhalb der Gruppe für den einzelnen so gefährlich ist, kann durchaus der Fall eintreten, daß die ausbeutende Teilgruppe nur eine winzige Minderheit der gesamte Gruppe darstellt. Dann haben wir einen krassen Fall von Pseudosolidarität.

Am trübsten sieht die Bewertung von Solidarität aus der Sicht der Gesamtheit aus. Es ist sehr bezeichnend, daß in dem Bild vom Gefangenendilemma kein einziges Wort darüber verloren wird, ob die beiden Gefangenen die ihnen vorgeworfene Tat nun eigentlich begangen haben oder nicht. Darauf kommt es für dieses Dilemma nämlich nicht an. Aus der Sicht der Gesamtheit hängt aber alles davon ab! Haben die Strafgefangenen jene Tat wirklich begangen, so liegt es im Interesse der Gesamtheit, daß sie bestraft werden. Hier stehen Einzel- und Gesamtinteresse einander diametral gegenüber. Sind die beiden Gefangenen andererseits aber unschuldig, so liegt es sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch in dem der Gesamtheit, daß sie freigelassen werden. Indem die beschriebene institutionelle Regelung die Beschuldigten in das Gefangenendilemma versetzt, provoziert sie die Bildung von Solidarität; in diesem Sinne ist Solidarität ein Symptom für ein institutionelles Arrangement, in dem nur noch "solide" Gruppeninteressen sich durchsetzen können, aber nicht mehr der einzelne.

c. Solidarisierung - ein Krisensymptom

So sind etwa Bürgerinitiativen ein alarmierendes Symptom. Sie zeigen nämlich, daß sich im Staatsbürger die Überzeugung tief ausgeprägt hat, er könne alleine gegen eine übermächtige Bürokratie nichts durchsetzen; zu häufig hat er seine Machtlosigkeit erfahren müssen. Er weiß aber zugleich, wie empfindlich dieselben Bürokratien gegenüber politischem Druck sind. Indem er sich mit anderen zu einer Bürgerinitiative zusammenschließt und politischen Druck erzeugt, vermag er die Bürokratie gewissermaßen zu unterlaufen - und zwar auch dann, wenn die Bürokratie im Recht ist.

Ganz allgemein ist die gegenwärtige Hochschätzung von Solidarität als Symptom einer schweren Krise zu werten. Sie deutet darauf hin, daß unterschwellig ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen den Markt besteht. In einer sozial abgesicherten, funktionierenden Marktwirtschaft kann das Individuum seine eigenen Interessen am wirkungsvollsten alleine durchsetzen. Auf dem Markte nämlich erteilt oder versagt der einzelne wirtschaftliche Legitimation: zahlt er den geforderten Preis, so erklärt er damit die Beanspruchung von Ressourcen für seine Produktion nachträglich für gerechtfertigt. Der Anbieter bekommt seine Auslagen wieder herein und kann mit

der Produktion fortfahren. Im anderen Falle wird ihm Kaufkraft für die weitere Beanspruchung von Produktionsfaktoren versagt; und er muß in diesem Maße von einer weiteren Produktion absehen. Der einzelne kann seine persönliche Einschätzung des Produktionsergebnisses also kräftig und direkt artikulieren. Nur wenn sich in ihm der Eindruck festsetzt, daß es auf seine eigene Einschätzung offenbar nicht mehr ankommt, er gegenüber den anderen Marktteilnehmern also ohnmächtig ist, wird sich in ihm der Wunsch regen, sich in Gruppen "einzureihen". Er hofft, auf diese Weise wenn schon nicht sein eigenes, so doch wenigstens das Gruppeninteresse wirksam spürbar zu machen. Damit aber hat sich die Position anderer Individuen verschlechtert, da sie sich gegenüber den nun wirksameren Gruppeninteressen einzeln noch schlechter als vorher durchsetzen können. Eine Gruppenbildung provoziert also bereits die nächste. Wehe solchen Individuen, denen der Zusammenschluß zu einer schlagkräftigen Gruppe nicht gelingt! Sie zählen nicht mehr, sie haben keine Lobby und keine Marktmacht. Die neue soziale Frage beruht auf eben diesem Phänomen: Gruppen beuten die Gesamtheit aus, und nur, wer sich unter den Schirm von starken Gruppen retten kann, hat noch eine Chance.

d. Formen von Solidarität

Andererseits darf natürlich nicht verkannt werden, daß ein gewisses Maß an Solidarität geradezu die Voraussetzung für das Funktionieren einer Wirtschaft ist. Eine telefonische Vereinbarung zwischen zwei Geschäftsleuten könnte mühelos im nachherein von demjenigen geleugnet werden, dem sie unerwartete Nachteile zu bringen droht; es gehört Solidarität dazu, einen reibungslosen Geschäftsverkehr überhaupt durchzuführen. Die Regeln des "ehrbaren Kaufmanns" ermöglichten früher überhaupt erst reibungsloses Arbeiten. Sie sind jene Norm, von der bereits die Rede war. Die Zweisältigkeit von Solidarität wird aber auch hier wieder deutlich. Denn die gleichen Regeln wurden natürlich auch dazu benutzt, sich nicht gegenseitig zu "überteuern"; mit anderen Worten: sie ersetzten Kartellvereinbarungen.

Was die Beurteilung von Solidarität insgesamt angeht, so können wir also drei grobe Gruppen unterscheiden: die erste erfaßt das Eintreten des ein-

zeln für das Gesamtinteresse; wir sprechen von Gesamtsolidarität. Das Einhalten ethischer Normen, ohne das ein Gemeinschaftsleben nicht möglich ist, gehört hierzu. Die zweite Gruppe umfaßt das Engagement des einzelnen für seine Gruppe; wir sprechen von Gruppen-solidarität. Zweck dieser Form von Solidarität ist es, die Interessen einer Gruppe zu fördern - und sei es auf Kosten anderer Gruppen oder der Gesamtheit. Jedenfalls wird das Gruppeninteresse, nicht aber das Gemeinwohl ausschlaggebend sein.

Schließlich haben wir als dritte Gruppe die schon erwähnte Pseudosolidarität. Ihr Ziel ist nicht einmal mehr das Gruppeninteresse; vielmehr werden Solidaritätszwänge dazu benutzt, die Interessen einer kleinen Minderheit auf Kosten aller übrigen durchzusetzen.

e. Wölfe im Schafspelz: Proklamierte Gesamtsolidarität

Es ist nun keineswegs leicht auszumachen, zu welcher dieser Gruppen eine im konkreten Einzelfall beobachtete Solidarität zählt. Man kann aber ziemlich sicher sein, daß Gesamtsolidarität äußerst selten ist. Sie würde voraussetzen, daß der einzelne die geforderte Zurückhaltung bei der Wahrnehmung seines Vorteils im Interesse des Gemeinwohls vornähme. Genauso sicher kann man aber auch sein, daß jede Gruppe die ihren Mitgliedern abverlangte Solidarität als Gesamtsolidarität ausgeben wird. Mächtige gesellschaftliche Gruppen unterhalten eigens zu diesem Zweck wissenschaftliche Stäbe: um den Gruppenmitgliedern, die ja ungern gemeinschaftsschädigend sein wollen, das Festhalten an der Gruppennorm zu erleichtern, wird das Gruppenziel als in bester Harmonie mit dem Gemeinwohl stehend dargestellt. Natürlich dient das auch dazu, um den Argwohn der Öffentlichkeit gegenüber massiv vertretenen Gruppenwünschen einzuschläfern. Aber selbst, wenn es das feste Ziel einer Gruppe wäre, nur in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl zu handeln, also lediglich Gesamtsolidarität zu üben, könnte die Gruppe ein solches Ziel nicht erreichen; denn dazu müßte sie einen vollendeten Überblick darüber haben, was denn dem Gemeinwohl dient und was nicht. Einen solchen Überblick hat aber niemand.

Je lauter also ein Gruppeninteresse als im Gemeinwohl stehend deklariert wird, desto mißtrauischer sollten wir sein. Denn in der Regel kann es sich

eine Gruppe überhaupt gar nicht leisten, vom Gruppeninteresse abzugehen, wenn das im Sinne des Gemeinwohls nötig wäre. Sie wird vielmehr das Gruppeninteresse unbeirrt auch dann verfolgen, wenn dies auf Kosten der Gemeinschaft geht.

f. Mächtige Gruppen erpressen die Gesamtheit

Solche Kosten für die Gemeinschaft können enorm hoch sein. Ein krasses Beispiel ist etwa die Mafia, deren Einfluß im Mezzogiorno äußerst verhängnisvoll und lähmend ist. Aber es ist kein Zufall, daß man auch solche Gruppen, die ihr Interesse besonders wirkungsvoll durchzusetzen verstehen, scherzhaft als eine "Mafia" bezeichnet. Unvergessen ist das Beispiel Klunckers, der auf Kosten der Preisstabilität die sichere Stellung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dazu ausnutzte, für seine Gruppe eine massive Gehaltserhöhung herauszuholen und die Kosten in Form eines inflationären Stoßes auf der Gemeinschaft abzuladen. Notorisch bekannt sind auch die Fluglotsen. Sie können ihr eigenes Interesse besonders wirksam demonstrieren und lassen dabei rücksichtslos Tausende von Urlaubern im Stich, die ihnen ausgeliefert sind. Es gibt eine Fülle weiterer Beispiele.

In einer modernen Wirtschaft existiert eben eine Reihe besonders mächtiger Gruppierungen, die an empfindlichen Hebelpunkten der Gesellschaft sitzen und diese förmlich erpressen können. Andere Gruppen sind weniger einflußreich, wieder andere recht schwach; am schlimmsten aber trifft es die nicht Organisierbaren; dies sind etwa die Verbraucher und Sparer -- mithin wir selbst.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Pseudosolidarität nie als solche deklariert wird, sondern sich besonders lautstark als Gesamtsolidarität gebärden wird. In vielen Fällen läßt sie sich nur mit Hilfe von Panzern und Truppen überhaupt erst etablieren; dafür ist die Tschechoslowakei ein Beispiel. Aber es gibt subtilere Formen. Man denke etwa an einen "Vorlesungsstreik", durch den die Studenten niemandem schaden als sich selbst.

Es herrschen aber starke Gruppenzwänge, und nur wenige wagen es, sich von ihren Kommilitonen zu isolieren. Deshalb wird ein solcher Streik oft befolgt, obwohl nur ein paar radikale Antreiber den "Streik" wirklich wollen. - Auch am Beispiel der Mafia läßt sich der Unterschied zwischen Gruppen- und Pseudosolidarität gut verdeutlichen. Der einzelne Mafioso unterliegt strengsten Sanktionen, sobald er gegen das "Gesetz der Mafia" verstößt; aber immerhin ist auch er es, welcher profitiert. Der arme Tagelöhner jedoch, auf dessen Kosten die Mafia ihre Operationen betreibt, hat selbst den Schaden davon, wenn er keinen Mafioso "verpfeift"; es ist die schiere Angst, welche ihn zur "Solidarität" zwingt. In vielen Fällen von Pseudosolidarität ist die befürchtete Sanktion viel weniger handfest: gerade für Studenten zum Beispiel, die an Massenuniversitäten unter großer Kontaktarmut leiden, ist der Entzug von Sympathie durch die übrigen Kommilitonen ein unerträglicher Gedanke.

5. Wo ist der Gegenzauber?

Damit haben wir den Zauber des ersten Dorfes grob umrissen. Er ist alles andere als einfach. Worin liegt nun der Gegenzauber?

Keinesfalls in Appellen an das Gemeinwohl, was Gesamtsolidarität meint, aber nur das unheilvolle Wuchern von Gruppen- und Pseudosolidarität weiter fördert. Es hilft auch nichts, nach mehr Staat zu rufen, denn wir haben bereits viel zuviel. Wir müssen den Mut zu mehr Markt und mehr Wettbewerb aufbringen; nicht das "Gesamtinteresse", sondern die Leistung des einzelnen, seine persönliche Entscheidung muß maßgebend sein. Gerade das wird heute übrigens gern als "asozialer Leistungsbegriff der Ellenbogengesellschaft" gebranntmarkt. Wer so spricht, vervielfacht nur den Zauber des ersten Dorfes.

Mehr Wettbewerb heißt auf der anderen Seite aber auch ein energischeres Durchgreifen mächtigen Gruppen gegenüber. Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung hängt auch davon ab, ob dies gelingt. Leicht wird es bestimmt nicht sein. Jetzt wird auch eher verständlich, warum wir das Märchen als Verhältnis zur Realität eher noch geschönt bezeichnet hatten.

V. DAS ZWEITE DORF: PROBLEME ÖFFENTLICHER GÜTER

1. Gleichheit und Verschiedenheit

Wenden wir uns dem zweiten Dorf zu. Auf den ersten Blick ergibt sich hier in der Tat ein völlig anderes Bild. Alle Dorfbewohner wünschen sich sehnlichst frische Luft: es ist ganz deutlich, wo hier das Gemeinwohl und zugleich auch das Interesse jedes einzelnen Dorfbewohners liegt. Gleichwohl kann es nicht realisiert werden. Der Zauber des zweiten Dorfes äußert sich in den seltsam unbeteiligten Mienen der Dorfbewohner, die dazu aufgerufen sind, in den großen Topf auf dem Marktplatz gerade so viele Taler hineinzuworfen, wie es ihrem subjektiven Interesse an sauberer Luft entspricht. Gegenüber dem ersten Dorf liegt hier ein wichtiger Unterschied: Ein Stück Brot kann nur von einem allein, die saubere Luft aber nur von allen gemeinsam genossen werden.

Im konkreten Beispiel ist die Qualität der eingeatmeten Luft für alle Dorfbewohner unterschiedslos dieselbe. Wir sprechen von einem öffentlichen Gut: es steht jedem einzelnen in gleicher Weise zur Verfügung, und seine Nutzung durch den einzelnen behindert niemand anderen. Das Einatmen der frischen Luft durch einen Dorfbewohner würde die Luft für einen anderen nicht verschlechtern: volkswirtschaftliche Kosten entstehen dabei nicht.

Andererseits aber muß die frische Luft in dem Dorf durchaus "produziert" werden, was mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden ist. Die Köhler betreiben ihre Meiler auf dem billigsten Standort, sie minimieren ihre Transportkosten. Dies kommt der Konkurrenzfähigkeit der im Dorfe produzierten Holzkohle zugute und hebt damit den Lebensstandard der Dorfbewohner. Die frische Luft muß also buchstäblich erkauft werden, und zwar durch Einbußen an Lebensstandard. Im konkreten Beispiel müssen Straßen in den Wald angelegt werden, damit die Köhler dort und nicht unmittelbar auf dem Marktplatz selbst ihre Meiler betreiben. Diese Kosten müssen umgelegt werden. Aber im Gegensatz zu den "privaten" Gütern wie Butter, Brot, Wolle und dergleichen ist der angemessene, vom einzelnen zu erlegende "Preis" für frische Luft nicht gleich, sondern von Person zu Person verschieden.

Das erscheint zunächst unsinnig. Warum soll ein und dasselbe "Gut" - frische Luft - nicht für alle auch dasselbe kosten?

a. Private Güter: Mengendifferenzierung

Machen wir uns aber klar, daß die Individuen eben nicht gleich sind, sondern ganz unterschiedliche Wertschätzungen haben. Dies ist auch bei "privaten" Gütern so: der eine trinkt gerne Wein, der andere lieber Bier; und ein dritter haßt Alkohol und zieht statt dessen Milch vor. Also wird der erste vornehmlich Wein kaufen, der zweite mehr Bier als Wein und der dritte überhaupt nur Milch. Der persönliche Geschmack des Käufers drückt sich hier in der Menge aus, die er beim Einkauf nachfragt. Hohe Wertschätzung eines Gutes äußert sich in hoher Nachfrage, niedrige Wertschätzung in geringer Nachfrage. Auf diese Weise trägt jemand, dem an einem Gute besonders viel gelegen ist, auch viel zu seiner Produktion bei, da er ja durch vermehrte Nachfrage auch mehr Kaufkraft in den entsprechenden Produktionszweig leitet.

b. Öffentliche Güter: Preisdifferenzierung

Beim öffentlichen Gut - also z. B. bei sauberer Luft - ist dem Individuum dieser Weg, die Intensität seiner Wertschätzung auf dem Markte zu äußern, verwehrt. Der Frischluftfan atmet die gleiche Luft ein wie sein Nachbar, dem an sauberer Luft vielleicht nur wenig gelegen ist. Jeder erhält die gleiche "Menge"; gerade das ist ja die Eigenheit des öffentlichen Gutes. Also können sich unterschiedliche Präferenzen der einzelnen nicht, wie bei privaten Gütern, im Kauf unterschiedlicher Mengen äußern.

Aber deswegen bleiben die einzelnen Menschen natürlich ebenso verschieden, wie sie es ohne öffentliche Güter wären. Der Frischluftfan bleibt ein Frischluftfan, und wer eher warmen Mief schätzt, wird dies nach wie vor tun. Solche völlig verschiedenen Einschätzungen ein und desselben Gutes äußern sich nun - da die "gelieferte" Luft für alle die gleiche ist - in einer unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft, für bessere Luft gewisse Opfer an materiellem Lebensstandard zu bringen. Mit anderen Worten; der Frischluftfan wäre bereit, für etwas bessere Luft eine runde Summe hinzu-

legen, während dagegen der Frischluftmuffel für dieselbe Verbesserung nur ungern überhaupt etwas bezahlen würde.

Dies ist beileibe nicht so theoretisch, wie es zunächst klingt. Denn der Frischluftfan wird alle Anstrengungen unternehmen, um "im Grünen" zu wohnen; und dort sind die Grundstückspreise und Mieten erheblich höher als anderswo. Der Frischluftmuffel dagegen wird eine geräumige Altbauwohnung mitten im Stadtkern mit Vergnügen akzeptieren, auch wenn er sich ebenfalls eine Wohnung im Grünen leisten könnte. Er wird es aber vorziehen, jederzeit ausgiebige Einkaufsbummel machen zu können, das Geld für die langen Fahrten in die Stadt sparen und obendrein noch eine günstigere Miete zu zahlen.

Aber so etwas ist natürlich nur beschränkt möglich: im Ruhrgebiet ist die Luft nun einmal nicht so gut wie im Bayerischen Wald. Kehren wir deswegen zum "reinen" öffentlichen Gut zurück: so bezeichnet man Güter, die nun wirklich jedem in genau der gleichen Qualität zukommen. Ein Standardbeispiel dafür ist etwa die Verteidigungsbereitschaft eines Landes, die allen Bürgern in gleicher Weise zugute kommt. Wie soll ein solches Gut finanziert werden? Denn obwohl seine Nutzung keinerlei Knappheitskosten verursacht, muß es produziert werden, und seine Produktion mag sogar besonders teuer sein - wie etwa die Landesverteidigung.

Nehmen wir z.B an, eine Verbesserung der Luftqualität an seinem Wohnort wäre dem Frischluftfan tausend Mark wert, seinem Nachbarn nur fünfhundert, und dem Frischluftmuffel lediglich einhundert Mark. Dann wäre es vernünftig, für insgesamt sechzehnhundert Mark frische Luft "herzustellen", und zwar indem man für diesen Betrag einen Luftfilter im Fabrikschornstein installiert oder im zweiten Dorf des Märchens einige Kohlenmeiler in den Wald verlegt. Jeder hätte das bekommen, was er haben wollte. Ja, es wäre ungerecht, den drei Bürgern jeweils den gleichen Betrag von, sagen wir, fünfhundert Mark abzunehmen. Denn dem Frischluftmuffel geschähe ein arges Unrecht. Für die verbesserte Luftqualität, die ihm lediglich hundert Mark wert wäre, müßte er gleichwohl fünfhundert Mark bezahlen, obwohl er auch gut ohne bessere Luft ausgekommen wäre. Der Frischluftfan, dem

doch so ausgeprägt an einer Verbesserung der Luftqualität gelegen war, erhalte eine Subvention von fünfhundert Mark. Denn ihm würde das gewünschte Gut statt für tausend nunmehr für fünfhundert Mark geliefert.

Das Problem entsteht also dadurch, daß die Individuen die gleiche Menge des öffentlichen Gutes wohl oder übel abnehmen müssen, unabhängig davon, wie ausgeprägt ihr Bedürfnis nach dem Gute ist. Die von Mensch zu Mensch verschiedene Wertschätzung eines Gutes kann sich nicht in der mengenmäßigen Nachfrage niederschlagen; stattdessen äußert sie sich jetzt ganz buchstäblich in dem unterschiedlichen Wert, den die einzelnen Bürger dem öffentlichen Gute beimessen.

c. Die eigene Wertschätzung wird heruntergespielt

Das alles hat nun schwerwiegende Folgen. Paradoxerweise äußert sich nämlich die Wertschätzung eines privaten Gutes in für jedermann sichtbarer Weise, nämlich durch den Kauf einer größeren oder kleineren Menge. Demgegenüber kann beim öffentlichen Gut niemand konkret beobachten, wie groß die individuelle Wertschätzung eines bestimmten Gutes wohl sein mag. Denn sie äußert sich in einer nicht sichtbaren Weise, nämlich in einem äußerst subjektiven Gefühl, der latenten Bereitschaft, für dieses Gut etwas auszugeben.

Warum soll das zu Komplikationen führen? Es liegt doch in jedermanns Interesse, in Höhe seiner eigenen latenten Bereitschaft zu zahlen tatsächlich zu den Produktionskosten eines öffentlichen Gutes beizutragen! Nur wenn jeder so handelt, kann die Versorgung mit dem öffentlichen Gut für alle zufriedenstellend ausfallen.

Aber jetzt befindet sich jeder einzelne im Gefangenendilemma. Die Produktionskosten des öffentlichen Gutes sind hoch im Verhältnis zu den möglichen individuellen Zahlungen. So mag die Landesverteidigung mehrstellige Milliardensummen kosten, was gänzlich außerhalb der finanziellen Möglichkeiten des einzelnen liegt. Auch der Umweltschutz ist sehr teuer. Die Höhe der eigenen

Zahlung fällt also nicht ins Gewicht. Der Frischluftfan könnte durch einen noch so hohen individuellen Beitrag zu den Kosten des Umweltschutzes gleichwohl nichts bewegen. Wenn seine Mitbürger nicht in gleicher Weise zu den Kosten beitragen, wird praktisch überhaupt nichts geschehen, und sein Geld ist für ihn verloren. Er selbst trägt also die volle Last der Zahlung, erhält aber keinen Gegenwert.

Was liegt näher, als in dieser Situation sein Geld zu sparen, statt es aus dem Fenster hinauszuerwerfen? Und so geschieht es in der Tat. Es kommt zum "Trittbrettfahrerverhalten": da man das öffentliche Gut auch ohne eigenen Beitrag erhält, wird man den eigenen Beitrag ganz oder teilweise zu sparen suchen.

d. Das Ergebnis: Unterversorgung

Aber wenn jeder nur einen Bruchteil dessen zu den Produktionskosten beiträgt, was er eigentlich beizutragen bereit wäre, so kann natürlich auch nur ein Bruchteil dessen hergestellt werden, was eigentlich gewünscht würde. Die Folge: eine drastische Unterversorgung mit öffentlichen Gütern. Der Markt ist aufgrund des Gefangenendilemmas, in das sich die einzelnen bei öffentlichen Gütern versetzt sehen, nicht in der Lage, dieses Gut in ausreichender Menge bereitzustellen.

Ganz en passant bemerken wir übrigens, daß der Zauber im zweiten Dorfe tatsächlich mit dem im ersten Dorfe im Kern eng verwandt ist: beide Male ist ein Gefangenendilemma entstanden, und ein möglicher Gegenzauber muß dieses Gefangenendilemma auflösen.

e. Ohne Zwang geht es nicht

Da also der Markt eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht leisten kann, müssen diese den einzelnen gewissermaßen aufgezwungen werden, wobei ein klug geführter Staat seinen Bürgern gerade das Versorgungsniveau "aufzwingen" wird, wie es von allen letztlich auch gewünscht wird. Wie hoch ist dieses Versorgungsniveau ?

Solange die individuellen Beiträge - würden sie nur in voller Höhe tatsächlich geleistet - die Kosten einer besseren Versorgung insgesamt mehr als decken, ist die Versorgung zu steigern. Denn alle sind ja bereit, mehr als die Kosten einer nur geringfügigen Verbesserung (die "Grenzkosten") aufzubringen; also soll auch mehr als eine nur geringfügige Verbesserung realisiert werden. Umgekehrt muß die Versorgung eingeschränkt werden, wenn die individuellen Beiträge (sofern sie tatsächlich gezahlt würden) zusammen nicht mehr ausreichen, um die Grenzkosten zu decken. Denn jetzt würde den Bürgern mehr Versorgung aufgenötigt, als sie zu bezahlen bereit sind: Das Versorgungsniveau wäre überhöht, der unvermeidliche Zwang durch den Staat mißbraucht.

Da die einzelnen Bürger aufgrund des Gefangenendilemmas ihre eigenen Präferenzen systematisch herunterspielen, ist jenes optimale Versorgungsniveau leider unbekannt. Die Kräfte des Marktes alleine würden ein viel zu geringes Niveau ergeben; aber der Staat mag umgekehrt für ein überhöhtes Versorgungsniveau sorgen.

Vertrackterweise kann der Staat überhaupt nicht umhin, bei der Festsetzung der Beiträge, mit denen sich die einzelnen Bürger an der Finanzierung der öffentlichen Güter beteiligen sollen, von dem abzuweichen, was der einzelne auf einem funktionierenden Markt freiwillig zahlen würde. Da solche freiwilligen Beiträge tatsächlich nicht gezahlt werden und ihre Höhe auch unbekannt wäre, muß sich die Belastung des einzelnen mit "Abgaben" nach anderen Kriterien richten. Indem sich der Staat an der Leistungsfähigkeit des einzelnen orientiert, subventioniert er aber Bürger mit einem hohen Interesse an öffentlichen Gütern (denn diese wären bereit gewesen, mehr zu zahlen als sie nun müssen), während er umgekehrt solche Bürger unverhältnismäßig hoch belastet, die eigentlich auf öffentliche Güter keinen ausgeprägten Wert legen: diese müssen mehr bezahlen, als ihnen buchstäblich lieb ist.

Ein weiteres kommt jedoch hinzu. Aus sozialen Gründen will der Staat die Belastung des einzelnen mit Abgaben keineswegs an der individuellen Zahlungsbereitschaft ausrichten, auch wenn das möglich wäre. Er neigt stattdessen dazu - und wird darin von der Mehrzahl der Finanzwissenschaftler

bestärkt -, die einzelnen Bürger zur Finanzierung der Staatstätigkeit von vornherein nach Maßgabe ihrer individuellen Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Er tut dies weniger, weil etwas anderes schwierig zu realisieren wäre, sondern weil er etwas anderes für ungerecht hält.

Damit weicht er freilich von dem ab, was im Marktsinne legitim wäre. Durch sein Eingreifen sollte er eigentlich dem Bürger nur das zukommen lassen, was dieser ohnehin will, aber aufgrund des Gefangenendilemmas anders nicht bekommen könnte. So aber wird der Bürger durchaus zur Finanzierung von Leistungen gezwungen, die er freiwillig auf dem Markt nicht gekauft hätte, weil sie in seinen Augen ihren Preis nicht wert gewesen wären.

f. Öffentliche Güter - ein egalitäres Konzept

Ein wichtiger und heute besonders aktueller Zug des öffentlichen Gutes ist sein egalitärer Charakter. Es kommt eben jedem zugute, und zwar in genau der gleichen Weise. Dies läßt das Herz eines jeden Sozialisten natürlich höher schlagen. Im dritten Dorfe werden wir dann beobachten, daß öffentliche Güter gern auch dort erblickt werden, wo eigentlich private Güter sind und der Markt sehr wohl funktionieren könnte, würde er nicht daran gehindert.

2. Teilweise öffentliche Güter

a. Rein öffentliche Güter haben Seltenheitswert

Bei der früheren Behandlung von Marktmacht hatten wir zur Vereinfachung zunächst den "klassischen Schurken", den Monopolisten behandelt. Wir wußten zwar, daß er in der Wirklichkeit fast nie zu finden ist; aber die Probleme von Marktmacht traten hier am deutlichsten hervor.

Ähnlich ist es mit den öffentlichen Gütern. Nur zur Vereinfachung haben wir an den Anfang das "reine" öffentliche Gut gestellt, obwohl ein solches praktisch nicht vorkommt. Die Verteidigungsbereitschaft eines Landes ist vielleicht überhaupt das einzige Beispiel, das sich finden läßt!

Denn das reine öffentliche Gute hat in der Tat erstaunliche Eigenschaften. Es kommt jedem einzelnen in genau der gleichen Weise zugute, also nicht dem einen mehr, dem anderen weniger. Außerdem entstehen bei seiner Nutzung überhaupt keine Knappheitskosten, der Nutzer stört also keinen anderen. Beides ist in dieser Reinheit praktisch fast nie zu beobachten.

Am Beispiel des Frischluftfans hatten wir das bereits demonstriert. Der Frischluftfan kann in einen Vorort ziehen und dort in den Genuß einer wesentlich besseren Luftqualität kommen. Insofern kann er sich durchaus eine gewisse Verbesserung der Luftqualität "erkaufen". Und indem er eine Wohnung oder ein Haus im Grünen für sich selbst beansprucht, hindert er jemand anderen daran, seinerseits die nun vergebene Wohnmöglichkeit im Grünen für sich wahrzunehmen. Grundstücke in den Vororten werden knapp und teuer sein.

In der großen Mehrzahl aller Fälle werden wir es also nicht mit "rein öffentlichen" Gütern zu tun haben, sondern lediglich mit Gütern, denen gewisse Elemente des öffentlichen Gutes anhaften. Da sie den wirtschaftlichen Alltag prägen, lohnt es sich, sie genauer zu betrachten. Sie haben ungewohnte Eigenschaften, und eine angemessene Wirtschaftspolitik in ihrer Gegenwart müßte sich z.T. ganz erheblich von dem unterscheiden, was wir intuitiv als korrekt und wünschenswert anzusehen gewohnt sind.

b. Verbundene Güter, externe Effekte - allgegenwärtig

Beginnen wir mit der Gruppe der "verbundenen Güter". Wir haben diesen Namen recht willkürlich gewählt; andere Bezeichnungen sind denkbar und z.T. auch üblich. Ein solches Gut nützt seinem "Inhaber" oder "Käufer" mehr als anderen; aber es nützt den anderen eben auch. Die individuellen Nutzungen lassen sich nicht sauberlich voneinander trennen, sie streuen, sind "verbunden".

Es muß nun keineswegs der Nutzen eines Gutes sein, welcher streut: ebensogut kann es sich um den Schaden handeln. Der passionierte Raucher glaubt sich selbst durchaus zu nutzen; seinem Nachbarn aber, einem überzeugten Nichtraucher, schadet er. Wer es im Kino liebt, die Handlung auf der Leinwand seiner Freundin gegenüber lautstark zu kommentieren, mag

sich dabei trefflich amüsieren; aber die übrigen Kinogänger finden ihren Genuß deutlich beeinträchtigt.

Die bekanntesten Phänomene aus diesem Bereich werden als "externe Effekte" bezeichnet. In einer modernen Wirtschaft sind sie allgegenwärtig. Je nachdem, ob der Nutzen oder der Schaden einer Aktivität nicht auf ihren Urheber beschränkt bleibt, sondern sich darüber hinaus auch auf eigentlich unbeteiligte Dritte auswirkt, sprechen wir von "positiven" oder "negativen" externen Effekten. Wer etwa seinen Vorgarten pflegt und dort Rosen anpflanzt, nützt unbeteiligten Passanten und verursacht dadurch positive externe Effekte; wer andererseits seinen Plattenspieler besonders laut aufdreht, schadet seinen lärmempfindlichen Nachbarn und wird zum Verursacher negativer externer Effekte.

Durch die externen Effekte wird das marktwirtschaftliche Prinzip der Selbstverantwortung empfindlich gestört. In einer Marktwirtschaft soll sich der einzelne frei entscheiden können; aber dabei soll er die der Gemeinschaft aufgebürdeten Verzicht, also die volkswirtschaftlichen Kosten seiner Entscheidung auch selbst tragen, wie er es tut, wenn er für gekaufte Güter den Preis erlegt oder als Produzent die vollen Kosten selbst trägt. Im Falle negativer externer Effekte genügt er diesem Erfordernis nur zum Teil; er trägt nicht die volle wirtschaftliche Verantwortung für sein Handeln.

Betrachten wir etwa den bekannten Fall der Luftverschmutzung. Ein Produzent von Stahl wird nicht mit den gesamten volkswirtschaftlichen Kosten seiner Aktivität konfrontiert. Indem er beispielsweise durch die Emission von Abgasen die Luftqualität verschlechtert, bürdet er einen Teil der volkswirtschaftlichen Kosten den Anrainern auf: diese müssen auf die früher bessere Luft verzichten, ohne daß der Stahlproduzent mit diesem Verzicht irgendwie konfrontiert würde. Bei der Gegenüberstellung seiner Kosten und Erträge werden deshalb die Kosten zu gering ausgewiesen; die Produktion erscheint ihm folglich rentabler als sie es in volkswirtschaftlicher Sicht tatsächlich ist. Er wird seine Produktion daraufhin weiter ausdehnen, als es volkswirtschaftlich eigentlich vertretbar wäre. Seine Entscheidung ist wirtschaftlich nicht mehr voll legitimiert.

c. Internalisierung externer Effekte

Die Köhler im zweiten Dorfe stellten ihre Meiler mitten auf dem Marktplatz auf, weil dies von den Transportkosten her der günstigste Standort war. Aber sie vernachlässigten dabei einen ganz beträchtlichen Teil der tatsächlich entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten. Durch den Rauch ihrer Meiler zerstörten sie nämlich ein überaus wichtiges und von allen Orfbewohnern hochgeschätztes Gut, die reine Atemluft. Der Gegenzauber des Jüngsten bewirkte nichts anderes, als daß die Köhler mit den vollen volkswirtschaftlichen Kosten ihrer Aktivität konfrontiert wurden. Angesichts dieser Konfrontation zogen es die meisten vor, in den Wald zu ziehen, wo zwar höhere Transportkosten anfielen, aber die durch den Rauch beeinträchtigte Luft weniger knapp war; die Knappheitskosten der Luft waren im Wald geringer. Man spricht von einer "Internalisierung" externer Effekte: die vorher "externen" Kostenelemente werden jetzt in das private Kalkül der Verursacher aufgenommen und explizit berücksichtigt. Damit ist die Störung beseitigt.

d. Öffentliche Medien werden beeinträchtigt

Wie kommt es zu externen Effekten? Offensichtlich doch darum, weil die durch den Rauch von Meilern beanspruchte Luft zugleich als Atemluft benötigt wird, wobei die beiden Nutzungen sich eigentlich ausschließen, gleichwohl in der Praxis aber nicht zu trennen sind. Voraussetzung für das Entstehen von externen Effekten ist also ein "öffentliches Medium": die Atemluft, die man nicht für sich privat in Besitz nehmen kann, das Grundwasser, die Luft als Träger von Schallwellen oder von Ruhe, wenn keine Schallwellen vermittelt werden. Wer ein solches öffentliches Medium für sich beansprucht, der beeinträchtigt damit zwangsläufig Dritte; wer andererseits ein solches öffentliches Medium verbessert, der streut damit einen Nutzen über alle übrigen Partizipanten aus.

Damit aber haben die externen Effekte eine unerhörte Bedeutung erlangt, die weit über das hinausgeht, was man ihnen traditionell zubilligt. In einer modernen Wirtschaft gibt es eine Fülle von empfindlichen öffentlichen Medien, die traditionell nicht einmal dem wirtschaftlichen Bereich zugeordnet werden.

c. Terrorismus als Beispiel

Betrachten wir etwa den Terrorismus. Kleine radikale Gruppen haben die "Lebensqualität" in der Bundesrepublik empfindlich beeinträchtigt, indem sie ein wichtiges und in seiner Bedeutung vorher unterschätztes öffentliches Medium schwer schädigten. Es bestand in einem gewissen Vertrauen. In den 50er Jahren führte ein bekannter Minister jeden Tag seinen Dackel auf die Straße; ein anderer fuhr mit dem Fahrrad ins Büro, und einen dritten konnte man alleine durch die Altstadt gehen und Konfekt kaufen sehen. Einige unserer Mitbürger hatten zwar wichtige öffentliche Funktionen wahrzunehmen; aber deswegen blieben sie doch deutlich sichtbar Mitbürger. Heute wären sie ohne Polizeieskorte absolut undenkbar. Durch ihre Mordanschläge isolierten die Terroristen Funktionsträger und anders exponierte Personen wirkungsvoll von der Bevölkerung. Ein gewisse Laxheit und Familiarität, wie sie die Bundesrepublik in den frühen Jahren so angenehm kennzeichneten, verschwand für immer und machte waffenstarrenden und gepanzerten Kolonnen Platz. - Indem sie das Vertrauen grob mißbrauchten, mit welchem die Kommunikation zwischen Strafverteidigern und ihren Mandanten traditionell beachtet war, entzogen die Terroristen und ihre Komplizen eben diesem Vertrauen die Basis; es fehlt nun auch dort, wo es legitim und bitter nötig wäre.

f. Inflation und Gewerkschaften

Ein anderes öffentliches Medium ist etwa die Rechtssicherheit. Viele weitere Beispiele ließen sich mühelos finden; hier soll aber nur noch eines gestreift werden: die Preisstabilität. Sie setzt voraus, daß die Ansprüche an das Sozialprodukt dieses insgesamt nicht übersteigen. Wer also eine überhöhte Forderung geltend macht und - durch Ausnutzung von Gruppenmacht - auch durchsetzt, der stellt andere vor die Wahl, sein Übermaß entweder durch eigenen Verzicht zu kompensieren, oder aber Preissteigerungen in Kauf zu nehmen. Natürlich wird niemand den ersten Weg wählen wollen und selbst freiwillig verzichten; also werden Preissteigerungen unvermeidlich sein. Sie lassen sich eben nur ausschließen, wenn alle sich im Rahmen des Möglichen halten; das öffentliche Medium der Preisstabilität kann nur durch alle gemeinsam erhalten werden.

An dieser Stelle wird eine enge Verzahnung zwischen dem Problem externer Effekte und dem von Marktmacht sichtbar. In einem funktionierenden Markt ohne Gruppenmacht nämlich wird die nötige Mäßigung durch den Preismechanismus erzwungen. Inflation resultiert daraus, daß einzelne Gruppen zu mächtig sind und für sich höhere Ansprüche durchsetzen können als real überhaupt befriedigt werden können. Indem sie dies tun, erreichen sie eine Verdünnung der Kaufkraft in Form von allgemeinen Preissteigerungen, wodurch der Gesamtheit kaum spürbar aus der Tasche gezogen wird, was die einzelne Gruppe für sich einsteckt. Indem die starke Gruppe das öffentlich Medium der Preisstabilität schädigt, wälzt sie die volkswirtschaftlichen Kosten ihres eigenen Fehlverhaltens auf die Gesamtheit ab. Wir hatten bei der Behandlung von Marktmacht bereits gesehen, daß sich andere nun ihrerseits in Gruppen "solidarisieren" werden, um ihrerseits höhere Ansprüche auf das Sozialprodukt geltend zu machen. Den Schaden tragen alleine die Schwachen; so werden überhöhte Lohnforderungen zum Teil vom Konsumenten getragen, zum Teil aber auch von den Arbeitslosen, die infolge der verzerrten Faktorpreisrelationen um ihren Arbeitsplatz gebracht werden.

Es ist deutlich zu sehen, daß sich die Einzelgewerkschaft umso ausgeprägter im Gefangenendilemma befindet, je kleiner sie ist. Würde eine kleine Gewerkschaft nämlich isoliert mit maßvollen Lohnforderungen in die Tarifverhandlung gehen, so trügen ihre Mitglieder den Schaden alleine, sofern nicht alle übrigen Gewerkschaften und die Arbeitgeber sich ihrerseits vernünftig verhielten. Durch ihre isolierte Zurückhaltung kann die kleine Einzelgewerkschaft Preissteigerungen eben nicht verhindern, die sich bei der allgemeinen Überbeanspruchung des Sozialprodukts ergeben. Hat sie sich gleichwohl zurückgehalten, so ist eine Schmälerung des Realeinkommens ihrer Mitglieder die Folge.

Hier wird der große Vorzug von Einheitsgewerkschaften deutlich. Sie sind genügend groß, um Rückwirkungen ihres eigenen Verhaltens auf die Inflationsrate erwarten zu können. Die einzelne Gewerkschaft in Großbritannien kann demgegenüber von einer eigenen, isolierten Mäßigung keinerlei positiven Effekte auf die Gesamtwirtschaft und damit das wirtschaftliche Wohl ihrer Mitglieder erwarten.

Von Tarifverhandlungen können also erhebliche externe Effekte ausgehen, wobei allerdings einer Gruppe die errungenen Früchte bald wieder genommen werden, da sie ihrerseits negativen externen Effekten aus anderen Tarifverhandlungen ausgesetzt sind. Von dem insgesamt resultierenden Verlust an Preisstabilität profitieren die Gewerkschaftsmitglieder gewiß am allerwenigsten; die Ungerechtigkeit eines solchen Arrangements liegt daran, daß schwache und nicht zu schlagkräftigen Gruppen formierte Individuen am Ende die Zeche mit bitterem Elend bezahlen.

3. Rundfunk, Fernsehen und Konsumentensouveränität

Wir wollen uns nun einer anderen Kategorie von Gütern zuwenden, denen Elemente des öffentlichen Gutes anhängen, ohne daß sie aber "rein" öffentlich wären. Sie sind durch abnehmende Grenzkosten der Nutzung gekennzeichnet. Was hat es damit auf sich?

a. Die Knappheitskosten liegen unter den Produktionskosten

Beim rein öffentlichen Gut entstehen überhaupt keine volkswirtschaftlichen Kosten durch die einzelne Nutzung: wer es beansprucht, nimmt niemand anderem die Möglichkeit, es gleichfalls zu benutzen. Die Qualität des öffentlichen Gutes wird durch den einzelnen Nutzer in keiner Weise beeinträchtigt. Beim rein privaten Gut dagegen zieht der Konsument das von ihm gekaufte Gut völlig aus dem Verkehr; seine Nutzung durch Dritte ist völlig ausgeschlossen. - Bei der hier betrachteten Gruppe von Gütern entstehen durch die einzelne Nutzung zwar volkswirtschaftliche Kosten; diese sind aber geringer als die auf den einzelnen umgelegten Produktionskosten.

Normalerweise ist es volkswirtschaftlich sinnvoll, jeden einzelnen gerade mit den durch ihn verursachten volkswirtschaftlichen Kosten zu belasten. Da diese bei der jetzt betrachteten Güterkategorie gering sind, ließe sich die Produktion so aber nicht finanzieren. Was soll man also tun?

Soll man dem einzelnen Nutzer mehr abverlangen, als er an volkswirtschaftlichen Kosten tatsächlich verursacht? Oder soll man, um dies zu vermeiden, die unrentable Produktion einschränken?

Um das Problem besonders krass zu beleuchten, wollen wir wieder eine Vereinfachung vornehmen. Wir nehmen nämlich an, daß die einzelne Nutzung überhaupt keine Produktionskosten verursacht. Ob sie also stattfindet oder nicht, hat demnach auf die Höhe der Produktionskosten überhaupt keinen Einfluß.

b. Fernsehen: Funktionäre oder Markt?

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Fernsehen. Ist eine Sendung einmal produziert und ausgestrahlt, so macht es für die Kosten keinen Unterschied, ob sie von einem oder von fünfzig Millionen Zuschauern gesehen wird. Wollte man den einzelnen Nutzer mit den volkswirtschaftlichen Kosten seiner Nutzung belasten, so könnte er kopfschüttelnd darauf verweisen, daß solche Kosten doch überhaupt nicht entstanden seien und er also ungeschoren davonkommen müsse. Jeder andere Fernsehzuschauer würde freilich ebenso argumentieren. Die Produktion von Fernsehsendungen wäre unrentabel und in einer Marktwirtschaft durch Private nicht möglich. Muß Fernsehen deshalb staatlich sein?

Solchen Schluß zu ziehen, hieße allerdings, traditionelle Denkmodelle auf einen neuen Sachverhalt anzuwenden. Staatlichem Fernsehen fehlt die Legitimation durch den Markt; die Gegenüberstellung mit den individuellen Präferenzen der Abnehmer unterbleibt. Eine noch so demokratische Legitimation kann das nicht ersetzen. Sie bedeutet ja immer, daß gesellschaftliche Gruppen, einzelne Intendanten oder aber die Mitarbeiter der Rundfunkanstalt ihre eigenen und persönlichen Präferenzen an die Stelle der Wünsche ihrer anonymen Konsumenten setzen. Man bekommt also bestimmte Sendungen in Haus nicht etwa, weil sie dem eigenen Geschmack oder dem des Nachbarn zusagten, sondern alleine, weil sie für "gesellschaftlich relevant" gehalten werden.

Wie aber sähe ein konsumentengerechtes Fernsehen aus? Wir wollen hier ganz bewußt den elitären Standpunkt vermeiden, wonach nicht die Konsumenten entscheiden dürfen, welche Fernsehsendungen auszustrahlen seien, da dies auf Kosten der "Kultur" gehen müsse. Fernsehsendungen sollen also privat produziert und dann ähnlich auf dem Markte angeboten werden, wie andere Güter auch. Vor einiger Zeit hätte man dies möglicherweise für technisch undurchführbar halten können; aber dieser Einwand ist inzwischen längst ausgeräumt, da es genügend Möglichkeiten gibt, "Trittbrettfahrer", also zahlungsunwillige Kunden, vom Empfang bestimmter Fernsehsendungen auszuschließen. Eine Möglichkeit dazu bietet etwa das Kabelfernsehen. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, die Fernsehsendungen getrennt zu verschlüsseln und entsprechende, auf Magnetkarten gespeicherte Decoder für die Sendungen zu verkaufen. - Aber die Technik ist hier nicht so wichtig; uns interessiert vielmehr, wie eine korrekte Lösung grundsätzlich auszu- sehen hätte.

Um diese Lösung zu finden, versetzen wir uns in die Lage des einzelnen Konsumenten. Er würde natürlich sehr gerne Fernsehsendungen empfangen; und das äußert sich darin, daß er - zumindest latent - durchaus bereit ist, für die einzelne Sendung einen Preis zu bezahlen. Die korrekte Lösung bestünde darin, diese latente Zahlungsbereitschaft in tatsächliche Zahlungen umzusetzen; auf diese Weise würde Qualität und Menge der Fernseh- sendungen durch die Zuschauer selbst bestimmt.

Konkret würde das so aussehen, daß ein jeder für die von ihm empfangene Sendung gerade den "Preis" entrichten würde, der seiner individuellen Wertschätzung entspricht. Wenn auf diese Weise die Produktionskosten des Fernsehstücks hereinkommen, so ist der Markttest bestanden; der Produzent wird seine Arbeit fortsetzen können und weitere Sendungen produzieren. Wenn andererseits die Produktionskosten nicht hereingespielt werden können, so hat das Publikum dem Stück eine Abfuhr erteilt. Der Produzent hat an den Konsumenten seiner Abnehmer vorbeiproduziert und macht einen Verlust. Er wird sich also künftig entweder aus diesem Geschäft zurückziehen, oder aber er wird sorgfältiger als zuvor herauszu- finden suchen, welches die Präferenzen des Publikums denn nun wirklich sind.

c. Postmonopol versus Massensalat?

Würde dies nicht einen schauerlichen Massensalat geben? In der Tat ist eine solche Lösung nicht unbedenklich, wo ein einziger lokaler Sender die gesamte Bevölkerung einer Region zu bedienen hat. Denn hier würde die Mehrheit mit ihrem uniformen Geschmack die Minderheit buchstäblich erdrücken, welche ihre eigenen Präferenzen nicht mit der genügenden Kaufkraft auf dem Markte zur Geltung bringen könnte. Aber warum sollte es Sender mit lokalem Monopol eigentlich geben? Gegenwärtig sorgt das ökonomisch durch nichts zu rechtfertigende Postmonopol auf diesem Gebiet für eine unglückliche Verödung des Angebotes; aber dieses trübe Bild sollte uns nicht über die enormen Entwicklungsmöglichkeiten hinwegtäuschen, die in diesem Markt noch liegen, sofern man sich endlich dazu entschließt, auch hier den Konsumenten selbst entscheiden zu lassen und nicht länger Funktionäre.

Gegeben die Möglichkeit, bestimmte Fernsehsendungen an Einzelhaushalte zu verkaufen, könnte eine Vielzahl von spezialisierten Produzenten einzelne Sendungen produzieren und sie bei konkurrierenden Sendeanstalten anbieten; und diese würden ihr Angebot nach den zu erwartenden Hörergeldern bestimmen. Hohe Qualität könnte entsprechend hohe Preise erzielen. Auch der Geschmack von Minderheiten würde durchaus zum Zuge kommen, da einige Produzenten sich ganz oder zu bestimmten Sendezeiten auf solche Präferenzen konzentrieren und auf diese Weise genügend Nachfrage auf sich ziehen würden. So gibt es beispielsweise in San Francisco eine private Fernsehgesellschaft, die ausschließlich anspruchsvolle kulturelle Sendungen ausstrahlt, ohne sich durch Werbefernsehen zu finanzieren. Statt dessen ruft sie in regelmäßigen Abständen ihre Zuschauer auf, in beliebiger Höhe Spenden einzuzahlen. Das Publikum weiß genau, was ihm diese Sendungen wert sind; ein Fernsehprogramm von ähnlicher durchgängiger Qualität kann man von einer staatlichen Anstalt allerdings nicht erwarten.

d. Ideale und pragmatische Preisdifferenzierung

Das Bemerkenswerte an einer solchen "idealen" Marktlösung liegt nun darin, daß die korrekten Preise individuell verschieden sind. Solche Preisdifferenzierung ist man gewohnt als "schädlich" anzusehen, da sie eines der beliebtesten Mittel des Monopolisten ist, seinen Käufern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Was also bei rein privaten Gütern als Mißbrauch von Marktmacht zu bekämpfen ist, erweist sich jetzt als die korrekte Lösung. Die ganze Ungewöhnlichkeit des Phänomens öffentlicher Güter wird deutlich, wenn man sich klarmacht, daß im Grunde genommen das orientalische Feilschen die hier angemessene Form der Preisbildung wäre: denn beim Feilschen soll ja gerade die tatsächliche, latente und von Person zu Person verschiedene Bereitschaft zu zahlen herausgefunden werden.

Es ist natürlich klar, daß die skizzierte "ideale" Marktlösung in voller Reinheit für das Fernsehen nicht praktikabel ist. Aber man kann sich an sie annähern. Jene kulturell anspruchsvolle Fernsehstation in San Francisco ist ein Beispiel dafür; eine andere Annäherung besteht in den zahlreichen privaten und auf ein ganz bestimmtes Publikum spezialisierten Rundfunkgesellschaften amerikanischer Großstädte; im UKW-Bereich senden drei private Rundfunkgesellschaften in Chicago ununterbrochen klassische Musik! Sie finanzieren sich aus der Werbung durch solche Institutionen, die sich von gerade diesem Auditorium besonders viel Resonanz versprechen. - Es versteht sich von selbst, daß die Finanzierung durch Werbung in dem Maße überflüssig wird, wie die Fernsehzuschauer direkt zu Zahlung für bestimmte Sendungen herangezogen werden können, also z.B. beim Kabelfernsehen.

Insgesamt kommt es nun keineswegs darauf an, mit den Fernsehgebühren immer genau die individuelle Bereitschaft zum Zahlen zu treffen. Man muß nur wissen, daß hierin die "ideale" Lösung liegen würde; wenn es also um die Suche nach einer publikumsfreundlichen Fernsehpolitik geht, sollte man nicht etwa Möglichkeiten der Preisdiskriminierung deshalb ausschalten wollen, weil dies bei rein privaten Gütern sinnvoll wäre. Entscheidend ist aber, daß man über Qualität und Zahl von Fernsehsendungen und -stationen den Markt und damit das Publikum entscheiden läßt und nicht ein bürokratisches Gremium.

e. Ist Vielfalt dem Menschen schädlich?

Schon jetzt hört man von der Bundespost, die damit ihren Monopolanspruch auch auf die "neuen Medien" ausdehnen möchte, daß zuviele Fernsehprogramme schädlich seien, da sie das Publikum nur verwirren könnten. Das ist natürlich hahnebüchener Unsinn; mit demselben Recht könnte man das Publikum auf drei Brotsorten beschränken, da mehr Auswahl es nur irritierte. Der Staat - und das heißt hier immer: die Bürokratie - ist eben zur Produktion eines reichhaltigen und vielfältigen Fernsehangebotes ebenso unfähig wie auch sonst zu einfallsreichem und flexiblem Handeln. Der hochbezahlte Kulturfunktionär in einer Rundfunkanstalt hat keinen Anlaß, sich besonders um das Publikum zu kümmern, solange dieses nur stillhält; er hat aber jeden Anlaß, sich sehr sorgfältig um die Funktionäre jener gesellschaftlichen Gruppierung zu kümmern, die ihn unterstützt. Die Monotonie, von der im Märchen beim dritten Dorf die Rede war, hat sich in unseren Rundfunk- und Fernsehprogrammen längst breitgemacht. Es ist an der Zeit, dem Staat diese Domäne wieder abzunehmen und Fernsehen wie Rundfunk dem Markt und damit dem Konsumenten zurückzugeben.

4. Massennutzung und Überfüllung

Wir wenden uns einem wieder etwas anders gelagerten Fall zu. Die Fernsehsendung ist ein ausgesprochenes Verbrauchsgut: nach ihrer Ausstrahlung muß eine neue bereitgestellt werden. Anders sieht es aus, wenn ein entsprechendes Gut langlebig ist. Wieder wollen wir vereinfacht annehmen, daß die Nutzung des Gutes durch den einzelnen keine besonderen Produktionskosten verursacht. Im Gegensatz zum Verbrauchsgut Fernsehen soll das jetzt zu betrachtende Gut aber eine längere Lebensdauer haben, und zwar wollen wir der Einfachheit halber annehmen, es sei unbegrenzt haltbar. Wir abstrahieren also von den Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten sowie dem späteren Ersatz des Gutes durch ein neues.

Beispiele gibt es in Hülle und Fülle: das Straßen- und Eisenbahnnetz, das Elektrizitäts- und Wasserversorgungsnetz, das Telefonnetz, ein Nachrichtensatellit am Himmel, ein öffentlicher Park, ein Strand- oder Hallenbad, ein Museum. Sofort wird klar, daß es sich hier nicht um irgendwelche wirklich-

keitsfremden Konstrukte handelt, sondern um unseren wirtschaftlichen Alltag.

a. Von einem Punkt an werden öffentliche Güter privat

Was haben die eben willkürlich herausgegriffenen Beispiele gemeinsam? Jede dieser Anlagen hat eine ganz bestimmte Kapazität. Solange sie im Rahmen ihrer Kapazität beansprucht wird, entstehen durch die Einzelnutzung weder zusätzliche Produktionskosten noch irgendwelche anderen volkswirtschaftlichen Kosten: ein Nutzer behindert nicht den anderen. Da das Gut bereits produziert ist und sein Betrieb laut Annahme keinen Aufwand verursacht, gibt es keinen Grund, warum man dem Nutzer einen Preis abverlangen soll. Sobald andererseits die Kapazitätsgrenze erreicht wird, ändert sich das Bild. Der hinzukommende Nutzer verschlechtert jetzt die Qualität der Nutzung für alle übrigen: wer ein bereits gut-besuchtes Museum betritt, trägt zur Überfüllung bei, was den Kunstgenuß sämtlicher Besucher stört, also auch derer, die schon vor ihm dort waren. Wer seinen Wagen auf eine bereits dicht befahrene Brücke lenkt, trägt dadurch zur Verlangsamung des allgemeinen Verkehrsflusses bei, wovon auch die Fahrer betroffen sind, die schon vor ihm auf der Brücke waren. In anderen Fällen, wie beim Telefonnetz, ist die Kapazitätsgrenze sehr stringent : wenn das Netz ausgelastet ist, bekommt man überhaupt keinen Anschluß mehr, nicht nur einen schlechten. Ist die Kapazitätsgrenze erreicht, so entstehen also Knappheitskosten, mit denen die Nutzer nun allerdings konfrontiert werden müssen: von nun an darf die Nutzung nicht mehr gratis sein. In dem Maße wie die Nutzung durch den einzelnen anderen Nutzern Verzicht aufnötigt, wird das Gut eben privat, und seine knappe Kapazität ist mit Hilfe von Preisen unter die Interessenten aufzuteilen.

Beginnen wir aber zunächst mit Nutzungen innerhalb des Kapazitätsbereiches. Hier ist das Gut eindeutig öffentlich: zwar wäre es vielleicht technisch möglich, Zahlungsunwillige auszuschließen, aber es wäre nicht gut. Es gibt keinen Grund, jemandem Zahlungen aufzubürden, der keine volkswirtschaftlichen Kosten verursacht und keinen Anlaß zu weiterer Produktion des nachgefragten Gutes gibt.

b. Telefon: Wer soll bezahlen?

Wir betrachten etwa einen Konsumenten, der ein Telefongespräch führen möchte. Annahmegemäß entstehen daraus keine Produktionskosten; auch in der Realität sind die laufenden Kosten eines Telefongesprächs im Verhältnis zu den fixen Kosten ja außerordentlich gering. Indem der Telefonierende das bestehende Telefonnetz beansprucht, verursacht er also keinerlei volkswirtschaftliche Kosten. Die korrekte Nutzungsgebühr ist deshalb Null. Nun wissen wir aber, daß die Installation eines Telefonnetzes und seine Erweiterung überaus kostspielig sind; belasten wir den einzelnen Nutzer nur mit den durch ihn verursachten volkswirtschaftlichen Kosten, so zahlt er gar nichts, und wir können offenbar keinen Pfennig erwirtschaften.

Warum sollen aber die Telefonkunden bessergestellt werden als die Fernsehzuschauer? Diese mußten ja schließlich auch zu den Produktionskosten der von ihnen konsumierten Fernsehsendung nach Maßgabe ihrer individuellen Bereitschaft zum Zahlen herangezogen werden. Warum gilt nicht dasselbe für den Telefonkunden?

Wieder müssen wir in ungewohnten Kategorien denken, wenn wir dem neuartigen Charakter des Phänomens gerecht werden wollen. Preise sind Marktsignale. Solange die Kapazitätsgrenze des bestehenden Telefonnetzes nicht erreicht ist, soll die Kapazität nicht erweitert werden. Da annahmegemäß durch das einzelne Gespräch keine laufenden Kosten entstehen, würde jeder hereinkommende Pfennig aber einen Gewinn bedeuten. Gewinne signalisieren den Marktteilnehmern, daß eine Ausweitung der Kapazität nötig ist. Aber warum sollte das Netz ausgeweitet werden? Es reicht doch vollkommen aus! Also wäre ein Gewinn als Marktsignal verfehlt. Korrekt ist in der Tat eine Nutzergebühr von Null.

Wie aber soll das Netz finanziert werden? Folgt daraus nicht, daß Telefonnetze immer staatlich sein müssen?

Keineswegs. Wir müssen zunächst untersuchen, warum das Netz gerade seine gegenwärtige Kapazität besitzt und keine andere. Gehen wir also einige

Zeit zurück bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kapazität des Netzes noch kleiner war, sich als unzureichend erwies und deshalb erweitert werden mußte. Wie wurde die Erweiterung finanziert?

Sobald die Kapazitätsgrenze des Telefonnetzes erreicht ist, entstehen zwar nach wie vor keine Produktionskosten durch die einzelne Nutzung; aber es gibt jetzt erhebliche Knappheitskosten. Denn wer nun zum Hörer greift, beansprucht eine der äußerst knappen freien Linien und hindert dadurch jemand anderen daran, Sekundenbruchteil später seinerseits zu telefonieren. Vielleicht wäre das nun nicht ausführbare Gespräch aber äußerst wichtig gewesen! Vielleicht sollte ein Arzt gerufen werden! Oder möglicherweise ging es um eine dringende Terminnachricht. Es ist jetzt nötig, daß der einzelne Telefonkunde mit den volkswirtschaftlichen Kosten seines Telefongespräches konfrontiert wird, und diese können ganz erheblich sein. Wie soll das aber geschehen? Wiederum über den Preis. Jetzt muß in der Tat eine Telefongebühr erhoben werden, obwohl keine Produktionskosten anfallen. Die Gebühr muß gerade so hoch sein, daß sie die volkswirtschaftlichen Kosten eines zusätzlichen Telefongespräches reflektiert. Konfrontiert mit dieser Gebühr, kann sich nun der einzelne Telefonkunde selbst entscheiden, ob sein Gespräch dringlich genug ist, um gerade jetzt geführt werden zu müssen.

Aber wie bekommt man diese Gebühr heraus? Man hebt den Tarif zu einer bestimmten Tageszeit - etwa um 16 Uhr an Werktagen - so lange an, bis das Netz gerade nicht mehr überlastet ist. Die Gebühr schreckt dann genau so viele potentielle Kunden ab, daß die Kapazität des Netzes für den Rest wieder ausreicht.

Aber diese Gebühr dient jetzt nicht mehr dazu, frühere Produktionskosten zu finanzieren. Sie hat zunächst ausschließlich den Zweck, die knappe Kapazität des Telefonnetzes zu "rationieren", und zwar so, daß die dringenden Gespräche geführt und die weniger dringenden zurückgestellt werden. Daß dabei Einnahmen entstehen, ist eine Nebenwirkung. Da die Nachfrage im Laufe des Tages fluktuiert, muß auch die Gebühr im Zeitablauf schwanken. Denn sie soll ja zu jedem Zeitpunkt die Knappheitskosten

eines Gespräches widerspiegeln; und je höher die Anzahl von Anwärtern, desto höher sind diese Knappheitskosten. Andererseits muß die Gebühr - ganz im Gegensatz zum Fernsehen - für alle Telefonierenden zu einem Zeitpunkt dieselbe sein. Warum das? Weil die Knappheitskosten, mit denen jeder einzelne Telefonierende zu konfrontieren ist, eben zu diesem Zeitpunkt für jeden dieselben sind. Ob es nun Herr A. ist oder Herr B., der gerade telefoniert, macht für die volkswirtschaftlichen Kosten des Gesprächs keinen Unterschied: diese Kosten bestehen ja darin, daß Herrn C. die Möglichkeit genommen ist, ebenfalls jetzt zu telefonieren. Und bei korrekter Gebühr äußern sich die unterschiedlichen Präferenzen der Telefonkunden nicht in verschiedenen zu diesem Zeitpunkt gezahlten Preisen, sondern darin, daß bei gegebener Gebühr die Herren A. und B. telefonieren, während Herr C. lieber wartet, um in den Genuß eines günstigeren Tarifs zu gelangen.

c. Was geschieht mit den Gebühren?

Was soll mit den zunächst gewissermaßen unbeabsichtigt hereinkommenden Gebühren geschehen? Sie sind wieder als Lenkungssignale zu verstehen. Solange sich mit ihnen eine Erweiterung des Netzes nicht finanzieren läßt, soll sie auch unterbleiben: die volkswirtschaftlichen Kosten einer Erweiterung des Netzes wären höher als die Knappheitskosten infolge beengter Kapazität.

Aber das ändert sich, wenn die gesammelten Knappheitskosten ausreichen, nun die Erweiterungskosten zu decken. Jetzt muß die Kapazität des Netzes in der Tat ausgedehnt werden; denn die Knappheitskosten der beengten Kapazität übersteigen die volkswirtschaftlichen Kosten der Netzerweiterung, und erst jetzt ist die Erweiterung wirtschaftlich legitim. Zu den Erweiterungskosten haben die einzelnen Telefonkunden nach Maßgabe ihrer Beanspruchung des Netzes zu Engpazeiten beigetragen; und das ist auch richtig so. Denn nur die Beanspruchung während solcher Engpazeiten machte die Ausweitung des Netzes ja erforderlich, nicht aber die Beanspruchung während der Nacht oder am Sonntag.

Das bestehende Netz ist also bereits bezahlt, und zwar durch diejenigen, die seine Erweiterung wünschten und sie durch Zahlung entsprechender Gebühren auch ermöglichten. Sofern sie sich innerhalb des neuen Kapazitätsrahmens bewegen und also nicht wiederum eine Erweiterung des Netzes erforderlich machen, können sie (wie alle übrigen Kunden) das Netz gratis benutzen.

d. Zeitliche statt individueller Preisdifferenzierung

Was beim Fernsehen durch individuelle Preisdifferenzierung erreicht wurde, bewirkt beim Telefon die zeitliche Preisdifferenzierung. Wir sehen, daß die Post in ihrem Telefontarif Ansätze zu dem korrekten Marktverhalten durchaus zeigt; und nicht umsonst ist gerade der Telefondienst so einträglich. Allerdings ließe sich eine erheblich höhere Flexibilität denken; im Fernmeldebereich erweist sich das Angebot im Verhältnis zum technisch Möglichen als eher mager. Auch hier ist die Bürokratie schwerfällig und Innovationen gegenüber mißtrauisch; sie ist kaum fähig, mit einem wirklich konsumentenfreundlichen, d.h. reichhaltigen und den differenzierten Bedürfnissen der Telefonkunden angemessenen Angebot aufzuwarten.

e. Straßenverkehr in der rush hour

Betrachten wir ein weiteres Beispiel. Die Nutzung einer normalen Stadtstraße verursacht keine Knappheitskosten, solange die Straße nicht überfüllt ist. (Dabei wollen wir von einer anderen Form der Knappheitskosten, nämlich den externen Belästigungen der Anlieger durch Lärm und Abgase, einmal absehen). Wieder ist die korrekte Benutzungsgebühr für die Straße gleich Null. Es ist also vollkommen in Ordnung, wenn man das Straßennetz gratis benutzen darf. Die Situation ändert sich aber, sobald der Verkehr dichter wird. Wer sich jetzt in sein am Straßenrand geparktes Fahrzeug setzt, um sich ebenfalls in den Verkehr einzufädeln, verursacht ganz erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Warum? Der Verkehrsfluß wird insgesamt verlangsamt; und davon ist eben nicht nur er selbst

betroffen, sondern alle übrigen Verkehrsteilnehmer müssen ebenfalls eine Verlangsamung in Kauf nehmen. Obwohl die resultierende Verzögerung eigentlich kaum merklich ist, sind die Gesamtkosten infolge der schiereren Anzahl der Betroffenen doch recht hoch. Wenn jedes einzelne Fahrzeug sich nur um dreißig Sekunden verzögert, so sind das bei tausend Fahrzeugen eben schon fünfhundert Minuten, also beinahe zehn Stunden! Bewertet man die einzelne Stunde mit den volkswirtschaftlichen Arbeitskosten von etwa zwanzig Mark, so kommen immerhin schon Knappheitskosten von zweihundert Mark zusammen. Mit einer solchen Summe müßte also der neu hinzukommende Autofahrer konfrontiert werden. Er würde es sich natürlich dreimal überlegen, ob er sich bei einem so stolzen Preis wirklich in den Verkehr einfädeln, oder ob er nicht lieber noch ein wenig warten sollte. Da sich dasselbe Schauspiel Tag für Tag wiederholte, würde er es ziemlich bald vorziehen, mit der Straßenbahn zu fahren. Der Erfolg: das Stadtzentrum wäre auch werktags um 17 Uhr für solche Autofahrer zugänglich, die dort dringende Geschäfte zu erledigen haben und bereit sind, die Knappheitskosten zu tragen - die ja infolge der nachlassenden Belastung geringer sind.

Wie könnte das in der Praxis aussehen? Denkbar wäre z.B. eine solche Führung der Einbahnstraßen, daß der Zugang ins Stadtzentrum nur an wenigen Stellen möglich ist. Dort würden Lichtsignale die Höhe des gerade herrschenden "Eintrittspreises" in die City angeben. Der Preis könnte entweder in bar erlegt werden (was vielleicht ein wenig umständlich wäre); es wäre aber auch eine elektronische Markierung der einzelnen Fahrzeuge denkbar, was ihre automatische Erfassung beim Einfahren in die City ermöglichte und am Monatsende zu einer durch den Computer erstellten Gebührenrechnung führen würde. Eine große Vielfalt ähnlicher Regulierungen ließe sich denken, die angesichts der neuen elektronischen Technologien gar nicht einmal teuer wären.

f. Ist die Marktlösung unsozial?

Die gegenwärtig praktizierte Lösung ist von allen denkbaren in jeder Hinsicht die schlechteste: man läßt die Stadt einfach "zulaufen". Danach

ist der Zugang zur Stadt eben unmöglich, und zwar auch in solchen Fällen, in denen er äußerst dringlich wäre. Das ist durch nichts zu rechtfertigen: Eine Abwägung der Einzelbedürfnisse gegeneinander findet nicht mehr statt.

Nun könnte man sagen, eine solche Regelung sei unsozial. Würde sie nicht bedeuten, daß der Zugang zum Stadtzentrum zur Hauptgeschäftszeit einkommensstarken Kunden vorbehalten bliebe, während die ärmeren Bevölkerungsschichten ausgeschlossen wären? Natürlich nicht. Denn erstens stünde es jedem frei, die Straßenbahn zu benutzen. Und zweitens kann bei der bestehenden Regelung überhaupt niemand mehr in die Stadt gelangen, sei er nun "reich" oder "arm". Schließlich gäbe es auch noch die Möglichkeit, bestimmten Nutzern (etwa den Bewohnern der Innenstadt) Zuschüsse zu zahlen ähnlich dem heutigen Wohngeld, wobei die Finanzierung aus dem allgemeinen Gebührenaufkommen erfolgte.

g. Gegenzauber sind unkonventionell und nicht populär

Damit haben wir das Problem öffentlicher Güter einigermaßen umrissen. Wir haben gesehen, daß der "Gegenzauber" ebenso neuartig zu sein hat wie das Problem der öffentlichen Güter es ja selbst ist. Für die praktische Politik folgt daraus, daß ein solcher "Gegenzauber" schwer zu praktizieren sein wird. Denn die angemessene Politik ist eben ungewöhnlich.

Das wird auch im Märchen selbst deutlich. Der Gegenzauber des Jüngsten basiert darauf, daß die Luft auf dem Marktplatz außerordentlich knapp ist und nur verbessert werden kann, wenn die Zahl von Kohlenmeilern auf dem Marktplatz drastisch reduziert wird. Statt nun einfach irgendeine bürokratische Regelung vorzusehen, also z.B. die zulässigen Betriebsstunden pro Meiler herabzusetzen oder den Betrieb von Kohlenmeilern auf dem Marktplatz überhaupt zu verbieten, besinnt sich der Jüngste auf die Möglichkeit, die Nutzer eines knappen Gutes mit den Knappheitskosten zu konfrontieren und sie dann selbst entscheiden zu lassen, ob sie auf der Nutzung beharren oder nicht.

Welches sind die Knappheitskosten? Es wird deutlich, daß solche Kosten auch von der politischen Entscheidung abhängen, wieviel Meiler denn insgesamt noch auf dem Marktplatz bleiben dürfen. Diese Entscheidung nämlich definiert erst, wie knapp der Vorrat an Emissionsmöglichkeiten auf dem Marktplatz ist. Der Beschluß der Dorfrates, nur noch zehn Meiler auf dem Marktplatz zuzulassen, verbannt in jedem Falle zwanzig Meiler vom Marktplatz. Nur noch zehn Meiler dürfen insgesamt noch das Recht haben, auf dem Marktplatz zu emittieren. Aber welche sollen das sein? Nicht das Los oder die Beziehungen zum Rathaus sollen darüber entscheiden. Der Jüngste bedient sich vielmehr der unsichtbaren Hand des Marktes: Jeder Köhler kann selbst am besten entscheiden, wieviel ihm das nun außerordentlich knapp gewordene Recht zur Emission auf dem Marktplatz statt im Walde wert ist. Es soll das aber nicht durch heilige Schwüre bekanntgeben, sondern den Wert in Heller und Pfennig bezahlen. Damit ist sichergestellt, daß er durch einen Standortwechsel mindestens ebensoviel verlieren würde, wie jene anderen, die in den Wald ziehen müssen. Denn offensichtlich findet er es ja billiger, für das Emissionspermit einen handfesten Preis zu erlegen, den zwanzig seiner Kollegen eben nicht mehr erlegen wollen. Indem er den Preis bezahlt, bringt er den schlüssigen Beweis, daß ein Wechsel des Standortes ihn noch teurer zu stehen käme als der Preis für das Emissionspermit; und umgekehrt haben die zwanzig Wegzügler bewiesen, daß der Standortwechsel für sie billiger ist als das Emissionspermit: denn sonst hätten sie es ja gekauft. Auf diese Weise erreicht die unsichtbare Hand des Marktes, daß die Kosten der Luftverbesserung auf dem Marktplatz so gering wie irgend möglich gehalten werden.

h. Eine neue Abgabenart entsteht

Wieder beobachten wir das eigenartige Ergebnis, daß die beträchtlichen Erträge aus dem Verkauf von Emissionspermits gewissermaßen aus Versehen anfallen, ebenso wie jene Einnahmen aus Straßengebühren. Der Zweck des Emissionspermits war es ja nicht, Einnahmen zu erzielen, sondern alleine, die Kosten des Umweltschutzes so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist der Staat auch frei in der Verwendung der Erträge. Im Märchen setzt er sie zur Verbesserung der Infrastruktur ein. Allgemein aber entsteht

bei der Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Bereich öffentlicher Güter eine neue Abgabenart, die ohne weiteres an die Stelle herkömmlicher Steuern treten könnte. Gegenüber den herkömmlichen Steuern hat diese neue Abgabenart den beträchtlichen Vorteil, nicht leistungshemmend oder wettbewerbsverzerrend zu wirken, sondern ganz im Gegenteil die wirtschaftlichen Aktivitäten buchstäblich in die Richtung des politisch Gewünschten zu "steuern".

VI. DER ZAUBER: ÖFFENTLICHKEITSGRAD UND KOLLEKTIVER ZWANG

Bevor wir das dritte Dorf betreten und seinen Zauber studieren, wollen wir Bilanz ziehen. Worin besteht eigentlich das ordnungspolitische Kernproblem öffentlicher Güter? Die Analyse hat ja gezeigt, daß es in der Praxis vielfältige Mischformen zwischen privaten und öffentlichen Gütern gibt: welches ist der gemeinsame Nenner, der sie von den rein privaten Gütern trennt, bei denen die Unsichtbare Hand des Marktes ganz ohne jede Hilfe ihr Werk zu tun vermag?

1. Auswaschen ökonomischer Verantwortung

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, worauf die Wirksamkeit der unsichtbaren Hand bei rein privaten Gütern eigentlich beruht. Ein konkretes Exemplar dieses Gutes, z. B. ein Brötchen oder ein Autoreifen, kann immer nur exklusiv durch einzelne beansprucht werden. Wer ein Brötchen kauft, zieht es damit aus dem Verkehr; hat er es gegessen, so steht es niemand anderem mehr zur Verfügung. Und wer einen Reifen an seinen Wagen montieren läßt, verhindert damit die Montage desselben Reifens an irgendeinem anderen Auto. Damit ist sichergestellt, daß der gesamte Nutzen aus diesem konkreten Exemplar des privaten Gutes dem Käufer alleine zugute kommt. Konfrontiert man ihn nun auch mit den gesamten Kosten, so kann er selbst in eigener Verantwortung die volkswirtschaftlichen Kosten gegen seinen eigenen Nutzen abwägen. Er tut das ganz im eigenen Interesse, denn die volkswirtschaftlichen sind zugleich auch seine privaten Kosten.

Da er aber die wirtschaftliche Verantwortung für seine Entscheidung in voller Höhe selbst trägt, braucht niemand ihn zu kontrollieren. Es bedarf keiner Obrigkeit, um das Gemeinwohl herzustellen.

Beim öffentlichen Gut und allen seinen Mischformen treffen die volkswirtschaftlichen Nutzen und die Kosten einer Aktivität nicht allein ihren Urheber, sondern ein Teil davon wird über unbeteiligte Dritte oder die gesamte Volkswirtschaft verstreut. Diese gestreuten Nutzen und Kosten erreichen ihre Empfänger nun nicht etwa aufgrund freiwilliger Übereinkünfte auf dem Markt; sie schlagen sich vielmehr ohne Einwilligung der Empfänger auf deren Konsum- und Produktionsmöglichkeiten nieder, sei es nun zum Guten oder Schlechten. Der Urheber solcher Aktivitäten kann sich drehen oder wenden wie er will: er ist eines Teils seiner wirtschaftlichen Verantwortung beraubt, da er die vollen Nutzen oder Kosten aus seiner Aktivität eben weder kennt noch beziffern kann. Damit ist ihm aber auch die Möglichkeit genommen, in eigener Verantwortlichkeit den eigenen Nutzen gegen die volkswirtschaftlichen Kosten abzuwägen, wie es im Interesse des Gemeinwohls nötig wäre. Er hat dazu einfach nicht die erforderlichen ökonomischen Informationen. Es ist ihm also objektiv unmöglich, selbst zu entscheiden, welches Produktions- oder Konsumniveau volkswirtschaftlich "richtig" ist. Die unsichtbare Hand des Marktes lenkt seine Entscheidungen nicht mehr in Richtung des Gemeinwohls. Ganz im Gegenteil. Das volkswirtschaftlich Richtige wird jetzt bestraft, nicht belohnt. Er vernimmt wohl die vielfältigen Appelle, solidarisch zu sein und das Gemeinwohl zu respektieren. Aber sein wirtschaftlicher Alltag beweist, daß ein Befolgen solcher Appelle ihm nur selbst schaden würde, ohne aber irgend jemandem praktisch etwas zu nützen. Was bleibt ihm übrig, als wenigstens auf den eigenen Vorteil zu achten? Aber indem er das tut, sieht er sich selbst ebenso wie alle übrigen den höchst mißlichen Konsequenzen des allgemeinen Fehlverhaltens ausgesetzt. Es gibt keine Möglichkeit für ihn, aus dieser Falle zu entweichen. Da es ihm an wirtschaftlicher Verantwortlichkeit fehlt und er durch sein Verhalten ganz sicher nicht zum Gemeinwohl beiträgt, muß er beaufsichtigt und reglementiert werden. Da sein Eigennutz ihn jetzt in die falsche Richtung weist, muß er zwangsweise in die Richtung des Gemeinwohls gelenkt werden. An die Stelle der unsichtbaren tritt die Öffentliche Hand. Je ausgeprägter die öffentliche Komponente,

desto schwieriger wird es, auf Zwang zu verzichten.

2. Auseinanderklaffen privater und volkswirtschaftlicher Rentabilität

Offensichtlich kann das geschilderte Dilemma sich im Gefolge ökonomischer Aktivitäten zu unterschiedlichen Graden einstellen. Wir wollen den Grad, zu dem das der Fall ist, als den Öffentlichkeitsgrad der Aktivität bezeichnen. Der Öffentlichkeitsgrad einer bestimmten ökonomischen Aktivität ist null, wenn sämtliche volkswirtschaftlichen Grenzkosten und -erträge auf den Urheber zurückfallen. Dann nämlich liegt es in seinem eigenen Interesse, die volkswirtschaftlichen Kosten mit seinen eigenen Nutzen zu vergleichen und die im Sinne des Gemeinwohls gebotene Abwägung sorgfältig vorzunehmen. Die Unsichtbare Hand funktioniert reibungslos, da Eigennutz und Gemeinwohl harmonieren und die Wahrnehmung des eigenen Vorteils zugleich im Sinne des Gemeinwohls ist. Sobald sich dagegen Teile der volkswirtschaftlichen Grenzkosten oder Grenzerträge einer ökonomischen Aktivität am Markte vorbei direkt auf unbeteiligte Dritte auswirken, hat diese Aktivität einen positiven Öffentlichkeitsgrad. Dieser kann gering sein, wenn die außermärklichen Wirkungen nur wenig ins Gewicht fallen. Je gravierender sich aber das außermärkliche Element in den Wirkungen einer ökonomischen Aktivität bemerkbar macht, desto höher ist ihr Öffentlichkeitsgrad; und desto deutlicher weichen die Ergebnisse der privaten Nutzen-Kosten-Abwägung von denen einer volkswirtschaftlichen Rentabilitätsanalyse ab. Einzelinteresse und Gemeinwohl fallen auseinander, und volkswirtschaftlich schädliche Aktivitäten werden privatwirtschaftlich lohnend. Darüber hinaus sind die marktwirtschaftlichen Lenkungssignale verfälscht, so daß es nicht mehr möglich ist, selbst bei gutem Willen herauszufinden, was denn nun eigentlich präzise im Gesamtinteresse wäre. Selbst dem Gutwilligen bleibt also kaum etwas anderes übrig, als sich an seinem Privatinteresse zu orientieren; aber gerade das ist mit Sicherheit nicht im Sinne der Gesamtheit. Umgekehrt würde eine Orientierung des einzelnen am Gesamt- statt am Eigeninteresse ökonomisch bestraft. Nur das gesamtwirtschaftlich korrekte Verhalten aller zugleich würde alle auch in den Genuß der erreichten Verbesserung bringen; aber da jeder einzelne die handfesten Nachteile fürchten gelernt hat, die auf ihn zukommen, sobald er alleine gesamtwirtschaftlich richtig handelt,

die anderen jedoch nicht, wird er das Risiko vermeiden und fortfahren, sich zum Schaden der Gesamtheit nur am eigenen Vorteil zu orientieren. Und da alle so handeln, müssen auch alle gemeinsam die wenig erfreulichen Früchte ihres Fehlverhaltens ernten.

All dies verschärft sich mit wachsendem Öffentlichkeitsgrad. Je weniger von den eigentlichen volkswirtschaftlichen Resultaten seiner Entscheidung auf ihn selbst zurückfällt, desto weniger ist er in der Lage, das volkswirtschaftlich Gebotene überhaupt auszumachen, desto krasser fallen Einzel- und Gesamtinteresse auseinander und desto empfindlicher ist die Sanktion für solche, die vereinzelt das volkswirtschaftlich Richtige tun wollen. Je höher also der Öffentlichkeitsgrad, desto geringer die individuelle Eigenverantwortlichkeit; je geringer aber diese, desto drastischer schrumpft der private Entscheidungsspielraum. Denn natürlich muß sich die Öffentliche Hand dort engagieren, wo private Initiative in die Irre führt. Ein hoher Öffentlichkeitsgrad bringt deshalb empfindliche kollektive Zwänge mit sich.

3. Der Öffentlichkeitsgrad privater Entscheidungen

Nachdem wir als das ordnungspolitische Kernproblem öffentlicher Güter ihren Öffentlichkeitsgrad herausgearbeitet haben, wird deutlich, daß dieses ordnungspolitische Kernproblem nicht auf den Bereich öffentlicher Güter selbst beschränkt bleibt. Denn wir haben das beschriebene Dilemma ja nicht nur bei öffentlichen Gütern beobachtet, sondern auch im Bereich rein privater Güter infolge von Marktmacht, welche ebenfalls zur Fehllenkung der Privatinitiative führt, zur wirtschaftlichen Bestrafung des isoliert im Sinne des Gemeinwohls Handelnden sowie zur Verzerrung der Marktsignale, so daß selbst für den Gutwilligen die Richtung des Gemeinwohls nicht mehr genau auszumachen ist. Der Monopolist, welcher mit Hilfe von Marktmacht den Marktpreis über den Knappheitspreis eines von ihm hergestellten Gutes hinaus anhebt, dadurch die Lenkungssignale verzerrt und einen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Gewinn eintreibt, hat zunächst einmal diesen Gewinn der Gesamtheit sicherlich

ohne deren Einverständnis aus der Tasche gezogen; der schwerwiegendere Effekt ist jedoch die auf diese Weise zustande gekommene Verzerrung der Lenkungssignale des Marktes.

Hier zeigt sich die enge Verbindung zwischen Märkten für private Güter und dem Problem öffentlicher Güter: die Fähigkeit des Marktes, Einzel- und Gesamtinteresse miteinander zu koordinieren, seine Unsichtbare Hand also, ist selbst ein wichtiges öffentliches Medium. Es kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es von allen respektiert ist; schon der erste Monopolist beeinträchtigt die Qualität dieses öffentlichen Mediums zum Schaden aller. Wie immer bei öffentlichen Gütern ist es auch hier für den einzelnen wirtschaftlich attraktiv, das öffentliche Medium auf Kosten der Allgemeinheit zu strapazieren. Der Monopolist tut dies, indem er seinen Preis über die Grenzkosten hinaus anhebt; er wird dafür mit einem Monopolverdienst belohnt und hat damit zugleich die Mittel an der Hand, seine fehlgeleitete Aktivität weiter auszudehnen. Deshalb ist das ordnungspolitische Eingreifen durch den Staat erforderlich; es zeigt sich jetzt, daß es sich dabei um Eingriffe zum Schutze eines wichtigen öffentlichen Mediums handelt.

Wir gelangen also zu dem verblüffenden Ergebnis, daß sich das ordnungspolitische Kernproblem öffentlicher Güter auch in den Bereich des privaten Güter hinein erstreckt. Marktmacht, ein zunächst offenbar fest im Bereich privater Güter verankertes Phänomen, erweist sich als die Verletzung eines öffentlichen Mediums und damit dem Bereich öffentlicher Güter zugehörend.

VII. DAS DRITTE DORF: ENTKOPPELUNG UND ERZWUNGENE GLEICHHEIT

Aber auch bei Abwesenheit von Marktmacht und bei rein privaten Gütern kann sich ein hoher Öffentlichkeitsgrad der Wirtschaft ergeben. Damit sind wir endlich in das dritte Dorf des Märchens gelangt, dessen Zauber vom Jüngsten nicht gelöst werden konnte.

1. Der egalitäre Charakter öffentlicher Güter ist verführerisch

a. Verhängnisvolle "Entkoppelung"

Wir sprachen schon vom egalitären Charakter öffentlicher Güter, die ja jedem in gleichem Maße zugute kommen. Darin liegt etwas Verführerisches: wem die bestehende Ungleichheit ein Dorn im Auge ist, dem scheint dieser Zug öffentlicher Güter das Allerwichtigste zu sein. Das wird ihn - ob ihm das klar ist oder nicht - dazu verleiten, mehr und mehr auch rein private Güter wie öffentliche zu behandeln. Er wird also danach streben, bei bestimmten, ihm wichtig erscheinenden Gütern die Versorgung vom Einkommen - also von der individuellen Kaufkraft, der Fähigkeit, einen Preis zu entrichten - abzukoppeln. Im dritten Dorf des Märchens war dies die Wolle. Früher hatte dort eine unbarmherzige Kälte geherrscht, und das war den Einwohnern in die Knochen gefahren. Durchdrungen von der vitalen Bedeutung von Wolle entschieden sie, dieses Grundbedürfnis sollte nun wirklich durch jeden voll befriedigt werden können, und zwar unabhängig davon, ob er nun viel oder wenig Geld habe.

Wie wir aus dem Märchen wissen, schlug dieses Unternehmen jämmerlich fehl. Der Grund: menschliche Bedürfnisse sind schrecklich wandelbar und passen sich neuen Möglichkeiten der Versorgung rasch an. Die Dorfbewohner erwiesen sich als erfinderisch im Verfeinern ihres Grundbedürfnisses nach Wollerzeugnissen. Natürlich kamen die Anbieter solcher Erzeugnisse dieser Entwicklung freudig entgegen; aber nicht das war die Ursache des Elends - wie die beiden Brüder in ihrem Pamphlet behaupteten -; sondern die Anbieter bewiesen lediglich, daß sie kompetent waren und ihr Geschäft verstanden, welches nun einmal darin besteht, sich Wandlungen in den Konsumentenbedürfnissen rasch und flexibel anzupassen.

b. Die Vertuschung von Knappheitskosten

Ist das wirklich noch derselbe Zauber, wie er auf den beiden ersten Dörfern gelegen hatte? Jener Zauber bestand ja in verschiedenen Manifestationen eines hohen Öffentlichkeitsgrades der dörflichen Volkswirt-

schaften. - In der Tat haben die Bewohner des dritten Dorfes durch ihre unkluge Politik nur eine neue Version des alten Zaubers heraufbeschworen; sie hat den Nachteil, zunächst so überaus angenehm und einschläfernd zu wirken, daß man den Zauber lange Zeit hindurch nicht einmal bemerken möchte.

Denn was geschieht durch die Gratisabgabe eines Gutes? Jede von einem Konsumenten beanspruchte Einheit verursacht ja nach wie vor Knappheitskosten, und zwar unabhängig davon, ob der Konsument dies spürt oder nicht. Es liegt also im volkswirtschaftlichen Interesse, daß der einzelne sein Bedürfnis nach zusätzlichen, verfeinerten Einheiten des Gutes mit äußerster Sorgfalt gegen andere Bedürfnisse abwägt, seien es nun seine eigenen oder die eines Nachbarn. Wie wir sahen, tut er dies, indem er den geforderten Preis - den Knappheitspreis - seiner eigenen Bereitschaft gegenüberstellt, für die bessere Versorgung auf andere Güter zu verzichten. Sobald sein Bedürfnis so weit befriedigt ist, daß er mit dem Rest seines Geldes lieber etwas anderes anfangen möchte, beendet er seine Nachfrage nach dem Gut und räumt dadurch den Nachbarn die Möglichkeit ein, ihrerseits das Gut zu kaufen. Zugleich signalisiert er den Anbietern, daß sie nicht nur dieses Gut, sondern eben auch genügend andere herstellen sollen, die er ja gleichfalls verbrauchen möchte.

Aber diese Möglichkeit ist ihm verbaut, wenn er nicht mit dem Knappheitspreis des Gutes konfrontiert wird. Er kann jetzt nicht mehr das volkswirtschaftlich korrekte Niveau seiner Nachfrage nach dem Gute feststellen - selbst wenn er das wollte.

Angenommen nämlich, er würde sich beschränken und nur wenig von dem gratis abgegebenen Gute kaufen. Woher weiß er, ob andere ebenso handeln? Möglicherweise hat er den richtigen Punkt versäumt und sollte seinen Konsum noch weiter ausdehnen. - Wie dem aber auch sei: verzichtet er alleine, während die anderen mit ihrer hemmungslosen Nachfrage fortfahren, so ist er alleine der Dumme: er leistet einen unnötigen Verzicht, während der volkswirtschaftliche Aufwand - und damit auch sein eigener Kostenanteil - so hoch bleibt wie eh und je.

c. Die totale Zwangswirtschaft droht

Damit ist ein neuer Tatbestand geschaffen worden: rein private Güter können auch ohne jede Marktmacht einen hohen Öffentlichkeitsgrad bekommen! Wenn die Brüder zunächst dazu raten, sich "nicht zu verabreden", also vollständige Konkurrenz herzustellen, so geht dieser Rat an der Wirklichkeit vorbei; und durch Vorschriften alleine, wie die Brüder das im zweiten Atemzuge vorschlagen, ist dem Problem auch nicht beizukommen. Solche Vorschriften werden allerdings unvermeidlich, wenn es infolge der ungezügelten Nachfrage zu einer Kostenexplosion kommt. Sie sind ganz einfach der Niederschlag jener Zwänge, die sich im Gefolge eines hohen Öffentlichkeitsgrades ganz unvermeidlich einstellen. Das Manifest der Brüder proklamiert denn auch die totale Zwangswirtschaft.

d. Flucht ins Anspruchsdenken

Durch eine schlecht durchdachte Sozialpolitik wird der einzelne einem Gefangenendilemma ausgesetzt, wie wir es in anderer Form bei Marktmacht und öffentlichen Gütern schon kennengelernt haben. Angesichts dieses Dilemmas fand es der einzelne im Falle öffentlicher Güter klug, sich mit seiner Bereitschaft zur Kostenbeteiligung zurückzuhalten; und deshalb kam ein niedrigeres Versorgungsniveau zustande als von ihm selbst und allen übrigen gewünscht. Hier nun geschieht das Gegenteil. Der einzelne hält es für klug, seine eigenen Ansprüche mehr und mehr zu erhöhen; und dadurch steigt das Versorgungsniveau höher und höher, bis die resultierende Kostenbelastung ihm selbst wie auch allen übrigen bei weitem zu hoch ist. Aus diesem Gefangenendilemma findet der einzelne alleine nicht heraus. Nur alle gemeinsam wären dazu in der Lage, aber es ist außerordentlich schwer, damit zu beginnen. Die Bürger wähnen sich ja von materiellen Sorgen befreit, da sie materiell recht gut gesichert sind. Nur langsam begreifen sie, wie schwer die öffentliche Hand auf ihnen lastet und ihre individuelle Entfaltung behindert. Statt aber diese Entwicklung umzukehren, werden sie alle Anstrengungen machen, sich noch tiefer darin zu verstricken. Denn angesichts so hoher Lasten scheint die Rettung in noch mehr Staat zu liegen; da individuelle Zurückhaltung,

das Sparen, hier keine Erleichterung verschaffen kann, werden sich die einzelnen mit anderen Gruppen zusammenschließen; man wird sich soldarisieren und immer höhere Ansprüche an den Staat richten, um für sich selbst und die eigene Gruppe die Belastung insgesamt erträglich zu machen. Aber da alle das gleiche tun, steigt die Last nur noch umso stärker. Kein Politiker könnte es wagen, dem rasch umsichgreifenden Anspruchsdenken entgegenzutreten. Er würde sich sofort das politisch tödliche Verdikt einhandeln, er befürworte die soziale Demontage. Also wird auch der Politiker, seinen eigenen Sonntagsreden zum Trotz, in der Praxis für die Gruppierungen, welche ihn tragen, mehr Vorteile herauszuschinden suchen, auf Kosten der Allgemeinheit natürlich.

2. Sozialstaat und Kostenexplosion

a. Sozialpolitik - ein schwieriger Balanceakt

Wir kommen nicht umhin, an dieser Stelle einige kritische Aspekte der Sozialpolitik zu beleuchten. Es ist die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft, die elementaren Bedürfnisse des einzelnen unabhängig von seiner Markt- und Einkommenssituation in jedem Falle zu befriedigen. Darin liegt, wie wir nun sehen, ein schwieriger Balanceakt.

Um ihr Ziel zu erreichen, stehen der Sozialpolitik zwei Wege oder eine Kombination zwischen beiden offen. Sie kann zunächst das Einkommen in gewissen Grenzen von der Leistung abkoppeln. Aber dadurch treibt sie ganz unvermeidlich einen Keil zwischen individuelle Motivation und gesamtwirtschaftliches Interesse und lähmt tendenziell das Wirken der unsichtbaren Hand: wenn man Einkommen auch ohne Leistung erzielen kann, wird das persönliche Interesse an eigenen Leistung geringer. Ganz offensichtlich kommt es hier auf das richtige Maß an, also auf die Höhe des garantierten Mindesteinkommen. Je höher das Mindesteinkommen, desto höher auch der Öffentlichkeitsgrad.

Der zweite Weg besteht für die Sozialpolitik darin, die Güterversorgung in gewissen Grenzen von der Bezahlung abzukoppeln. Dieser Weg wurde

im zweiten Dorf eingeschlagen. Das Märchen zeigt, daß dadurch die Knappheitskosten tendenziell vertuscht werden, was dem einzelnen seines persönlichen Interesses an einer sorgfältigen Abwägung von privatem Nutzen und volkswirtschaftlichen Kosten enthebt. Aber gerade dieses selbstverantwortliche Abwägen ist das Geheimnis der unsichtbaren Hand! Auch hier hängt also alles von der richtigen Dosierung der sozialen Komponente ab. Je gründlicher die Abkoppelung der Versorgung von der Bezahlung, desto höher der Öffentlichkeitsgrad.

b. Das Gesundheitswesen im Gefangenendilemma

Was sie also auch tut: geht sie zu weit, so versetzt die Sozialpolitik den einzelnen in ein schweres Gefangenendilemma. Dies läßt sich deutlich am Beispiel des Gesundheitswesens ablesen.

Aus sozialen Gründen wurde die Selbstbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung bis auf rudimentäre Reste abgeschafft. Für die Versicherten-gemeinschaft ist es wichtig, die Krankheitskosten so niedrig zu halten, weil nur so die Beiträge niedrig bleiben können. Aber für jeden einzelnen ist die Motivation anders: da er seinen Beitrag ohnehin zahlt, möchte er ihn so gut ausnutzen, wie es eben geht. Je mehr Leistung er für seinen Beitrag bekommen kann, umso besser. Da aber jeder so denkt, steigen Beanspruchung und Beiträge. Wer als einzelner Zurückhaltung üben wollte, könnte damit die steigenden Kosten auch nicht aufhalten; also will er für den hohen Beitrag wenigstens auch hohe Leistungen sehen und steigert die Beanspruchung, was weitere Erhöhung der Beiträge nötig macht.

Unglücklicherweise - und das erschwert das Problem noch - sieht es bei den Anbietern, d.h. den Krankenhäusern, ganz ähnlich aus. Die Gesamtheit hat ein Interesse an einer möglichst niedrigen Verweildauer pro Krankenhausfall, die einzelnen Krankenhäuser aber keineswegs. Denn die von den Krankenkassen knapp bemessenen pauschalierten Tagessätze decken nicht die hohen Kosten der ersten Behandlungstage. Also muß das Krankenhaus, um auf seine Kosten zu kommen, den Patienten eben länger behalten, da während seiner Genesungsphase ja geringere Behandlungskosten anfallen. Die Verweil-

dauer wird auf diese Weise verlängert, und die Kosten pro Behandlungsfall steigen. Dies liegt zwar im Interesse des einzelnen Krankenhauses, aber nicht im Interesse der Gesamtheit. Wieder fallen individuelle Motivation und gesamtwirtschaftliches Interesse auseinander.

Auf diese Weise kommt es zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen; allein für die Krankenhauspflege mußte die gesetzliche Krankenversicherung 1977 mehr als dreimal soviel ausgeben wie 1970. Die Beiträge sind also drastisch angestiegen. Nun aber beginnen die "guten Risiken" zu privaten Krankenversicherungen abzuwandern, was die Wirtschaftlichkeit der gesetzlichen Krankenversicherung weiter aushöhlt und zu noch höheren Beiträgen führen müßte. Jeder kann sich ausrechnen, daß am Ende dieser Entwicklung die Einheitsversicherung stehen muß, da die Flucht der guten Risiken aus der immer weiter verteuerten gesetzlichen Versicherung anders gar nicht mehr aufzuhalten wäre.

c. Zwang und Monotonie

Offensichtlich müssen also die Kosten gedämpft werden. Aber dies geschieht leider nicht durch eine Milderung des Gefangenendilemmas: das würde als "unsozial" empfunden. Es ist zu befürchten, daß wieder keine materiellen Anreize geschaffen werden, sparsam zu wirtschaften und die Krankheitskosten zu verringern. Beides wird also nicht freiwillig geschehen und muß deshalb durch ein Gestrüpp einengender Vorschriften und mit Hilfe einer weiter wachsenden Bürokratie erzwungen werden. Der Öffentlichkeitsgrad des Gesundheitswesens wird aufgebläht, der Spielraum für private Initiative weiter beschnitten.

Allgemeiner Zwang und Monotonie sind unabänderlich die Folge eines durch falsche Sozialpolitik hervorgerufenen Öffentlichkeitsgrades. Da nämlich der einzelne die Möglichkeit verloren hat, die volkswirtschaftlich nötige Ersparnis selbst vorzunehmen - und zwar entsprechend seinen eigenen Präferenzen -, muß ihm der Staat diese Aufgabe abnehmen und freiwillige Disziplin durch äußeren Zwang ersetzen. Da der Staat die individuellen

Präferenzen aber nicht kennt, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als schematisch vorzugehen, buchstäblich ohne Ansehen der Person. War das Problem durch die Ungleichheit der einzelnen entstanden - welche es durch Sozialpolitik zu mildern galt -, so steht am Ende die oktroyierte Gleichheit, der allgemeine Zwang. Ein steigender Öffentlichkeitsgrad im Bereich privater Güter manifestiert sich in trister Monotonie, wie wir sie aus dem Alltag sozialistischer Staaten kennen.

VIII. NEUE AUFGABEN FÜR DIE ORDNUNGSPOLITIK

Die Ordnungspolitik steht vor wichtigen neuen Aufgaben. Sie hat sich lange und mit vollem Recht vorrangig dem Problem der Marktmacht gewidmet. Wettbewerbspolitik wird auch weiterhin ein wichtiges Anliegen der Ordnungspolitik bleiben müssen. Wir haben aber festgestellt, daß die Marktmacht nur eine von mehreren Erscheinungsformen einer außerordentlich schwerwiegenden Störung der Marktwirtschaft ist. Im Märchen wird das durch drei Dörfer symbolisiert, die von drei unterschiedlichen Ausprägungen ein und desselben Zaubers befallen sind. Der Zauber selbst, den eine böse Fee einst verhängte, war nichts anderes als ein hoher Öffentlichkeitsgrad der dörflichen Volkswirtschaft. Nur im ersten Dorf haben wir es jedoch mit Marktmacht zu tun; die Ausprägungen des Zaubers im zweiten und im dritten Dorf sind neu, aber mindestens ebenso gefährlich. Was sich im ersten Dorf als Gegenzauber so hervorragend bewährt hatte - der Wettbewerb - versagt im zweiten und im dritten Dorf vollkommen. Hier sind andere Mittel angezeigt. Im zweiten Dorf ergibt sich ein hoher Öffentlichkeitsgrad aus der Gegenwart von öffentlichen Gütern. Dieses Problem hat in der Bundesrepublik eine rasch wachsende Bedeutung gewonnen. Da sich hier umfangreiche Wirtschaftstätigkeit auf engstem Raume und großer Bevölkerungsdichte konzentriert, ergeben sich zahlreiche Formen von Überbeanspruchung und Überfüllung in einem früher unvorstellbaren Maße. Das Umweltproblem ist nur eine Form dieser Überbeanspruchung. Gerade in der Umweltpolitik aber zeigt sich auch, wie rasch eine Politik des allgemeinen Reglements sich festfahren und wirtschaftliche Entfaltung gefährden kann. Zugleich wird auch die große politische Brisanz des Problem öffentlicher Güter deutlich sichtbar. Da wir mit dem Umweltproblem von nun an für immer zu schaffen haben werden, brauchen wir langfristige Strategien; und diese

werden, wie das Beispiel von den Kohlenmeilern in zweitem Dorf zeigt, die Unsichtbare Hand des Marktes heranziehen müssen. Es wird aber gleichfalls deutlich, wie ungewöhnlich und auf den ersten Blick schwer einsichtig solche Strategien sein werden. Dennoch müssen sie angefaßt werden, wenn die Marktwirtschaft funktionsfähig bleiben soll.

Das schwierigste, weil selbst geschaffene Problem finden wir jedoch im dritten Dorf des Märchens. Denn hier wird ein hoher und rasch wachsender Öffentlichkeitsgrad künstlich erzeugt, und zwar durch ungeschickte Institutionalisierung im Gefolge einer aus den Fugen geratenen Sozialpolitik. So wie die Bewohner des dritten Dorfes die Ursachen ihrer Nöte nicht erblicken wollen und daher - anders als die Bewohner des ersten und des zweiten Dorfes - auf die törichten Ratschläge der beiden Brüder hereinfliegen, wacht eine ganze Nation eifersüchtig über ihre sozialen Errungenschaften, unter denen sie allmählich zu ersticken droht.

Bezeichnend für diese Entwicklung sind die Auseinandersetzungen in der Druck- und der Metallverarbeitenden Industrie zu Beginn des Jahres 1977. Der von den Gewerkschaften geforderte Abgruppierungsschutz sowie das unbegrenzte Besetzungsrecht der durch Elektronik freigesetzten Arbeitsplätze durch die Gewerkschaften würden den Lohn von der Produktivität abkoppeln und die gesamtwirtschaftlich so dringernötige Effizienz der Produktion einzelwirtschaftlich bestrafen. Der potentielle Investor sähe sich dem Gefangenendilemma ausgesetzt: in seiner Sicht würden Investitionen uninteressant und sogar gefährlich, die doch gesamtwirtschaftlich als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung von größter Bedeutung sind. Dem Risiko des Investors muß die Aussicht auf wirtschaftliche Erträge für den Fall gegenüberstehen, daß die Investition richtig war. Werden diese Erträge aber unverzüglich "sozialisiert" - während aber das Risiko selbstverständlich dem Investor alleine verbleibt -, so wird der Investor zögern, das zu tun, was gesamtwirtschaftlich erforderlich wäre. Seine Motivation zum Investieren wird erlahmen, und zwar aufgrund eines künstlich geschaffenen Öffentlichkeitsgrades in diesem Bereich. Wird aber freiwillig nicht genügend investiert, so wird der Staat früher oder später zu einer umfassenden und direkten Investitionslenkung greifen müssen.

Er wird dann klagend auf die investitionsmüden Unternehmer verweisen, und sie "Unterlasser" schimpfen. Das überaus gefährliche an dem wachsenden Öffentlichkeitsgrad im Bereich privater Güter ist es, daß seine Urheber im Brustton der Überzeugung und unter dem Beifall des Publikums auf die Opfer ihrer Politik als die Übeltäter verweisen können und als Ausweg aus der verfahrenen Lage eine weitere Erhöhung des Öffentlichkeitsgrades - wie z.B. durch Investitionslenkung - fordern werden.

IX. SCHLUSS: VON DER UNSICHTBAREN ZUR ÖFFENTLICHEN HAND

Wir kommen zum Schluß. Gegenstand dieser Untersuchung war die Gefährdung menschlicher Entfaltung und Spontaneität durch das Gefangenendilemma. Dieses versetzt den einzelnen in die Lage, entweder den eigenen Vorteil wahrzunehmen - aber gerade dadurch die Allgemeinheit und sich selbst langfristig zu schädigen -, oder aber unter Verzicht auf eigene Vorteile im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, was schwierig zu bewerkstelligen, kostspielig und vollkommen nutzlos wäre. In dieser Situation bleibt dem Individuum nichts, als den ersten Weg zu beschreiten, also um kurzfristiger persönlicher Vorteile willen dem Gemeinwohl zuwider zu handeln. Dies ruft den Staat auf den Plan, der nun seinerseits durch eine Fülle von Reglementierungen und Zwängen den individuellen Freiraum einengt, die private Sphäre mehr und mehr zurückdrängt und die Unsichtbare Hand des Marktes durch eine schwer lastende und ungefüge öffentliche Hand ersetzt.

Das Ausmaß, in dem die Individuen diesem Dilemma ausgesetzt werden, haben wir den Öffentlichkeitsgrad genannt. Wir haben gezeigt, daß es unterschiedliche Manifestationen eines solchen Öffentlichkeitsgrades gibt, die im Märchen durch drei verzauberte Dörfer symbolisiert werden. Eine ökonomische Aktivität ist von positivem Öffentlichkeitsgrad, wenn sich Teile ihrer volkswirtschaftlichen Grenzkosten und -erträge außermärklich bei unbeteiligten Dritten niederschlagen. Die Folge ist eine Kollision zwischen Eigennutz und Gemeinwohl; zugleich geht aber auch die Orientierung für das gesamtwirtschaftlich Richtige überhaupt verloren, da die marktwirtschaftlichen Lenkungssignale verfälscht werden.

Wir haben drei Bereiche gefunden, die zur Quelle eines hohen Öffentlichkeitsgrades in unserer Wirtschaft geworden sind. Der erste ist die traditionelle Domäne von Ordnungspolitik; es handelt sich um Marktmacht und ihre Begleiterscheinungen. Der zweite liegt in dem weiten Feld öffentlicher Güter, das infolge der Überfüllung unseres Planeten, des "Raumschiffes Erde" eine enorme und weiter wachsende Aktualität erlangt hat. Der dritte schließlich rückt erst allmählich in unser Blickfeld. Hier ergibt sich ein hoher Öffentlichkeitsgrad auch bei rein privaten Gütern dadurch, daß sie "sozialisiert" werden, wodurch die individuelle Motivation, sparsam mit ihnen umzugehen, verlorengeht. Gerade auf diesem letzten Bereich hat sich in den letzten Jahren eine dramatische und gefährliche Steigerung des Öffentlichkeitsgrades ergeben, was sich unter anderem in der Kostenexplosion im Gesundheitswesen, dem Studentenberg und einem aufgeblähten Staatsanteil äußert. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Verführung, den egalitären Charakter öffentlicher Güter aus sozialen Gründen auf die private Sphäre zu übertragen; diese Form des Öffentlichkeitsgrades - die künstlich erzeugt wird - ist die Folge eines überbordenden Gleichheitsstrebens.

Es liegt nahe - und wird übrigens von Politikern aller Couleur auch gefordert -, sich mit Hilfe von mehr Solidarität aus diesem Dilemma zu befreien. Aber das hieße in der Tat, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Denn wir haben gesehen, daß Solidarität fast immer als gemeinschaftsschädigende Gruppensolidarität oder als die Gruppenmitglieder selbst beeinträchtigende Pseudosolidarität auftritt. Gesamtsolidarität, d.h. das Zurückstellen eigener Interessen aus der Erkenntnis heraus, daß der eigene Vorteil sich mit dem Vorteil des Ganzen deckt, gibt es in der Praxis so gut wie gar nicht. Solche Gesamtsolidarität wäre allerdings in der Lage, aus dem Gefangenendilemma zu befreien und so den Öffentlichkeitsgrad unserer Wirtschaft zu reduzieren. Da sie aber sofort zur Gruppen- oder Pseudosolidarität verfälscht wird, fügen Solidaritätsappelle den allgemeinen Zwängen im Gefolge eines hohen Öffentlichkeitsgrades nur weitere Solidaritätszwänge hinzu. Schon heute hat das Überhandnehmen von Gruppensolidarität dazu geführt, daß die Nicht-Organisierten, die keinen Druck auf das Gemeinwesen ausüben können, hoffnungslos unterlegen sind; hier liegt die Ursache der "neuen sozialen Frage".

Das Gefährliche an dem gegenwärtigen hohen Öffentlichkeitsgrad unserer Wirtschaft liegt in seiner Tendenz, sich selbst zu verstärken. Denn ein hoher Öffentlichkeitsgrad höhlt die individuelle Motivation aus, durch eigene Anstrengung und Selbstverantwortung die eigenen Ziele zu verwirklichen; aus dem Gefangenendilemma heraus scheinen nur weitere Ansprüche an den Staat zu führen, woraus sich ein aufgeblähtes Anspruchsdenken ergeben hat. Auf diese Weise wird die Unsichtbare Hand des Marktes mehr und mehr durch eine schwer lastende, ungefüge öffentliche Hand ersetzt. Es ist die dringende Aufgabe der Ordnungspolitik, das weitere Anwachsen des Öffentlichkeitsgrades unserer Wirtschaft zu verhindern und der privaten Sphäre wieder ein stärkeres Gewicht zu geben. Nur so können wir das Überwuchern des einzelnen durch behördliche und gesellschaftliche Zwänge verhindern.

Übrigens liegt der Königsweg zum Sozialismus in einer allmählichen und planvollen Aufblähung des Öffentlichkeitsgrades der Wirtschaft. Auf diese Weise kann der Übergang zum Sozialismus gegen den deutlichen Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung dennoch lautlos vollzogen werden. Was durch Wählervotum niemals möglich wäre, kann so gleichwohl verwirklicht werden - und es ist auch schon in weiten Bereichen verwirklicht. Wenn wir die Entwicklung zum sozialisierten und entmündigten Menschen aufhalten wollen, dann ist es an der Zeit, aufzuwachen und den Öffentlichkeitsgrad unserer Wirtschaft durch eine energische und konsequente Ordnungspolitik wieder auf ein angemessenes Niveau zurückzuführen.